

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnementpreis pro Quartal: 3,00 Mk., monatlich 1,00 Mk., wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.  
 Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntagsnummer mit Illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnement: 3,50 Mk. pro Quartal. Eingetragen in der Post-Verzeichnungsliste für 1898 unter Nr. 7576. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mk., für das übrige Ausland 3 Mk. pro Monat.  
 Erscheint täglich außer Montags.

**Die Insertions-Gebühren**  
 beträgt für die sechsgepaunte Kolonette oder deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen, sowie Werbeblätter 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Korrespondent: Karl I., Nr. 1508.  
 Telegramm-Adresse:  
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 19, Benth-Straße 2.

Mittwoch, den 9. Februar 1898.

Expedition: SW. 19, Benth-Straße 3.

### Sozial-pathologische Symptome.

Rom, Ende Januar.

Hätten wir nicht den, von Marx und Engels auf sozialem und politischem Gebiet festgestellten, wissenschaftlichen Begriff der Revolution, so könnte man sagen, daß sich in Italien in diesen Tagen die Symptome einer baldigen Revolution in reichem Maße gezeigt haben.

In vielen Provinzen des Nordens und Südens, auf den Inseln und in den großen, modernen Städten ebenso wie in den kleinen, ärmlichen Städtchen und auf dem Lande, folgt eine Volksdemonstration auf die andere, die Brot und Arbeit verlangt.

Der ganze Winter ist für die landwirtschaftlichen Arbeiter eine Zeit heftiger Kämpfe, da sie den Hunger und die Kälte über sich ergehen lassen müssen. In diesem Jahre aber ist die Verteuerung des Brotes eine so außerordentlich große, daß das chronische Elend des Winters noch vermehrt wird und die Unzufriedenheit der Arbeiter und Bauern wie der kleinen Bourgeoisie sich noch mehr steigert. Die Kleinbauern verbrauchen selbst das wenige Getreide, das sie produzieren und müssen sogar für die nächste Ernte Korn kaufen, so daß die Erhöhung der Preise nichts weiter als eine den Großgrundbesitzern kostenlos gesicherte Prämie ist, den Großgrundbesitzern, die im Parlament unter der philanthropischen Flagge des Schutzes der Landwirtschaft den Schutzoll beantragen. In Wahrheit haben diese, da sie den größten Teil des Getreides auf den Markt bringen, ein Interesse daran, daß die Preise immer mehr steigen, was sie durch ein verbrecherisches, gemeingefährliches Manöver erreichen, indem sie ihre Speicher schließen, damit das mangelnde Getreide von Angebot und Nachfrage, getrieben durch das unermessliche Bedürfnis des täglichen Brotes, ihnen den mächtigen und blutigen Profit des Kapitals vermehre. Da aber ein Quantchen Erregung mehr Einfluß hat als ein Rilo Ideen, so hat dieser Zustand, in dem die italienische Bevölkerung sich befindet, zu der sehr erwünschten Erkenntnis der gesellschaftlichen und individuellen Ordnung geführt, die uns vernichtet.

Indes, dieser fruchtbarste Keim des revolutionären Bewußtseins und des Klassenbewußtseins war nur niedergebunden und ersticht durch die blinden Triebe des bitteren Elends und so kommt es, daß die Grundbedingungen des Volks in diesen Tagen eher Symptome sozialer Pathologie sind, als einer, mehr oder weniger bedeutungsvollen Revolution.

Gegenüber den Bauern, Arbeitern und Kleinbürgern, die sich auf den Plätzen versammeln, um Brot oder Arbeit zu fordern, und die nicht selten die Bäckereien und Speicher plündern, wurden sofort polizeiliche Gewaltmaßnahmen angewendet. Es gab Tode und Verwundete, darunter Frauen und Mädchen, und jeden Tag erleben wir Prozesse, die stets mit Verurteilung enden. Die sogenannte zivilisierte Gesellschaft, die den Arbeitslosen verhungern läßt, während sie sich in ihre Tugend hüllt, bietet ihm nicht eher Unterhalt und Nahrung, als bis sie ihn zum Verbrecher getrieben oder ihm jedenfalls das gefühlige Brandmal des Verbrechens aufgedrückt hat.

Die Verwaltungen einzelner Gemeinden (z. B. Rom, Florenz) sind mit gutem Beispiel vorangegangen, indem sie den städtischen Zoll auf Mehl abschafften. In Italien besteht nämlich außer dem Getreidezoll auch noch der städtische Zoll auf Mehl; erst so kann man überhaupt den Preis von 40—45 und 50 Cent. für zwei Pfund Brot begreifen.

Schon vergangenen August hatte die sozialistische Kammerfraktion einen Gesetzentwurf betreffend die gänzliche Aufhebung des Getreidezolls eingebracht, in der richtigen Voraussetzung des Elends und der Krise dieses Winters. Damals aber wollte die Regierung nichts davon wissen.

Und jetzt, da die Grundbedingungen und Zustände des Volkes vom Süden bis hinauf nach Piemont immer häufiger werden, hat die Regierung auf Unbilligen Erfolg den Getreidezoll von 7,50 Fr. auf 5 Fr. erniedrigt — aber nur bis zum 30. April.

Aus dieser Maßregel kann man die tiefe Weisheit der Regierung erkennen. Die Großgrundbesitzer und Getreidehändler werden ruhig bis zum Mai warten, ehe sie ihre Speicher öffnen, in der Erwartung, daß der Getreidepreis während der drei Monate fast so hoch bleiben wird. Und in der That hat die Eröffnung des Erlasses keinen Fall des Getreidepreises hervorgerufen und das Parlament wird genötigt sein, die Maßregel weiter auszuweiten, indem sie sich dem Vorschlag der sozialistischen Kammergruppe nähert.

Aber die Angst der Regierung und der herrschenden Klassen vor den mehr oder minder heftigen Ausdrücken der Unzufriedenheit im Volke ist durch die mehr oder weniger zwecklosen Maßregeln nicht beschwichtigt worden, und kam daher eine andere königliche Verordnung heraus, welche den Jahrgang von 1874 unter die Fahnen ruft. Es sind so ziemlich 50 000 Soldaten mehr, als im Etat festgesetzt ist, einberufen worden, d. h. während der drei Monate wird man 5—6 Millionen vergeben.

So kommt es, daß unser Budget, das an chronischem Geldmangel leidet, zwei schwere Schläge zugleich treffen. Einmal ein Verlust von beinahe 25 Millionen infolge Verminderung von Zolleinnahmen, andererseits eine Mehrausgabe von 5—6 Millionen, um die „Ordnung“ zu gewährleisten, d. h. um das Volk ohne Brot und Arbeit unter dem Joch der Großgrundbesitzer, Kaufleute und Bourgeois zu halten. Es soll damit gesagt sein, daß man den Symptomen eines sozial-pathologischen Zustandes, sowohl oben, wie unten, in der herrschenden Klasse ebenso gut wie in der beherrschten, begegnet.

Und dies alles aus einer unbegreiflichen, in der wirtschaftlichen und sozialen Rückständigkeit Italiens begründeten Verblendung, die eine Politik des Militarismus, der wirtschaftlichen Erschöpfung und der politischen und rechtlichen Unterdrückung zur Folge hat.

Unter diesen Umständen konnte die Antwort, welche das Land der Politik der Regierung gab, keine andere sein, als die, welche man in diesen Tagen durch drei Parlamentwahlen für das Parlament gegeben hat.

In der Romagna hat man Cipriani wiedergewählt, als Protest gegen die Regierung, die ihn vor einigen Jahren begnadigte, ihn aber seine bürgerlichen und politischen Rechte nicht wiedergegeben hatte. Das Volk zieht natürlich daraus den einfachen Schluß: glaubt Ihr, daß Cipriani nicht seine bürgerlichen und politischen Rechte besitzen darf, dann dürft Ihr ihn auch nicht begnadigen, habt Ihr ihn aber begnadigt, indem Ihr seine Berufsberechtigung, die ihn ins Gefängnis brachte, nicht aus dem erst durch die Protestwahl zum Parlament wieder herauskam, als ungerecht anerkennend, müßt Ihr ihn auch seine staatsbürgerlichen Rechte vollständig wieder zuerlangen.

Entgegengekehrt der Romagna hat man im Wahlkreis von Cosimo einen Mann wiedergewählt, der ganz offen das schimpflichste Wahlmanöver angewendet hat, aber hier ist es noch die Wirkung des Elends und des mangelnden Verständnisses des Volks, daß man es in diesem entsetzlichen Winter fast für von der Vorsehung geschickt halten konnte, Gelegenheit zu haben, 5—10 Fr. geschenkt zu erhalten, indem man für einen abenteuerlichen Prinzen stimmte.

Alle Zeitungen, selbst die konservativen, haben hierüber lärmgeschlagen, als über eine Verhöhnung parlamentarischer Einrichtungen, vergaßen aber dabei, daß viele andere Abgeordnete ihre Wahl auch nur der Wahlfälschung verdanken. Nur die sozialistische Partei allein hatte den Mut, dem abenteuerlichen Prinzen einen Kandidaten entgegenzustellen, womit sie die Volksmoralität verteidigt.

Den auffallendsten und sichersten Beweis von dem Fortschritt der sozialistischen Partei unter allen diesen Symptomen der sozialen und politischen Pathologie war die Wahl unseres Genossen Rondani im Wahlkreis von Gossato in Piemont. Bei der Wahl im vergangenen September, die damals für ungültig erklärt wurde, weil Rondani noch nicht 30 Jahre alt war — das gesetzliche Alter für Deputierte —, hatte er zwei liberale Gegenkandidaten, und in der Stichwahl war Rondani gewählt worden, weil ein Teil der liberalen Wähler für ihn gestimmt hatte und zwar nur aus persönlicher Rache gegen den anderen liberalen Kandidaten. Dieses Mal dagegen hatte man dem Sozialisten nur einen Kandidaten gegenübergestellt, welcher das Konglomerat von allen Bourgeoisparteien, von den Konservativen bis zu den Liberalen personifizierte und der nicht allein den Reichtum, sondern auch die Tradition des Namens für sich hatte, denn er ist der Sohn unseres alten Finanzministers Sella, der jetzt lebt ist, aber vor einigen Jahren eine sehr bemerkenswerte Rolle in der italienischen Politik gespielt hat. Der Wahlkampf war sehr lebhaft und sehr würdig, denn man kämpfte nur um Prinzipien und Programme.

Piemont hat schon, zum Schrecken der Bourgeoisie, zwei sozialistische Kandidaten; früher wurde es als Hochburg der Monarchie betrachtet, weil es die Wiege unseres Herrscherhauses war. Jetzt ist es ein für die Entwicklung einer ersten, zielbewussten und gutgeleiteten, disziplinierten sozialistischen Partei besonders günstiges Land, weil es eine große industrielle und landwirtschaftliche Entwicklung hat und die Bevölkerung sehr eng und solid ist. Es gibt dort keine Radikalen und Republikaner, die das Volkswußtsein durch Träume von nur politischen oberflächlichen Reformen in seiner Entwicklung zurückhalten könnten.

Der Kampf war ein sehr heftiger. Der sozialistische Kandidat hat den Kandidaten geschlagen, der auf seinen Namen alle Stimmen der Bourgeoisparteien vereinigte. Deshalb war auch der öffentliche Eindruck, den dies machte, ein sehr tiefer, denn man versteht wohl, daß dies die progressive Eroberung von ganz Piemont und Nord-Italien durch die sozialistische Partei bedeutet.

Wie immer, so verlangten auch selbst bei dieser Veranlassung einige besonders thörichte konservative Blätter die Verfolgung der Agitatoren, der Propagandisten, sie vergaßen aber dabei, daß man Menschen wohl einsperren kann, daß aber das Gefängnis, in dem man auch Ideen einsperren oder vertilgen kann, noch nicht erfunden wurde.

Die Wahrheit ist, daß das öffentliche Bewußtsein in Italien die sinnlose Furcht schon überwunden hat, die bei ihm die ersten Manifestationen des Sozialismus hervorriefen, und die durch das Ministerium Crispi zu dem Zweck libertarisch worden waren, die Bourgeoisie zu erschrecken, um an ihr eine politische Stütze zu haben. Und jetzt, wie liberal und immer, sieht das Land, das arbeitet und leidet, wohl die Symptome des sozialen Niedergangs bald hier bald dort hervorbereiten und im latenten Zustand verbleiben, es sieht aber auch, daß nur die sozialistische Partei die Kraft zur sozialen Erneuerung besitzt.

Enrico Ferri.

### Politische Anekdote.

Berlin, 8. Februar.

**Aus dem Reichstage.** Nachdem der Rest des Etats der Reichspost ohne Debatte erledigt war, begann die Diskussion über den Etat des Auswärtigen Amtes und betraf damit das Haus das Gebiet der hohen Politik. Eröffnet wurde diese Diskussion durch eine Rede des Abg. G. Richter, der sich fast ausschließlich mit Ostasien und unserer neuesten Eroberung in Kiaotschau beschäftigte. Wer einen scharfen Protest von seinen dieses Führers der bürgerlichen Opposition erwartet hat, der ist heute sicher enttäuscht worden. Herr Richter sprach mit großer Reserve von unseren neu gewonnenen bezopften Reichsgenossen in China und er gab offen seine Meinung dahin kund, daß auch er den ostasiatischen Eroberungen gegenüber viel sympathischer sich stelle, als den afrikanischen Sumpfen und Sandlöchern gegenüber.

Nach dieser sanft abgetönten Einleitung hatte der Staatssekretär v. Bülow natürlich gewonnenes Spiel. Derselbe brauchte den Eroberungsag nach China nicht zu verteidigen, da alle bürgerlichen Parteien mehr oder minder ihre Zustimmung dazu gegeben hatten, und so zog er nur die patriotischen Register, um die gehörig vorbereitete Stimmung ganz auf das gewünschte Maß nationaler Begeisterung zu heben. Die geistreich-joviale Art, mit der der neue Staatssekretär zu plaudern versteht, trug natürlich auch ihr gut Teil dazu bei, um die Stimmung zu heben. Nur die Antisemiten machten erbärmlich lange Gesichter, als Herr v. Bülow davon sprach, daß wir, gleich den Makkabäern beim Tempelbau, in der einen Hand das Schwert, in der anderen die Mauerkelle führten, um das deutsche Volk auszubauen und zu verteidigen zugleich. Den Wahlworts der Regierungsparteien mag dies Bild aus dem Munde unseres auswärtigen Ministers sehr zu statten kommen, aber auf die antisemitischen Schaarer muß es wirken wie Mehltau.

Gäbe es keine Sozialdemokraten im Reichstage, so wäre heute alles eitel Wonne und Eintracht gewesen. Und das war

erreicht durch die „Pachtung“ des bishigen Kiaotschau. Diese rothen Reichsfeinde wissen aber an allem zu mädeln und heute hat dies wieder Bebel in einer ebenso trefflichen wie gründlichen Weise besorgt. Ist die Bourgeoisie in ihrem eigenen Interesse und gezwungen durch die kapitalistische Entwicklung genötigt, immer weitere Gebiete in den Bannkreis der kapitalistischen Ausbeutung zu ziehen und stellt die Regierung als geschäftsführender Ausschuß der herrschenden Klasse dieser die Machtmittel des Staates zur Verfügung, so fällt der Sozialdemokratie die Rolle des mahnenden Gewissens und des rückfahrlösen Kritikers zu. Diese Rolle hat Genosse Bebel heute wieder, wie schon so oft, in glänzender Weise durchgeführt.

Die weiteren Redner beschränkten sich mehr oder weniger darauf, ihre Zustimmung zu der „befonnenen und erfolgreichen“ Politik der Regierung auszudrücken. Herr Dr. Lieber versuchte nur ganz sanft einige Bedenken gegen die Evangelienrede des Prinzen Heinrich in Kiel geltend zu machen; ihn aber belehrte Admiral Tirpitz kurz und schneidig, daß die Kaiserlichen farnos waren und niemand ein Recht habe, sich durch dieselben beunruhigt zu fühlen.

Auf eine Anfrage des Dr. Barth, ob man in Kiaotschau Freihandelspolitik für alle Nationen üben werde und was der Herr Staatssekretär über Kreta denke? antwortete dieser in bezug auf erstere Frage ausweichend, während er über Kreta vergnügt ein Viertelstündchen plauderte, ohne auch nur irgend etwas zu sagen. Nur daß die Griechen schlechte Schuldenszahler sind und sich dadurch den Haß ihrer Gläubiger zugezogen haben, war das einzige Positive aus diesen längeren Ausführungen.

Als letzter Redner für heute betrat der alldeutsche Dr. Haffke aus Leipzig die Tribüne, die er insofern bald wieder verließ, da ihn niemand mehr anhören wollte.

Morgen 2 Uhr Fortsetzung.

Im preussischen Abgeordnetenhaus stand heute zunächst die Verlesung der konservativen Interpellation auf der Tagesordnung: Ist die Regierung bereit, Mitteilung darüber zu machen, ob die in der Thronrede verheißene Vorlage betreffend die Neuordnung und Verbesserung des Dienstverhaltens der Geistlichen beider Konfessionen in der nächsten Zeit zu erwarten ist, gegebenenfalls aus welchem Grunde die Einbringung der Vorlage sich verzögert? Der Abg. Haffke, welcher die Interpellation begründete, ließ sehr deutlich durchblicken, daß seine Partei hauptsächlich darum eine baldige Gehaltsaufbesserung der Geistlichen wünscht, weil sich die Furcht besteht, daß die unzufriedenen frommen Herren bei den nächsten Wahlen im regierungswidrlichen Sinne ihre Stimme abgeben könnten. In diese schwere Verlesung werden die Geistlichen jedoch nicht geführt werden, denn, wie der Kultusminister Dr. Bosse erklärte, werden die gewünschten Vorlagen sowohl in bezug auf die evangelische als auch auf die katholische Kirche, dem Landtage in nächster Zeit zugehen. Mit dieser Erklärung haben sich die Vertreter des Zentrums und der konservativen Parteien in der kurzen Debatte, die sich daran anschloß, zufrieden, während Abgeordneter Dr. Langerhans (fr. Vp.) der einzige war, der sich zu dem richtigen Standpunkt anstellte, daß nicht der Staat, sondern die Kirchengemeinden für die Gehälter der Geistlichen zu sorgen hätten. Aus dem allgemeinen Steuerfächer bestimmten Konfessionen Vortheile zu bewilligen, ist allerdings mit einem Staatswesen, in welchem völlige Religionsfreiheit besteht, nur schlecht vereinbar.

In der sodann wieder aufgenommenen zweiten Lesung des Zusatzetats entspann sich im Anschluß an den neulich im Reichstage erwählten Fall des Erzbischofs von Köln, der angeblich im Gefängnis mit Stuhlfechten beschäftigt worden sein soll, eine kurze Debatte über den Strafvollzug, die der Zusammenfassung des Hauses entsprechend, recht oberflächlich war. Der Justizminister Schönlank stellte zunächst fest, daß der Erzbischof von Köln sich im Gefängnis selbst beschäftigen und selbst beschäftigen konnte und daß ihm drei frisch möblierte Zimmer zum Aufenthalt angewiesen waren. Im übrigen erklärte er, daß ein Strafvollzugsgefängnis in der Ausarbeitung begriffen sei und daß inzwischen seitens des Bundesraths allgemeine Vorschriften erlassen seien, wonach bei der Beschäftigung der Gefangenen auf ihre Stellung Rücksicht genommen werden solle. Daß diese Vorschriften bestehen, ist ja bekannt, aber leider bestehen sie — wenigstens sozialdemokratischen Redakteuren gegenüber — häufig nur auf dem Papier. Die weitere Verlesung des Justizetat bot nichts Bemerkenswerthes, ebenso wenig der Etat der Bauverwaltung, in dessen Verlesung das Haus noch eintret.

Morgen: Vorlage betreffend Entschädigung für Verluste durch Hochwasserkatastrophen und Initiativanträge.

**Konservative Partei und Bund der Landwirthe.** Die „Konservative Korrespondenz“ erwidert auf die letzten von uns mitgetheilten Auslassungen der „Korrespondenz des Bundes der Landwirthe“. Sie beklagt sich über unangenehme Tonart und unrichtige Behauptungen. Dann sagt sie:

Wir ersehen aber leider aus dem Verhalten der Bundeskorrespondenz, daß in den Kreisen, aus welchen sie inspiriert wird, Elemente ihr Wesen treiben, die das beiderseitige Bestreben der konservativen Parteileitung und des Bundesvorsitzenden Herrn v. Pflüg, ein gutes Einvernehmen herzustellen und festzuhalten, konterkarrieren (wunderwürdiges Deutsch) wöchten. Es wird notwendig sein, diesem Treiben einen Damm entgegenzusetzen, wenn dadurch die Sache der deutschen Landwirtschaft nicht ernsthaft gefährdet werden soll.

Die „Kons. Korresp.“ sucht also Herrn v. Pflüg für sich in Anspruch zu nehmen gegen seine nächsten Freunde und Mitarbeiter. Herr v. Pflüg wird darüber lachen und nur noch lächerlicher gegenüber den Konservativen werden. Im übrigen ist es drollig, daß die beiden patentierten Schläger und Kettler der Landwirtschaft, konservativer Partei und Bündler, nun schon so weit gekommen sind, daß sie sich gegenseitig ernsthaftest Gefährdung der deutschen Landwirtschaft vorwerfen.

Bemerkenswert ist ferner, daß der Abg. Dr. Diederich Hahn, der Direktor des Bundes der Landwirthe, in einer Rede in Halle,

wie ein Bericht der „Staatsbürger Zeitung“ sagt, „lebhast die  
schonste Erklärung des Herrn v. Manteuffel in Dresden bedauerte  
und sagte, daß dem Bunde der Landwirthe die deutsch-soziale  
Reformpartei mindestens ebenso lieb sei, wie die konservative. Der  
Bund der Landwirthe verpflichte sich zu gar nichts betreffs der  
Wahlen, sondern würde von Fall zu Fall die Kandidaten prüfen,  
wie sie zum Programm des Bundes der Landwirthe ständen. Es  
wäre nur zu wünschen, daß Konservative und die deutsch-soziale  
Reformpartei zusammengingen, nicht aber die Führer sich be-  
schädigten.“

Was hat nun der ganze Parteitag in Dresden für einen Zweck  
gehabt? Arme Konservative!

Im französischen und englischen Parlament wurde gestern und  
heute die auswärtige Politik dieser Staaten behandelt. In der fran-  
zösischen Deputirtenkammer richteten am Montag, wie wir schon mit-  
theilten, Delafosse, Goblet und Millierand Angriffe gegen die Regierung  
wegen ihrer Haltung zur chinesischen und zur türkisch-griechischen  
Frage. Darauf ergriff der Minister des Aeußern, Hanotaux,  
das Wort. Seine Rede bestand, wie gewöhnlich, aus allgemeinen  
Aussagen, aber einiges Tatsächliche kam immerhin dabei zum  
Vorschein. Herr Hanotaux ist sehr zufrieden mit den Erfolgen seiner  
auswärtigen Politik. „Unsere Lage in Asien ist außer-  
gewöhnlich“, erklärte er. In den türkisch-griechischen Angelegenheiten  
habe die französische Diplomatie mehrere Male mit Erfolg ein-  
gegriffen. Jetzt prüfe das europäische Concert die Frage  
der Kandidatur des Prinzen Georg, welcher Frankreich ge-  
nügungsgemäß überzeuge; Frankreich begehre Wohlwollen für Griechen-  
land und wünsche die Autonomie Kreta's. Was die russisch-  
türkische Allianz betreffe, so sei das ein Punkt, über den eine  
Mittheilung unumgänglich ist. Die Allianz sei eine geschichtliche That-  
sache, sie sei nicht das Werk einer Partei, alle Kabinete haben ihre  
Realisirung verfolgt. Hanotaux legt sodann die glücklichen Erfolge  
der französischen Diplomatie in China dar. „Eine Menge Fragen  
sind zu unserer Befriedigung geregelt, es bleibt uns nur für unsere  
Daneid und unsere Kapitalien eine größere Aktivität zu verlangen.  
Frankreich wünscht die Integrität des chinesischen Reiches und es  
sind Maßnahmen getroffen, um derselben Achtung zu verschaffen.  
Frankreich wird nach Kombinationen suchen, um die Harmonie der  
Mächte aufrecht zu erhalten.“

Auf weitere Angriffe Millierand's, Frankreich habe sich  
von Rußland abzuwenden lassen, gab Ministerpräsident Meline  
noch folgende Erklärung ab: „Wenn man Freunde haben will, so  
darf man ihnen nicht beständiges Mißtrauen bezeugen, man muß  
offen Hand in Hand arbeiten. Die französisch-russische Allianz ist  
eine lange vorbereitete Best. Deshalb ist die Freundschaft Frank-  
reichs nicht unerschütterlich. Die Freundschaft Rußlands ist ein tiefes  
und dauerhaftes Gefühl. Man hätte sich, die Grundlagen derselben  
zu untergraben, wie eine gewisse Presse thut.“

Das englische Parlament wurde heute eröffnet. Die  
Thronrede bezeichnet die Beziehungen zum Auslande als freund-  
liche und führte weiter aus:

Die Schwierigkeit, zu einem einstimmigen Abkommen zu ge-  
langen in der Frage der autonomen Regierung Kreta's, hat  
die Erwägungen der Mächte ungeduldig in die Länge ge-  
zogen; ich hoffe aber, daß diese Schwierigkeiten bald über-  
wunden werden. Es ist die anscheinend vertrauenswürdigste  
Nachricht eingegangen, daß der Khalif beabsichtigt, gegen die  
egyptische Armee im Sudan vorzuziehen. Deshalb ist den  
beteiligten britischen Truppen die Weisung zugegangen, nach Verber  
zur Unterstützung des Aethiopes abzugeben. Mit Abyssinien ist  
ein Freundschafts- und Handelsvertrag abgeschlossen worden.  
Der organisierte Aushub des Honatimus unter den  
Stämmen an der nordwestlichen Grenze In-  
diens im letzten Sommer hatte die Regierung ge-  
zwungen, Expeditionen zur Verstrafung der Stämme auszusenden.  
Der Muth und die Ausdauer der britischen und eingeborenen  
Truppen hat die fast unbewendlichen Schwierigkeiten, welche jener  
Theil des Landes darbietet, befehigt, jedoch befallt die Königin den  
Verlust so vieler kostbarer Menschenleben. Die Wiedererlangung der  
Pest in westlichen Indien verursacht Besorgnisse, aber die  
Regierung macht alle Anstrengungen, um die Ausbreitung der Seuche  
zu begrenzen und ihre Wirkungen zu mildern. Die Hungers-  
noth in Indien hat mit Ausnahme einiger kleiner Bezirke von  
Madras aufgehört. Ueber China enthält die Thronrede gar nichts.

Die Thronrede befaßt sich ferner mit Handels- und inner-  
politischen Angelegenheiten. Ich hoffe, so führt sie aus,  
daß die Konferenz für die Frage der Juxerprämien das  
Ergebnis hat, daß die Juxerprämien von den kontinentalen Staaten  
abgeschafft werden; mittlerweile sollen dem Parlament Maßnahmen  
vorgeschlagen werden, um der unmittelbaren Nothlage der west-  
indischen Kolonien abzuhelfen und den Produzenten über die gegen-  
wärtige Krise hinwegzuhelfen. Angefichts der enormen, von anderen  
Nationen unterhaltenen Hilfsmittel wird die Pflicht der Ver-  
theidigung des Reiches Aufgaben mit sich bringen, die  
über frühere Aufwendungen hinausgehen. Es werden demgemäß  
Anträge zur Vermehrung der Stärke und Leistungsfähigkeit  
sowie zur Verbesserung der Verhältnisse des militärischen Dienstes  
eingebildet werden, desgleichen Vorschläge zur Einführung einer  
lokalen Regierung in Irland, ähnlich derjenigen, welche in  
dieser Richtung in England besteht, sowie endlich Anträge  
auf Einführung von Gemeindevertretungen in der Grafschaft  
London unterbreitet werden.

Ueber den Stand der chinesischen Auleihe taucht  
wieder eine ganz neue Anschauung auf. Der „Times“ Korres-  
pondent in Peking telegraphirt, er habe Grund zu glauben,  
China werde infolge der Opposition Rußlands veranlaßt  
werden, die englischen Auleihenvorschläge abzulehnen. In  
entsprechender Weise werde China auch die russischen Vor-  
schläge wegen der Opposition Englands nicht annehmen  
können. China sei rathlos und könne die Kriegsschuldigung  
auf Japan nur in Noten zahlen; es gebe sich aber der Hoffnung  
hin, daß sich Japan wahrscheinlich zu einer Verlängerung  
der Zahlungsfrist verstehen werde. Mittlerweise ist ein  
kaiserliches Dekret erlassen betreffend die Ermächtigung zur  
Ausgabe von Schatzbons im Betrage von 100 Millionen Taels  
zum Zinssatz von 5 pCt.; das Dekret appellirt an die  
Staatspersonen und die Großplanken, die Ausgabe der  
Schatzbons zu unterstützen, damit vollständig eine  
Deckung für die im Mai fällige Rate erlangt würde.

China sucht, wenn sich diese Meldung bestätigt, und sie  
besitzt viele Wahrscheinlichkeit für sich, sich den Liebenswürdig-  
keiten seiner beiden stämmischen Unwerber zu entziehen,  
indem es beiden den Korb giebt. Damit thäte die Peking-  
Regierung das, was jetzt auch die in Berlin, unter  
Einfluß der hiesigen chinesischen Gesandtschaft erscheinende  
„Ostasiat. Corresp.“ anrät. Diese „Corresp.“ macht folgende  
Ausführungen, die auf den Wunsch eines japanisch-  
chinesischen Einvernehmens gegenüber den europäischen Mächten  
hinauslaufen:

„Aber wir glauben die Frage aufwerfen zu sollen, ob es  
nicht für China keinen anderen Modus giebt, den re-  
stlichen Theil seiner Kriegsschuld an Japan abzuzahlen,  
als durch Aufnahme einer auswärtigen Auleihe, wegen welcher die  
chinesische Regierung so vielen Drangalirungen und Ab-  
sagen ausgesetzt war und ist? Wenn China nur ernstlich  
wollte, so ist es keineswegs ausgeschlossen, daß sich Mittel  
und Wege finden könnten, die restliche Kriegsschuld  
an Japan durch eine neue Auleihe aufzutreiben. Andererseits  
glauben wir fest, daß sich Japan ohne weiteres  
bereit finden würde, die Zahlung dieser Kriegsschuld in jeder  
Weise der chinesischen Regierung zu erleichtern, wenn diese  
auch nur ein geringes Zeichen von Neigung dazu bekunden

würde. Mit den politischen Bestrebungen des jetzigen  
japanischen Ministerpräsidenten Grafen Ito würde sich ein  
solches Entgegenkommen an China auch vollkommen decken.  
China braucht dies, wie gesagt, nur zu wollen und eine Ver-  
ständigung mit Japan wäre im Handumdrehen erzielt. Und was  
dann kommen würde, das wäre ein ganz neues Kapitel  
asiatischer Politik!... Im Interesse der kontinentalen  
Mächte Europas könnte dies schwerlich gelegen sein. Die  
Anleihefrage könnte aber gleichwohl auch noch diese, gewiß  
von niemandem in Europa erwartete Wendung nehmen – wenn  
die Drangalirungen Chinas mit dieser Auleihe fortbauern  
würden.“

### Deutsches Reich.

– Zum Kapitel des Vertriebs der Hülle'schen  
Zeitschriften enthält das 8. Heft 1897 des Jahrbuches der  
Preuß. Forst- und Jagdgesetzgebung (Berlin, Jul. Springer) folgenden  
Beitrag:

Berlin, 20. November 1896.

Seine Majestät der Kaiser und Königin haben dem Wunsch  
Ausdruck gegeben, daß den Bestrebungen des Christlichen Zeitschriften-  
vereins, welcher sich die Aufgabe gestellt hat, durch Einführung  
volkstümlicher und billiger Schriften dem Einfluß der  
staatsfeindlichen, insbesondere der sozialdemokratischen Presse  
entgegenzuwirken, seitens aller Behörden die thunlichste Förderung  
zu theil werden und daß besonders von den staatlichen Betriebs-  
verwaltungen für Verbreitung der Vereins-Zeitschriften unter ihren  
Arbeitern und niederen Beamten gesorgt werden möge.

Das beigesteuerte Druck- und Anstalts (s) bleibt über die viel-  
seitige Thätigkeit des Vereins und der mit ihm verbundenen Zweig-  
vereine näheren Aufschluss. Auch hat sich der Schriftführer und  
Verleger der Vereinsunternehmungen, Prediger Hülle – Berlin SW.,  
Alte Jakobstr. 129 – bereit erklärt, jede gewünschte nähere Aus-  
kunft über den Verein zu geben, und eine Auswahl von Probe-  
nummern der einzelnen Schriften zur Verfügung zu stellen.

Ich veranlasse die königliche Regierung, die Bestrebungen des  
Christlichen Zeitschriftenvereins nach Möglichkeit zu unterstützen  
und geeignete Anordnungen für Verbreitung der Vereinschriften  
unter Arbeitern und niederen Beamten zu treffen.

Der Minister für Landwirtschaft,  
Domänen und Forsten.

Im Auftrage:

Donner.

Die Erfolge der approbirten Hülle-Literatur werden bei den  
Wahlen geprüft werden.

– Nach dem Landesökonomie-Kollegium tagt  
nun der deutsche Landwirtschaftsrath. Hier wird die  
Konferenz schon kräftiger, an Stelle weniger sachlicher Erwägung tritt  
nun schon der fast reine agitatorische Ton hervor. Die „Deutsche  
Landeszeitung“ bejubelt den Beschluß über die Handelsvertrags-  
Politik. Graf v. Kanitz (Podang) referirte über die Politik:  
„Welches System der Handelsverträge ist im landwirtschaftlichen  
Interesse zu befürworten?“ Redner beantragt die Annahme folgender  
Resolution: 1. Für die anderweitige Regelung der Handelsbeziehungen  
Deutschlands zum Auslande ist das Prinzip der Tarifautonomie zu  
empfehlen. 2. Vor Abschluß neuer Handelsverträge ist sorgsam  
zu prüfen, in welchem Maße die wichtigsten einheimischen Er-  
werbszweige (Groß- und Klein-Industrie, Land- und Forst-  
wirtschaft, Fischerei u. s. w.) des Reiches gegenüber  
der ausländischen Konkurrenz bedürfen. Die so ermittelten Nothlagen  
werden in einem Minimaltarif eingeflekt und jede vertragsmäßige  
Erhöhung oder Bindung derselben vorweg ausgeschlossen. – Sodann  
ist ein Generaltarif aufzustellen, welcher für die wichtigsten Handels-  
artikel erhöhte Zollsätze enthält. – Auf Grundlage dieses General-  
tarifs können Vertragsverhandlungen mit anderen Ländern eröffnet und  
Zahlungsermäßigungen bis herab zu den Höhen des Minimaltarifs  
– unter Vorbehalt angemessener Gegenleistungen und Garantien  
– gewährt werden. 3. Die neuen Verträge werden auf unbeschränkte  
Zeitsdauer, unter Vorbehalt des Kündigungsvorbehalts mit einjähriger Frist,  
abzuschließen sein. 4. Die bestehenden Weißbegründungsverträge sind  
– mit selbstverständlicher Ausnahme der deutsch-französischen Verträge –  
bestimmungen von 1871 – rechtzeitig zu kündigen. 5. Gegenüber den  
Ländern, mit welchen neue Verträge nicht abgeschlossen werden, ist  
– wiederum mit Ausnahme Frankreichs – der Generaltarif in An-  
wendung zu bringen.“

Nach längerer Debatte gelangte der Antrag Kanitz, unter  
Streichung des Passus 3, einstimmig zur Annahme.

Die weiteren Verhandlungen drehten sich vornehmlich um die  
Frachtarif-Politik. Alle möglichen Vortheile für die brotvertheuernden  
Agrarier und alle Schwierigkeiten für die brotweibilligende Ein-  
fuhr wurden in Form einer Resolution beschlossen.

– Neue Bestimmungen über die Zulassung  
russisch-polnischer Arbeiter in landwirtschaft-  
lichen Betrieben. Die „Neue Berl. Kor.“ meldet: Bezüglich  
der Behandlung der Anträge auf Zulassung russisch-  
polnischer und galizischer Arbeiter zur  
Beschäftigung in landwirtschaftlichen Betrieben  
sind folgende Anordnungen erlassen: Anträge auf Zu-  
lassung russisch-polnischer oder galizischer Arbeiter sind bei  
dem Landrath durch Vermittlung der zuständigen Orts-Polizei-  
behörde anzubringen. Die Polizeibehörden haben sich bei Weiter-  
förderung der Anträge gütlich darüber zu äußern, ob in den  
einzelnen Fällen ein wirtliches, durch den Mangel an ge-  
eigneten inländischen Arbeitskräften hervorgerufenes Bedürfnis zur  
Veranmietung ausländischer Arbeiter als vorhanden anzuer-  
kennen ist und ob die Persönlichkeit des Antragstellers die er-  
forderlichen Bürgschaften für die genaue Innehaltung der zu  
stellenden Bedingungen bietet. In den Fällen, wo die  
Ausländer im Winter-Halbjahr beschäftigt werden sollen,  
ist außerdem seitens der Polizeibehörden noch anzugeben, ob  
und unter welchen Umständen die Beschäftigung der Ausländer durch  
ein unabweisbares Bedürfnis begründet ist. Die betreffenden  
Anträge müssen Angaben über a) die Zahl der zuzulassenden  
russisch-polnischen oder galizischen Arbeiter (nach Geschlechtern  
getrennt); b) die Art ihrer Beschäftigung; c) die muth-  
maßliche Dauer der letzteren; d) die Arbeitsstätte enthalten.  
Nachdem im Einzelfalle den Antragstellern die nachgesuchte Ge-  
nehmigung erteilt sein wird, haben sie sich durch Unterzeichnung  
eines Reverses zur genauen Erfüllung der in dem Reversen ihnen  
auferlegten Bedingungen zu verpflichten.

Bei der ganzen Haltung unserer Landräthe zu den agrarischen  
Bestrebungen können wir als sicher annehmen, daß für ihre Ent-  
scheidungen weit mehr die Interessen der Grundbesitzer als die  
der Arbeiter entscheidend sein werden.

– Ein merkwürdiger Druckfehler. Die „Konf.  
Korr.“ schließt ihre Betrachtungen über den „Dresdener Parteitag  
und die Presse“ mit den Worten „Vorwärts ist jetzt die Lösung“.  
So viel wir wissen, hieß und heißt sie bei den Junkern stets:  
„Rückwärts ist die Lösung“.

– Der Vorstand des Verbandes deutscher  
Journalisten- und Schriftstellervereine hat, ent-  
sprechend einem Beschlusse des fünften allgemeinen deutschen  
Journalisten- und Schriftstellertages, in Sachen des „Grosen-  
Anfangs-Paragrafen“ an den Bundesrath, an das  
Reichsjustizamt, an alle Reichstags-Mitglieder und an  
sämmliche Mitglieder aller deutschen Landtage eine Petition  
gerichtet, worin erklärt wird, daß die heutige Rechts-  
sprechung bezüglich des Grosen Anfangs-Paragrafen dem unzwei-  
deutigen Wortlaut und Sinne desselben widerspricht. Die Petenten  
bitten den Reichstag, dem § 860 Ziff. 11 des Reichs-Strafgesetzbuches  
eine zweckentsprechende, authentische Interpretation geben zu  
wollen.“

– Protest gegen die Flottenvorlage. In Kiel  
sand am Montag Abend eine von ca. 2000 Personen besuchte Ver-  
sammlung statt, in der der Abgeordnete Segen über „die Flotten-

vorlage und Weltmachtspolitik“ sprach. An der Spitze nach ihm  
während der Diskussion beteiligten sich acht Gegner, darunter  
mehrere Universitätsprofessoren. Zum Schluss wurde eine Resolution  
angenommen, in der sich die Versammlung gegen die Flotten-  
vorlage und gegen jede Weltmachtspolitik aussprach.

In Bremerhaven sprach unser Parteigenosse Pfann-  
kuch über die Weltmacht, ihre Rüstungen und ihre Rüstungen. Die  
jährliche Besuche Versammlung beschloß eine Resolution gegen die  
Flottenvorlage.

– Der Kampf gegen das amerikanische Obf  
wird nicht nur durch Bundesraths-Beschlüsse geführt; private  
Interessenten suchen auch die öffentliche Meinung zu beeinflussen,  
indem sie verbreiten, daß der Genuss des amerikanischen Obfs durch  
die San José Schildlaus gefährlich sei. Diese Meinung ist ver-  
fälschend, denn die berühmte San José Lärmer sucht sich um die Frucht gar  
nicht und besetzt bloß die Blätter der Obstbäume.

– Zum Kampf gegen die amerikanische Pferde-  
fleisch-Einfuhr fordert das hiesige Bäuerleinorgan auf. Da  
wir das europäische Reich der Mitte doch nicht mit einer handels-  
politischen chinesischen Mauer umgeben können, wird vernünftiger-  
weise zur Hintanhaltung amerikanischer Pferdefleisch-Einfuhr nichts  
anderes übrig bleiben, als Erhöhung der Lebenshaltung des deutschen  
Proletariats, das auch lieber Rindfleisch und Gänsebraten als ge-  
pökelte Pferdegerippen ist. Freilich, nichts ist den Agrariern schädel-  
licher, als menschliche Existenz der Landarbeiter.

– Die drei Hildesheimer Landräthe, die den Auf-  
ruf des Bundes der Landwirthe gegen die nationalliberale Partei  
und die „unglückseligen“ Handelsverträge unterzeichnet haben,  
sollten nach der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ eine  
„Korrektur“ erfahren. Jetzt wird aus Hildesheim berichtet, daß  
der Wahlausschuss in unveränderter Form und mit den Unter-  
schriften der Landräthe nach wie vor von Hand zu Hand verbreitet  
werde. Dazu bemerkt ein hiesiges nationalliberales Blatt:

Die in Aussicht gestellte „Korrektur“ des Verfahrens der Land-  
räthe scheint somit unterblieben und daher allen politischen Beamten  
freigestellt zu sein, für den Bund zu agitieren. Für die „Politik  
der Sammlung“ wäre das höchst bezeichnend.

Daß bei der „Politik der Sammlung“ des Herrn v. Miel  
die nationalliberale Partei schließlich am besten fahren muß,  
kann, wie die „Vossische Zig.“ richtig bemerkt, keinem aufmerksamen  
Beobachter entgehen.

– Ein Urtheil Bismarck's über das preussische Staats-  
ministerium aus dem Jahre 1867 findet sich in dem eben erschienenen  
siebenten Bande der Tagebuchblätter Theodor v. Bernhardi's. Es  
lautet:

„Während meiner Abwesenheit und Krankheit ist eben nichts  
geschahen, die Geheimräthe haben sich untereinander dirirt und  
die Minister haben unter einander dirirt; weiter ist gar nichts  
geschahen. Sie können sich gar nicht denken, was es für eine  
Plage ist, sieben Menschen in Ordnung zu halten, die alle mit-  
einander von der Sache nichts verstehen.“

In der Folge, so bemerkt Bernhardi, hatte Bismarck zu den  
fünf sonstigen Ministern Moon und sich selbst noch hinzugefügt.

Wer freilich außer Bismarck ein solches Urtheil über die Guel-  
burg, Bismarck, Selchow, Mühlner und Ippenly gefaßt hätte, wäre  
ebenso im Loch gekommen, als wenn er heute über die Rede,  
Schönstedt, Boffe, Bredfeld, Thielens ähnlich urtheilen wollte.

In demselben Werke findet sich für Bismarck charakteristische  
Ausprüche: „So, auf Prinzipien kann ich mich nicht einlassen.“

Dresden, 8. Februar. (Sig. Ver.) Die zweite Kammer nahm  
heute die Schlussberatung über die Abänderung der  
Gesetze-Ordnung vor. Die Vorlage trägt den durch das  
neue Bürgerliche Gesetzbuch notwendig gewordenen Abänderungen  
Rechnung, insbesondere fällt die Bestimmung, daß Dienstboten  
bis zum vollendeten 17. Lebensjahre der elterlichen  
Fürsorge der Dienstherrschaften unterworfen seien. Wie schwer den  
Bourgeois der Kammer der Verzicht auf dieses Jüchtigungs-  
recht wird, zeigt der Umstand, daß nur sechs Mit-  
glieder der Gesetzes-Deputation sich für vollständigen  
Verfall des Prügelsrechts aussprechen, während eine Minorität von  
4 Mitgliedern die Uebertragung des elterlichen Jüchtigungsrechts  
auf die Dienstherrschaft für zulässig erklärt. Das zeigt am besten  
den Geist der Vorlage. Daß unter solchen Umständen die früher von  
unseren Genossen gegebenen Anregungen zur Verbesserung völlig  
außer Acht gelassen wurden, ist selbstverständlich. Die Deputation  
ist im Gegenstand der Meinung, daß sich die Gesetze-Ordnung im  
allgemeinen gut bewährt habe. Abg. Goldstein (Soz.) bemängelt  
die Vorlage. Gewerbliche Arbeiter, wie Kasser, Dreschensulzer et  
untenstehen noch immer der Gesetze-Ordnung, obwohl sie  
unter die Gewerbe-Ordnung gehören. Auch sei der polizeiliche  
Zwang zur Zurückführung der Dienstboten zur Herrschaft beibehalten  
worden, während die Herrschaft ihre Dienstboten gegen Geldentschädigung  
abschieben könne. Die Bestimmungen über das Gesundheitszeugnis seien  
sehr reformbedürftig. Ein Normalarbeitsvertrag für das Gesinde bestehe  
auch nicht; die Arbeitszeit gehe ins Ungemessene. Da dürfe  
man sich über den „Jug nach der Stadt“ nicht wundern.  
Was an der Vorlage gut sei, sei vom Reich auf-  
gezwungen, was schlecht an der Vorlage sei, sei spezifisch sächsisch.  
Seine Partei könne um der wenigen Verbesserungen  
willen nicht gegen die Vorlage stimmen, sei aber von der Vorlage  
durchaus nicht befriedigt. Dr. Kahlmorgen (L.) nimmt die  
Vorlage in Schutz und vertheidigt die Interessen der Dienstherr-  
schaften. Goldstein verzweifelt die reaktionären Ausführungen  
Kahlmorgen's in trefflicher Weise. Nach einigen weiteren Ausein-  
andersetzungen zwischen Konservativen und sozialistischen Rednern –  
Stolle, Grünberg, Posmann – wurde die Vorlage einstimmig an-  
genommen.

Wesmarischer Landtag. (Sig. Ver.) 7. Februar. Unter  
Führung des Abg. v. Wurm hatten die Agrarier einen Antrag ein-  
gebracht: „An die großherzogliche Staatsregierung das Ersuchen zu  
richten, mit den Regierungen der thüringischen Staaten in Verbindung  
zu treten, um Maßnahmen zu beraten, welche geeignet erscheinen,  
der thüringischen Industrie, besonders der hier weit verbreiteten Klein-  
industrie, den möglichsten Vortheil von der durch die Besetzung  
Rooischan's veränderter Lage in Ostasien zu verschaffen.“ Derselbe  
Land heute zur ersten Lesung. Genosse Waudert machte geltend,  
daß von diesem Antrag ein Erfolg für Hebung der Industrie nicht  
zu erwarten sei, viel freundlicher werde man es begrüßen, wenn die  
Herrn Agrarier ihren Einfluß zur Erhaltung und weiteren Aus-  
schluß gültiger Handelsverträge geltend machten, er erbitte in dem  
Antrag, von dieser Seite aus gestellt, nur einen diplomatischen Trick,  
trotzdem werde er aber dafür stimmen, da er uns nicht schaden  
könne. In gleicher Weise wurde von freisinniger Seite dazu  
Stellung genommen.

München, 7. Februar. (Sig. Ver.) Bayerischer Land-  
tag. In der Kammer sprach heute v. Wollmar in der General-  
diskussion zum Etat des Ministeriums des Innern. Anknüpfend an  
den Ausspruch des preussischen Finanzministers v. Miquel, daß der  
Polizeipräsident von Frankfurt auch mit der politischen Ansicht  
über ganz Süddeutschland betraut sei, forderte unser Redner  
eine Erklärung des Ministers des Innern dahin, daß die  
kaiserliche Regierung eine solche Annahme beabsichtige, die  
vielleicht einem Basallen, aber keinem Bundesstaate  
gegenüber an Platte ist, gehörend zurückweist und niemals der  
Legelag auf die durch die §§ 77 und 78 des im Reichstage  
durchgeleiteten Militär-Pensionsgesetzes beabsichtigte Ausdehnung  
des Militärämterverweises bemerkte Wollmar, daß Bundesrath und  
Reichstag bei Erlaß dieses Gesetzes ihre Beschlüsse überschritten  
haben. Dieses Gesetz bedeute einen schweren Eingriff in  
das Selbstverwaltungsrecht der Gemeinde, und der Regierung  
sehe nach der bayerischen Gemeinde-Ordnung jede Handhabe, die  
Gemeinden zur Erfüllung dieses Gesetzes zu verpflichten.

Weiter berührte Wollmar noch das bekannte Rundschreiben des  
Staatssekretärs Posadowsky, die angeblichen Mißbräuche des  
Konkurrenzrechts zc., wobei er die Erwartung ausdrückte,

Daß die bayerische Regierung dem Grafen Posadowsky die richtige Antwort geben wird. Nicht von den Arbeitern, sondern von den Unternehmern, vom Kapital drohe die Gefahr des Terrorismus. In Straßburg werde nur in den alleräußersten Fällen gegriffen. Es genüge nicht, sich lediglich gegen eine Verschlechterung des Konstitutionsrechtes zu verwahren, sondern man müsse vielmehr immer wieder betonen, daß es heute eigentlich nur auf dem Papiere steht und durchwegs unzulänglich ist. Nur Schlüsse seiner trefflichen Ausführungen wandte sich Volkmar gegen das Zentrum, das mit seinen erhabenen Bestrebungen, es allen recht machen zu wollen, noch vollständig pleite gehen werde. Die arbeitserfreundliche Haltung dieser Partei zeige sich fast bei jedem Streit, denn sie fürchtet ja, daß auch die Löhne der Handarbeiter in die Höhe gehen könnten. Vom Weize des Bischofs Reiter oder des Kardinals Manning sei keine Spur mehr vorhanden. Am allerentschiedensten sei aber gerade das bayerische Zentrum.

#### Oesterreich.

Wien, 8. Februar. Die „Neue Freie Presse“ meldet: Die gestrige Konferenz der Vertreter der Feudalen und der Jung-echen bei dem Ministerpräsidenten Freiherrn v. Gausch galt der neuen Sprachenverordnung, die gegen den 14. Februar erlassen werden soll. Der Ministerpräsident beabsichtigte, auch die Vertreter der deutsch-böhmischen Abgeordneten zu berufen. Diese lehnten aber auf eine vertrauliche Anfrage ab, indem sie darauf hinwiesen, daß sie ihren Standpunkt zu der neuen von dem Statthalter Grafen Condouche skizzierten Sprachenverordnung bereits im böhmischen Landtage klar gestellt hätten.

— Kämpfe zwischen deutschen und tschechischen Soldaten in Prag wurden zur Zeit der Unruhen mehrfach gemeldet, immerhin aber nur in sehr unbestimmter Form, und die offizielle Presse leugnete sie beharrlich ab. Nun hat aber im böhmischen Landtage der radikale tschechische Abg. Dr. Baza darüber interessante Mitteilungen gemacht:

„Die Dinge waren derart, daß selbst beim Militär Unzufriedenheit zum Durchbruch kam und in der Ferdinand-Kaserne sowie in der Gerninischen Kaserne Unruhen ausbrachen, daß Streitigkeiten zwischen tschechischen und deutschen Soldaten eintraten, und daß es auch Streitigkeiten zwischen Offizieren gab. In der Ferdinand-Kaserne kam es zu einer solchen Schlägerei, daß Alarm gelassen werden mußte, damit derselben ein Ende gemacht werde. Dasselbe geschah in der Jofels-Kaserne, wohin das Militär aus der Ferdinand-Kaserne geholt werden mußte, um den Frieden wieder herzustellen. Zur Zeit der Gültigkeit des Standrechtes wegen des § 87 St.G. hat keiner von den Bürgern Prags diese Verbrechen begangen. Aber gleich am anderen Tage nach der Verkündung des Standrechtes wurden, wie wir aus zuverlässiger Quelle wissen, in der Mantine einer Kaserne die Wälle zertrümmert, also ein erwiesenes Verbrechen nach § 87. Dies wurde aber totgeschwiegen, weil es fast sicher wäre, daß vom Standgerichte nicht diejenigen, für welche das Standgericht proklamiert wurde, sondern eben diejenigen, welche für die Ordnung zu sorgen hätten, hätten verurteilt werden müssen. So etwas gelangte freilich nicht in die Öffentlichkeit.“

Weder der Statthalter noch sonst jemand am Regierungstische hat zu diesen Enthaltungen ein Wort bemerkt. Das Eingeständnis, daß das „herrliche Kriegsgeheer“, die einzige für zuverlässig gehaltene Stütze der Monarchie und der Regierung, bereits von Parteikämpfen durchwühlt wird, wäre auch allzu bitter gewesen.

#### Rußland.

Aus Moskau schreibt man uns: Ueber die Verhaftungen unter der Intelligenz und den Arbeitern, welche in der Nacht vom 29. auf den 30. Dezember stattfanden, haben wir Ihnen schon berichtet. In der Nacht auf Weihnachten, dann am 31. Dezember und am 1. Januar haben wieder Hundstungen und Verhaftungen stattgefunden, jedoch bleibt der „Wostaner Arbeiterbund“ von diesen Maßnahmen unberührt.

#### Türkei.

Konstantinopel, 7. Februar. Der griechische Gesandte Maurocordato protestierte heute schriftlich und mündlich auf der Pforte und im Yıldizpalais gegen die letzten militärischen Maßnahmen Seiner Majestät in Thessalien und machte dem Vojen der Völkerverständigung entsprechende Mittheilung.

#### Äfrika.

— Die Monopolisirung der ägyptischen Post durch England. Aus Alexandria wird der „Zitern. Corresp.“ berichtet: Große Erregung sowohl unter den französischen Kolonisten Ägyptens, als auch unter der eingeborenen nubianischen Bevölkerung hat die Auslieferung des gesammelten ägyptischen Postdampferverkehrs an eine englische Gesellschaft hervorgerufen. An der Spitze der letzteren steht Sir Baker, und allgemein wird behauptet, daß das Gesellschaftskapital ausschließlich durch die englische Regierung geleistet wurde und somit die ägyptische Post einfach in britische Verwaltung überführt ist. Die Sache wurde seit langem aber mit aller Heimlichkeit vorbereitet, so daß sie für die Nichteingeweihten völlig überraschend kam. Danach hat man britischerseits die Regierung des Khedive genöthigt, sämtliche Postdampfer, welche den Verkehr zwischen Alexandria und Port Said mit Syrien, Konstantinopel und Persien vermitteln, sowie die Postdampfer des Nil an die neugebildete englische Gesellschaft zu verkaufen. Außerdem erwarb dieselbe sämtliche Docks, Hafengebäude und Speichersanlagen, so daß der ägyptischen Regierung nur noch die Zollhebung übrig geblieben ist.

#### Sien.

— Chinesische Eisenbahnen. Ein Telegramm der „Times“ aus Hongkong meldet, ein Edikt des Kaisers von China ermächtigte den Generaldirektor der chinesischen Eisenbahnen Sheng, mit dem Bau von Eisenbahnen in der Provinz Kwantung zu beginnen. Kwantung ist eine der Südpromen China's, sehr fruchtbar und reich an landwirtschaftlichen wie industriellen Erzeugnissen. Die Hauptstadt ist Kanton.

### Parlamentarisches.

Budgetkommission. In der Spezialdebatte nimmt der Abg. Frese das Wort, um eine Zollbeschwerde zur Sprache zu bringen. Regierungskommissar Körner legt den Sachverhalt dar und sucht den Vorgang zu rechtfertigen. Abg. Müller-Gulda macht darauf aufmerksam, daß durch eine neue Erfindung einer brauchbaren Spiritus-Glühlichtlampe die Aussicht bestehe, daß die Petrolsteuereinnahme bedeutend abnehme und dadurch dem Reich ein erheblicher Einnahme-Ausfall entstehe. Er erwartet, daß die Regierung die Monopolisirungs-Bestrebungen des Petroleumhandels aufmerksam verfolge. Abg. Waffermann kommt auf die Manipulationen der Petroleum-Monopolisten zu sprechen und befürwortet eventuell gesetzliche Maßnahmen gegen die Kartelle. Staatssekretär Graf v. Posadowsky: Die Angelegenheit habe einen Charakter angenommen, wie er nicht vorauszusehen war. Er geht näher auf die Vorgänge und seine Erklärungen im Reichstag ein und auch auf die Darstellungen in der Presse, durch welche er als der Hauptbeteiligte hingestellt worden sei. Das sei er nicht; er habe sich freudig an die Thatsachen gehalten und nichts erklärt, was nicht auf Grund der Thatsachen begründet war. Komplikationen zwischen der Standard Oil Company und den Händler gingen die Regierung nichts an, aber sie habe die Interessen der Konsumenten zu wahren und danach zu handeln. Nach weiteren Ausführungen der Abgg. Frese, Waffermann und Hammacher wird der Gegenstand verlassen. Letzterer fragt an, ob es beabsichtigt sei, um Zollrückstände zu vermeiden, den Ausfuhrstellen auch Sachverständige beizugeben. In Bezug auf den Zollgerichtshof habe der Bundesrath den Wünschen des Reichstages nicht Rechnung getragen, er glaube aber, daß dies der einzige Weg sei, um Zollstreitigkeiten auszugleichen. Staatssekretär v. Zblinmann führt aus, in welcher Weise die Ausfuhrstellen in Zollfächer organisiert sei, ebenso für Zollstreitigkeiten. Das letztere Verfahren

sei nicht ideal, aber vorläufig sei mehr nicht zu erreichen. Abg. Hammacher ist von der Erklärung in der Hauptsache befriedigt, die beschriebene Einrichtung genüge für die Regel, aber nicht für die Ausnahmefälle, sobald neue Artikel oder andere Produktionsmethoden für gewisse Gegenstände in Frage kommen. Ein oberster Zollgerichtshof sei eine Nothwendigkeit, eventuell würden er und seine Freunde noch in dieser Session eine bezügliche Resolution einbringen.

Abg. Paasche fragt an wegen der näheren Umstände, welche zum Ophueinfuhrverbot aus Amerika führten und wie sonst die zollpolitische Stellung Deutschlands zu den Vereinigten Staaten sei. Staatssekretär Graf v. Posadowsky giebt Auskunft. Die Gefahr sei viel größer als man annehme, dies werde in Bezug auf die fallorische St. Jose-Schildlaus selbst in Amerika anerkannt, er lief bezügliche Berichte vor. In einzelnen Staaten der Vereinigten Staaten seien ähnliche Schutzmaßregeln wie in Deutschland getroffen und man werde weiter gehen. Sei es noch nicht geschehen, so liege es am Widerstand der Interessenten. Das Insekt habe sich auf eingeführt amerikanischen Obst (Birnen und Äpfel) in bedenklicher Zahl gefunden, trotzdem habe man von einem gänzlichen Verbot der Einfuhr abgesehen und den bekannten mildereren Weg eingeschlagen. Weitere Untersuchungen auch dahingehend, ob das Insekt in Deutschland lebensfähig und fortpflanzungsfähig sei, wurden vorgenommen. Sicher sei auch nicht, daß alles getrocknetes Obst von dem Insekt frei sei. Abg. Paasche stimmt dem Staatssekretär in allen Punkten zu. Staatssekretär Graf v. Posadowsky erklärt weiter, daß die Regierung noch keine Antwort auf ihre Vorstellungen seitens der Regierung der Vereinigten Staaten eingegangen sei. Abg. Graf Stolberg theilt die Anschauungen des Staatssekretärs in Bezug auf das amerikanische Obst. Er ist auch für Zuzwart in Bezug auf die sonstigen Differenzen mit den Vereinigten Staaten, er ist aber im Zweifel, ob wir nicht dennoch mit den Vereinigten Staaten noch in einen Zollkrieg kämen. Abg. Sieber: Er habe von sachverständiger Seite gehört, daß die St. Jose-Schildlaus längst in Deutschland und Europa sein solle, sodas das Verbot zu spät komme. Staatssekretär Graf v. Posadowsky erklärt, daß dieses nicht richtig sei, bis jetzt sei das Insekt in Europa nicht gefunden worden. Abg. Müller-Sagan: Er habe auch geglaubt, daß das Insekt bereits vorhanden sei, er hoffe, daß die von ihm und Kardorff gegebene Anregung der Erfindung eines biologischen Institut zum Zweck der Schlüssigkeit in Angriff genommen werde. Staatssekretär Graf v. Posadowsky giebt weitere Auskunft über die Gefährlichkeit der St. Jose-Schildlaus. Das Biologische Institut werde in möglicher Nähe ins Leben gerufen werden, aber im Anschluß an das Reichs-Gesundheitsamt. Abg. Singer: Er hätte gewünscht, daß die heute gebundenen Mittheilungen schon früher in weiteren Kreisen bekannt geworden wären. Das Mißtrauen gegen die getroffene Maßregel sei erklärlich nach alledem, was bisher auf dem Gebiet der Agrarpolitik geschehen sei. Daß wirklich begründete Schutzmaßregeln ergriffen würden, damit sei auch die Sozialdemokratie einverstanden. Der Titel Zölle wird genehmigt, ebenso der Titel Tabaksteuer.

Bei dem Titel Zundersteuer trägt Abg. Hammacher an, ob die Zundersteuern-Konferenz bald zusammengetre. Staatssekretär v. Zblinmann erklärt, darüber keine bestimmte Auskunft geben zu können, die französische Regierung habe sich noch nicht entschieden, sie schwänze noch. Abg. Paasche und Müller-Gulda bringen die ungenannte Zunderstatistik zur Sprache, die im vorigen Sommer große Nachteile für die Zuckerproduzenten und die Landwirtschaft zur Folge gehabt habe. Man müsse sich auf die amtlichen Statistiken verlassen können. Regierungskommissar Körner erklärt, daß die unrichtigen Nachrichten infolge von Versehen durch einen Wechsel in der Besetzung der Aemter vorgekommen seien, daß werde künftig nicht mehr vorkommen. Abg. Paasche: Der Vorschlag sei sehr schlimm in seiner Wirkung gewesen und darum um so sehr bedauerlicher. Im Laufe der Debatte theilt der Staatssekretär von Zblinmann mit, daß abgesehen von der nächsten wieder aufzunehmenden Zuckerproduktion in Rußland auch die eigene Zuckerproduktion in den Vereinigten Staaten erheblich zu wachsen scheine. Abg. v. Kardorff glaubt das nicht, Abg. Paasche ist der gleichen Ansicht. Bedenklicher sei die Wiederaufnahme der Zuckerproduktion in Rußland. Abg. Müller-Gulda hält die Veranschlagung der Einnahme aus der Zuckersteuer zu hoch, man dürfte sie um fünf Millionen niedriger ansetzen. Regierungskommissar Körner widerspricht diesem. Abg. Paasche glaubt auch, daß die Ansicht des Abg. Müller-Gulda eine gewisse Berechtigung habe, glaubt aber, daß man den eingestellten Betrag stehen lassen könne. Der Titel wird genehmigt, ebenso der Titel Salzsteuer. Bei dem Titel Brauweinsteuer nehmen die Abgg. Paasche, Waffermann, Graf Stolberg, v. Kardorff, Müller-Gulda, Reg.-Kommissar Körner das Wort. Die Sitzung wird verlagert. Nächste Sitzung Donnerstag Vormittag 10 Uhr.

In der Kommission des Reichstages für die Militär-Strafgerichts-Ordnung wurde gestern die Beratung fortgesetzt und zunächst die vorher zurückgestellten Paragraphen des Abschlusses über die Vertheidigung, Straferfüllung und das Verfahren gegen Abwesende mit unwesentlichen Änderungen erledigt. Auch in dem Abschnitt über die Verurteilung wurden gegen den Widerspruch der Regierungsvertreter einige Anträge Gröber's angenommen, die verhindern sollen, daß gegen den Willen des Angeklagten in seiner Abwesenheit verhandelt werde. Ein Antrag des Vorgesetzten, welcher bestimmt, daß das Verurteilungsgericht neben der erkannten Strafe gegen Soldaten Arrest, gegen andere Angeklagte Haft verhängen kann, wenn es die Ueberzeugung gewinnt, daß die Verurteilung lediglich zur Verschleppung der Sache oder aus Mitleidenschaft eingeleitet ist (sogenannte „Privolitätsstrafe“), wurde auf Antrag der Abgg. Waffermann (natl.) und Paasche (Soz.) gestrichen. — Mit § 420 beginnt der Titel über die Wiederaufnahme eines durch rechtskräftiges Urteil geschlossenen Verfahrens. Die Wiederaufnahme findet unter anderem statt, wenn neue Thatsachen oder Beweismittel beigebracht sind, welche allein oder in Verbindung mit den früher erhobenen Beweisen die Freisprechung des Angeklagten oder in Anwendung eines mildereren Strafgesetzes eine geringere Verurteilung zu begründen geeignet sind. Die gesperrt gedruckte Fassung wurde auf Antrag Gröber beschlossen, während die Regierungsvorlage die Unschuld des Verurteilten als Vorbedingung für eine Wiedernahmeverfahren verlangte. — Bei § 439 (Strafvollstreckung) wird auf Antrag Gröber folgender Absatz hinzugefügt: „Gegen die Ablehnung eines Antrags auf Auspruch der Strafvollstreckung findet die Rechtsbeschwerde an das Reichs-Militärgericht statt. Der Gerichtsherr, dessen Verfügung angefochten ist, kann den Auspruch der Strafvollstreckung anordnen.“ Ferner wird auf Antrag Gröber folgender neuer § 439a angenommen: „Auf Antrag des Verurteilten, wenn derselbe nicht zu den Militärpersonen des aktiven Heeres gehört, kann die Vollstreckung aufgehoben werden, sofern durch die sofortige Vollstreckung dem Verurteilten oder der Familie desselben erhebliche, außerhalb des Straßzwecks liegende Nachteile erwachsen. Der Strafantritt darf den Zeitraum von vier Monaten nicht übersteigen. Die Bewilligung desselben kann an eine Sicherheitsleistung oder andere Bedingungen geknüpft werden.“ — Als achten Titel beantragt Abg. Gröber eine Reihe neuer Paragraphen, welche die Kommissionsbeschlüsse über den Entwurf, betreffend die Entschädigung der im Wiedernahmeverfahren freigesprochenen Personen wiedergeben. Infolge einiger Bedenken des Kriegsministers beschließt die Kommission die Verurteilung dieser Frage. — Zum folgenden Titel (Kosten des Verfahrens) beantragt Abg. Gröber mehrfach eine andere Fassung und eine Reihe von Zusatzparagraphen, die in der Hauptsache Befreiung der Kostenfreiheit auf Mannschaften des aktiven Heeres bezwecken. — Minister v. Goltz erklärt, daß die verhandelten Regierungen sich ihre Stellungnahme gegenüber diesen Vorschlägen vorbehalten müssen. Die Anträge werden im wesentlichen angenommen. — Damit ist die erste Lesung des Entwurfs beendet. Zur Formulierung der gefassten Beschlüsse wird eine besondere Redaktionskommission aus den Abgg. Spahn, Gröber, Lenzmann und Waffermann gebildet. Die Kommission setzt Donnerstag ihre Beratungen (Einführungsgesetz) fort.

In der sechsten Kommission des Reichstages wurden heute bei Beratung der Novelle zur Zivilprozeß-Ordnung die §§ 506d bis 713 betreffend das Entmündigungs- und das Verfahrens, erledigt. Die Kommission beabsichtigt morgen die erste Lesung zu beenden. Abdam soll in dieser Woche noch der Antrag v. Salisch, betreffend Einführung des Nachlasses, zur Erledigung kommen.

### Wahlbewegung.

Im Wahlkreis Neckerlande, Uckermark, Borken hatten die Antifemiten zwei Kandidaten aufgestellt, die in Sulinmünde dem Gutbesitzer von Böhndorf und die in Pasewalk den Gutbesitzer Schröder-Poggelow. Der letztere hat das Feld behauptet. Es wird jetzt berichtet, daß Herr Schröder der alleinige Kandidat sein soll und weil er ein reicher Grundbesitzer ist, will ihn auch der Bund der Landwirthe akzeptiren. Die reichen Großgrundbesitzer verstehen das Lied von der Nothlage der Landwirtschaft am besten.

Da der Reichstags-Abgeordnete Dr. Frik Schneider-Potsdam, welcher den Wahlkreis Stadt Nordhausen und Grafschaft Hohenstein seit 1890 vertrat, in einem schleswig-holsteinischen Wahlkreise kandidiren wird, hat die freisinnige Volkspartei an seiner Stelle den Redakteur Dr. Wiemer-Berlin aufgestellt.

Für den Wahlkreis Waldenburg hat der sogenannte „Wahlverein der gemäßigten Parteien des Kreises Waldenburg“ den freikonservativen Amtsrichter Krause, den Landtags-Abgeordneten für Waldenburg-Reichenbach, als Reichstagskandidaten aufgestellt.

Zur freisinnigen Kandidatenfrage im Wahlkreise Warmen-Gibersfeld schreibt die Elberfelder „Frei Presse“:

„Ein Königreich für einen allen bürgerlichen Elementen genehmen Reichstagskandidaten! Nun halten sich die Freisinnigen, Euzen Richter'scher Obervoanz, so viel Mühe gegeben, aus ihren Reihen den Kandidaten zu stellen, auf dem Kreith und Plethi sich vereinigen konnten, um dem Staat, soweit derselbe von dem Ausfall der Reichstagswahl in unserem Wahlkreise abhängt, zu retten, der von ihnen auserwählte und auf dem Schild erhobene Herr Everh hat sich soviel Mühe gegeben und seit Jahren eine außerordentliche Anpassungsfähigkeit an den Tag gelegt — und nun soll doch alles vergeblich sein! „Meine Ehre ist hin“, könnte fast Herr Everh mit Zeiramund ausrufen, wenn es wirklich schon so schlimm wäre. Aber nun wollen wir unseren Lesern auch mittheilen, was passiert ist. Am Freitag Abend haben die Kuschkunziglieder sämtlicher bürgerlichen Parteien, einschließlich der Christlich-Sozialen von Warmen und Elbersfeld, die wichtige Frage, wer der Einwürmdöcker bei der demnächstigen Reichstagswahl sein soll, beröthen. Ueber diese Beratung ist einigen Blättern die offizielle Mittheilung geworden, daß: „nach langer Erörterung, in der namentlich betont wurde, daß die Kandidatur Everh bei den Handwerkern keinen Anhang finde, diese Kandidatur von freisinniger Seite zurückgezogen worden ist.“ — Das heißt mit anderen Worten: Die anderen Parteien wollen den Werh nicht. Derjenige Theil der Kartellparteien, der die Kandidatur Everh postulirte — und dies ist die freisinnige nicht allein, — kann zum Troste das alte Soldatenlied anstimmen:

„Ich hatt' einen Kameraden,  
Ginen bester'n find'n du nit! —“

Schließlich wird die Sache nicht so schlimm enden, denn wie weiter berichtet wird, soll der in Aussicht genommene Kandidat Stadtverordneter Everkschuf, auf den sich auch die Innungsbrüder, Antifemiten und Christlichsozialen einig sein, die Kandidatur abgelehnt haben. Ob sie nun wieder zur ersten Liebe zurückkehren, ist mit Sicherheit nicht vorauszusagen.

Der Stamm will doch wieder zum Reichstag kandidiren, wie er in seinem Newskrecher Schleifflein mittheilt. So bleibe und schließlich dieser schwere Verlust erspart.

Für den Wahlkreis Fürth-Erlangen ist der bisherige Vertreter von der freisinnigen Volkspartei, Lehrer Weiß, wieder aufgestellt. Die Demokraten haben ihm den Reichstags-Abgeordneten Conrad-München gegenübergestellt.

Die Wahlbewegung im 1. weimarschen Wahlkreise. Während unser Kandidat, der Landtags-Abgeordnete Baudert-Apolda bereits seit einigen Wochen in den verschiedensten Orten des Wahlkreises auf beachtete Versammlungen abhält, regt es sich im konservativ-agrarischen Lager noch nicht besonders. Der von dieser Seite aufgestellte Kandidat, Freiherr von und zu Galoffstein, großherzoglicher Landes-Präsident und Vorsitzender des weimarschen Kriegesbundes sprüht auf die Stimmen der Nationalliberalen ebenso, wie der von der freisinnigen Volkspartei aufgestellte Kandidat Genossen-Schachts-Anwalt Dr. H. Krüger aus Charlottenburg, welcher am Sonnabend Abend in Weimar und am Sonntag Nachmittag in Apolda in hirt besuchten Versammlungen über die bevorstehende Reichstagswahl sprach. Beide Versammlungen waren von Angehörigen unserer Partei zahlreich besucht, und wurde durch den Besah, welchen unsere Redner erhielten, dem Herrn Genossen-Schachts-Anwalt bewiesen, daß er mit seinem Schwelgepenst der Zukunft standes — frei nach Richter — in diesem Wahlkreise kein Glück hat.

### Partei-Nachrichten.

Als Vertrauensmann für Neustadt bei Koburg ist der Parteigenosse Forner W. Bauer gewählt worden.

Aus Oesterreich. In dem galizischen Landkreis, wo der bekannte Vater Stojalowsky zum Mitglied des Reichsraths gewählt worden ist, wurde während der Wahlbewegung ein Arbeiter, der für die Wahl des sozialdemokratischen Kandidaten gesprochen hatte, von den fanatischen Bauern, Anhängern Stojalowsky's, so geschlagen, daß er im Spital seine Verletzungen erlegen ist.

Todtenliste der Partei. Unter Beteiligter der Arbeiter von weit und breit ist am 30. Januar in Neustadt bei Koburg der Parteigenosse Anton Fritzer zu Grabe getragen worden, der, nachdem er 14 Jahre lang an der Spitz gelitten hatte, und in den letzten Jahren gänzlich erwerbsunfähig gewesen war, im 59. Jahre seines Lebens durch den Tod erlöst wurde. Seine Pflichterfüllung, die er jederzeit bewiesen hat, sichert ihm in den Kreisen der koburgischen Parteigenossen ein dauerndes Andenken.

Politisches, Gerichtliches, etc. — Redakteur Wahle in Magdeburg hat die Aufforderung empfangen, bis 10. Februar in Gommern die dreimonatige Gefängnisstrafe anzutreten, die ihm wegen Majestätsbeleidigung zuerkannt ist. In Gommern wird in wenigen Tagen die Zeile frei, die der Genosse Johnson 11 Monate lang bewohnte. — Die „Volkstimme“ hatte mitgetheilt, daß in einem Prozeß gegen den Vorstand der Schiffer-Organisation zwei Schulkente, die den Termin versäumt hätten, zu je 10 M. Geldstrafe verurteilt worden wären; es hat sich aber nicht um Schulkente, sondern um Schiffer gehandelt. Wegen dieses redaktionellen Versehens ist nun gegen den Redakteur Baumüller ein Grober Unfugs-Prozeß im Gange. Nun wird man in Magdeburg wohl auch bald dem Druckschleutempel mit dem Samosen § 390 zu Leibe gehen.

— Dem Pressführer der „Niederheinischen Volks-Tribüne“, Genosse Kari Windhoff, ist im Gefängnis schriftliche Befreiung für den Verlag des Düsseldorfener Parteiblattes genehmigt worden. Der Strafvollzug ist in Düsseldorf, was Pressführer anlangt, sehr verschieden. Genosse Huber hat Daten klieben müssen, Wessel im vorigen Jahre während seiner ersten Strafbefreiung ebenfalls, und während seiner zweiten mußte er im ersten Monat Stühle flechten, seine „Heerzhaft“-Stühle; später ist ihm gestattet worden, sich mit literarischen Arbeiten selbst zu beschäftigen. Zeitungen, natürlich staatsbehaltende, durften sämtliche Genossen während ihrer Inhaftierung lesen.

— Wer regiert eigentlich in Sachsen, das Ministerium oder die Lokalpolizei? Zu dieser Frage, die von der Arbeiterpresse schon so oft gestellt wurde, ist jetzt wieder ein Anlaß vorhanden. In der Stadt Frankenberg war eine

Verammlung, wo Frau Steisenberg sprechen sollte, verboten worden, weil der Polizei diese Rednerin nicht passte. Als nun eine neue Verammlung angemeldet wurde, verlangte die Polizei, daß ihr der Referent namhaft gemacht werde. Der Einberufer berief sich darauf, daß die Forderung auf Reinigung der Referenten vom Minister v. Meisch in der zweiten Kammer des sächsischen Landtages als ungerechtfertigt charakterisiert worden ist. Dem ungeachtet verweigerte die Polizei die Ausschändigung der Anmeldung. Bescheinigung, ohne welches Erforderniß keine Verammlung bekanntlich nicht abgehalten werden darf. Der Einberufer konnte sich ja beschweren. — In demselben Sachsen werden Arbeiter schwer bestraft, wenn sie Anordnungen der Obrigkeit zuwiderhandeln. Was geschieht nun mit den Polizeibeamten, die das Versammlungsrecht der Arbeiter durch erweislich ungesetzliche Forderungen für einen bestimmten Zeitpunkt illusorisch machen? Man hat noch nicht gehört, daß je ein solcher Beamter bestraft worden wäre. Finden Sie nicht, Herr Minister v. Meisch, daß es, um allenthalben den lokalen Polizeiorganen Respekt auch vor solchen ministeriellen Erklärungen beizubringen, die ausnahmsweise zu gunsten der Arbeiter sprechen, endlich einmal Zeit wäre, an den schuldigen Beamten ein Beispiel zu statuieren?

— Wegen ihrer nachdrücklichen Wahrnehmung der Interessen der ungarischen Feldarbeiter wird die Budapest „Volkstimme“, sowie das eben daselbst erscheinende berufliche Organ der Feldarbeiter fortgesetzt mit Konfiskationen heimgeführt, so auch in letzter Woche. Helfen wird das den Machthabern nichts. Die Verfolgungen schädigen nur die Personen, nicht die Sache.

## Gewerkchaftliches.

### Deutsches Reich.

**Streik wegen ein Kaiserhochs.** In Orsoy, einem Städtchen im Niederrheinischen, wurden dieser Tage 15 Zigarenarbeiter entlassen, weil sie bei einer Festlichkeit, die der Fabrikant gab, während eines Hochs auf den Kaiser sitzen blieben. Den Ausgeschlossenen folgten 30 Arbeiter, die freiwillig die Arbeit niederlegten.

**Die Differenzen der Formier mit der Firma Ludwig u. Ven** in Großschöcher bei Leipzig sind beigelegt; über die Firma Friederitz in E. Lindemann ist laut Beschluß einer Metallarbeiter-Verammlung die Sperre verhängt worden.

**Zu der Maschinenfabrik von Bopp u. Reuther in Mannheim** sind wegen Lohnaufzungen und Maßregelungen Differenzen ausgebrochen.

**150 Arbeiter der Georgs-Marienhütte bei Osabrück** stellen die Arbeit ein. Es war angeordnet worden, daß eine Arbeit im Hohenbergbetriebe in „Möllerhause“, die bisher 8 Arbeiter verrichteten, von 6 gethan werden sollte. Nach Besprechung mit dem Generaldirektor Paarmann ist die alte Arbeitsteilung wieder beibehalten und insolge dessen der Streik beigelegt worden.

**Der Holzwaaren-Fabrikant Weistein in Nürnberg,** dessen sämtliche Arbeiter seit 5 Wochen wegen bedrückter Bedingung der Lohnpreise streikten, will jetzt nach verschiedenen Unterschlüssen einigen Arbeitern, die ihm wegen ihrer Thätigkeit in diesem Lohnkampfe mitleidig sind, weniger bezahlen als vor dem Streik, im übrigen aber die Forderungen bewilligen. Dieses Anerbieten wurde natürlich zurückgewiesen. Der Streik dauert daher fort und es wird gebeten, den Zug zu fernherhin zu vermeiden.

**Wie der Herr Amtsvorsteher Versammlungen verbietet.** Die Maurer in Marienwalde (Provinz Brandenburg) hatten vor einiger Zeit eine Zahlstelle des Verbandes deutscher Maurer gegründet und wollten nun am 6. Februar eine Verammlung abhalten. Sonderbarerweise verweigerte der Herr Amtsvorsteher Lieutenant a. D. v. Rosenfeld die Bescheinigung für die Anmeldung mit dem Hinweis, die ihm eingereichten Statuten hätten keine Gültigkeit, man solle andere einreichen. Alle Gegenvorstellungen halfen nichts und so war die Verammlung vereitelt, da die Gendarmen die Weisung hatten, sollte die Verammlung dennoch tagen, sie aufzulösen. Die Beschwerde beim Landrath wird den Herrn Amtsvorsteher hoffentlich eines besseren belehren.

## Soziales.

**Dem Zentralkomitee für die durch Unwetter Geschädigten** Deutschlands, beziehentlich dessen geschäftsführendem Ausschuss, ist mitgeteilt worden, daß in einem Kreise des Regierungsbezirks Frankfurt a. O. die vertheilenden Organe von den für die Unterstützungsbemühungen bestimmten Beihilfen zunächst die rückständige Steuer abgezogen haben.

Wenn diese Mittheilung zutrifft, so wird das Zentralkomitee wohl nicht veräumen, energisch auf sofortige Devanzahlung der abgezogenen Beträge zu dringen. Die Gelder sind zur persönlichen Unterstützung der durch das Unwetter Geschädigten gesammelt; es hat daher niemand auch nur das geringste Recht, sie für andere Zwecke in Anspruch zu nehmen.

**Im Bereiche der Eisenbahn-Direktion zu Dresden** wird künftig in alle Verträge, die mit den Unternehmern in Beziehung auf Eisenbahnbauten abgeschlossen werden, folgende Bestimmung aufgenommen: „Bei den in diese stehenden Bauarbeiten darf Unternehmer nur solche Leute beschäftigen, die eine ordnungsmäßige Aufstellung ihres früheren Arbeits- oder Miethsverhältnisses nachgewiesen haben. Werden dennoch kontraktbrüchige Arbeiter eingestellt, so behält sich die Bauverwaltung das Recht vor, den Unternehmer für jeden derartigen, von ihm angenommenen Arbeiter in eine Geldstrafe von 10 M. zu nehmen. Die Strafbeträge werden ohne weiteres von seinem Guthaben abgezogen werden.“

Nach dem Wortlaute dieser Bestimmung zu schließen, müssen die Arbeiter ein Zeugniß vorlegen, welches ausweist, daß sie ihr früheres Arbeitsverhältnis ordnungsmäßig gelöst haben. Das läuft auf eine Schwächung der Arbeitsgelegenheit jener Arbeiter hinaus, die, ohne kontraktbrüchig zu sein, sich doch nicht einen Ausweis über ihr letztes Arbeitsverhältnis beschaffen können. In einer solchen Schwächung der Arbeiter liegt aber kein zwingender Anlaß vor, dem Kontraktbrüchigen der Arbeiter schon aus dem einfachen Grunde nicht so häufig, weil das löblichste Engagement von Arbeitern mehr und mehr außer Gebrauch kommt. Ob andererseits in die Beträge eine Bestimmung aufgenommen wird, wonach die Unternehmer auch gehalten sind, die den Arbeitern zugesicherten Arbeitsbedingungen getreulich zu erfüllen, darf man wohl bezweifeln.

**Eine Konferenz der Vertrauensmänner für die württembergische Fabrikinspektion,** veranstaltet vom Vorstand der Vereinigten Gewerkschaften Stuttgart's, wurde am 6. Februar in Stuttgart abgehalten. Die Fabrikinspektoren waren dazu eingeladen und auch erschienen. Aus 25 Orten waren Vertrauensmänner zugegen. Ueber die Verhandlungen liegt ein abschließender Bericht noch nicht vor. Wir beschränken uns deshalb vorläufig auf die Mittheilung, daß die Konferenz vornehmlich den Zweck hatte, die Vertrauensmänner zu gründlicherer und eifriger Thätigkeit anzuspornen und das gegenseitige Vertrauen zwischen den Inspektoren und den Vertrauensmännern zu festigen, ferner die Frage der Beschaffung geeigneter weiblicher Vertrauenspersonen einer gründlichen Erörterung zu unterziehen.

## Gewerkschaftliches.

**Ein neues Mittel gegen die sozialdemokratische Agitation,** soweit sie durch das unentgeltliche Vertheilen von Schriften bewirkt wird, haben Polizei, Staatsanwaltschaft und Gerichte herausgefunden. Der Parteigenosse Vandemann vertheilte am 10. Januar 1897 ohne polizeiliche Erlaubniß in einem Dorfe den Märktischen Landboten, den auf dem Lande sehr begehrten Kalender für 1897. Dabei kam er auch in die Küche eines Gendarmen, die zugleich als Hausflur diente, und gab dort ebenfalls einen Kalender ab. Er wurde wegen groben Unfugs und wegen Verletzung des § 10 des preussischen Preßgesetzes verurtheilt. Nach der Praxis des Kammergerichts ist § 10 des preussischen Preßgesetzes u. a. nach so weit in Kraft, als dadurch die öffentliche unentgeltliche Vertheilung von Besanntmachungen, Plakaten und Ausrufen ohne polizeiliche Erlaubniß verboten wird. Das Landgericht fand nun einen Ausfuss im Inbhalte des Kalenders, und zwar in Darlegungen, die dahin gehen, daß die Landbevölkerung statt der Standoabblätter und konservativen Amtsblätter lieber sozialdemokratische Zeitungen lesen solle. Das Kammergericht hob dann die Entscheidung auf, sprach L. von der Anklage des groben Unfugs frei und wies die Sache zu nochmaliger Verhandlung in die Vorinstanz zurück, weil nicht die Bestimmung des § 43 Absatz 5 der Gewerbe-Ordnung berücksichtigt worden sei, wonach es zur nichtgewerbmäßigen Vertheilung von Druckschriften in geschlossenen Räumen einer Erlaubniß der Ortspolizeibehörde nicht bedürfe. Das Landgericht verurtheilte jedoch L. abermals, jetzt wegen Vergehens gegen § 10 des preussischen Preßgesetzes und gegen § 43 Absatz 5 der Gewerbe-Ordnung. Die Küche, die als Hausflur diente, wurde in allem Ernst als öffentlicher Ort angesehen. Das Gericht führte dann weiter aus — und das ist der neue juristische Trick: — Es sei hier auch nicht § 43 Absatz 5 der Gewerbe-Ordnung anzuwenden und nicht die Abgabe des Kalenders im fraglichen Raum etwa deswegen als eine straflose Handlung zu betrachten, weil der Raum ein geschlossener sei. Denn der Angeklagte habe zugegeben, daß er die Heiseloosten und das Zehrgeld erhalten habe. Er habe daher gewerbmäßig gehandelt, was ihm so eher anzunehmen sei, als er als Biegeleiarbeiter im Winter keine Arbeit hatte. Es sei klar, daß er sich eine Erwerbsquelle durch das Vertheilen der Kalender habe verschaffen wollen. Es handle sich somit um eine zwar unentgeltliche, aber doch gewerbmäßige Vertheilung von Druckschriften. Die Ausnahmebestimmung des § 43 Absatz 5 der Gewerbe-Ordnung erstrecke sich indessen nach dem ausdrücklichen Wortlaut nur auf die nicht-gewerbmäßige Vertheilung in geschlossenen Räumen. Dieses Urtheil locht Rechtsanwalt Dr. Herzfeld im Namen des Angeklagten mit dem Rechtsmittel der Revision an. Er betonte, daß von einer gewerbmäßigen Vertheilung nicht die Rede sein könne. L. habe lediglich als Vertrauensperson der Sozialdemokratie im Interesse der Partei gehandelt. § 43 Absatz 5 der Gewerbe-Ordnung sei vom Vorderrichter durchaus verkannt worden. Der Strafsenat des Kammergerichts wies die Revision als unbegründet zurück. § 43 der Gewerbe-Ordnung sei ohne Rechtsirrtum angewendet worden. Das Landgericht habe mit recht ein gewerbmäßiges Handeln deswegen angenommen, weil der Angeklagte Heiseloosten und Zehrgeld erhielt. Es liege auch der Thatbestand des § 10 des preussischen Preßgesetzes vor. Wegen der gewerbmäßigen unentgeltlichen Vertheilung des Kalenders in der Küche habe L. bestraft werden können. Es wird unseren Parteigenossen hoffentlich nicht abzu große Mühe machen, ihrer Agitationspflicht zu genügen, ohne daß sie sich die wunderliche „Gewerbmäßigkeit“ zu schulden kommen lassen, die vom Landgericht entdeckt und vom Kammergericht konfirmirt worden ist. Wenn unsere Gegner doch nur erst einsehen wollten, daß der Sozialdemokratie, gegen die nicht einmal „große“ Mittel helfen, mit kleinen Mitteln nun gar nicht beizukommen ist.

## Prozeß Zola.

Paris, 8. Februar.

In der Besprechung über die Montag-Verhandlung des Gerichts kritischen einzelne Pariser Blätter in schärfster Weise das Fernbleiben Villot's, Voisdesire's, Mercier's und du Paty de Clam's. Trotz aller militärischen und staatsanwaltschaftlichen Kombinationen werde man nicht verhindern können, daß endlich Licht in die Affäre Dreyfus komme und daß während des Prozesses Zola die Revision des Prozesses Dreyfus vorbereitet werde.

Es verlautet, der Deputirte Jaurès habe im Zeugenzimmer erklärt, daß er über gewisse Vorkommnisse im Prozesse Zola in der Deputirtenkammer interpelliren werde. Es heißt, der Prozeß Zola werde noch diese ganze Woche im Anspruch nehmen. Der „Soir“ meldet, Oberst Picquart, welcher als Zeuge in dem Prozesse Zola erscheinen soll, sei heute freigelassen worden.

Seit heute früh 10 Uhr stehen zahlreiche Requirierte an den Zugängen zum Justizpalaste, um die Ankunft der Zeugen und der mit Einladungen versehenen Personen zu beobachten. Rochefort wurde bei seinem Eintreffen beifällig begrüßt. Das Eintreffen Zola's wurde nicht bemerkt. Im Innern des Justizpalastes herrscht große Bewegung. Die Polizei hat ihre Vorsichtsmaßregeln aufrecht erhalten.

Die Verhandlung wird um 12 Uhr 30 Minuten eröffnet. Der Präsident verliest ein Schreiben des Majors Esterhazy, in welchem dieser sich weigert, Aussagen vor Gericht zu machen. Die Verteidiger verlangen die zwangsweise Vorführung Esterhazy's.

Der Gerichtshof beschließt, entsprechend den Anträgen der Verteidigung, die Vorladung Voisdesire's, Mercier's, Paty's und Esterhazy's. Der Präsident weist die Frage Labori's zurück betreffend das Verhalten Paty's gelegentlich der Verhaftung Dreyfus's.

Als erster Zeugin wird Frau Dreyfus vernommen. Die Gattin des früheren Hauptmanns ist schwarz gekleidet und scheint sehr niedergeschlagen zu sein. Der Vorsitzende richtete an den Verteidiger Labori die Anfrage: Welche Frage wünschen Sie zu thun? Labori, sich an Frau Dreyfus wendend: Was denken Sie, Madame, von der Aufrichtigkeit Emile Zola's und können Sie uns sagen, unter welchen Umständen Sie im Jahre 1894 durch du Paty de Clam Kenntnis von der Verhaltung Ihres Gemahls erhielten? Der Präsident erklärt: Ich kann diese letztere Frage nicht zulassen. — Emile Zola erhebt sich und sagt: Meine Herren, ich verlange einfach behandelt zu werden, wie Mörder und Diebe. Diese haben immer das Recht, sich zu verteidigen und mir wirt man die Fenster ein. Man verhöhnt mich, man beleidigt mich auf der Straße, eine unsaubere Presse zieht mich in den Schmutz. Ich will meinen Beweis liefern und man verweigert mir dies! Sehen Sie, meine Herren Geschworenen, welche Lage mir bereitet wird! Ich will meine Zeugen vernommen lassen und man lehnt sich dagegen auf. Der Vorsitzende wendet sich an Zola: Aber kennen Sie das Gesetz, Herr Zola? Zola: Nein, ich kenne es nicht und will es für den Augenblick nicht kennen. (Großer Lärm im Auditorium.) Labori (eingreifend): Ich werde nun die Anträge vorbringen bezüglich der Fragen, welche ich zu stellen habe. Präsident: Stellen Sie Anträge, wenn Sie wollen, aber ich werde meinerseits keine Fragen zulassen, die mit den in der Vorladung enthaltenen Anklagepunkten nicht zu thun haben und die geeignet wären, eine Revision der Dreyfus-Affäre, über die nach dem Gesetz abgeurteilt ist, herbeizuführen. Da sagt Labori: Angefaßt der Obstruktion, die man uns macht (Aufse: Nein! Nein! Jawohl! Jawohl!) und in unser Interesse bitte ich den Präsidenten, uns angeben zu wollen, welche Mittel wir anwenden sollen. Der Präsident erwidert: Das ist nicht meine Sache (Lachen im Auditorium), stellen Sie Ihre Anträge, und der Gerichtshof wird dieselben prüfen. Die Verhandlung wird unterbrochen, um dem Verteidiger Zeit zu lassen, seine Anträge zu formulieren. Im Saale herrscht die größte Aufregung.

Nach Wiederaufnahme der Verhandlung stellt Labori Anträge dahingehend, daß an Frau Dreyfus im Interesse der Verteidigung verschiedene Fragen gerichtet werden. Der Generalanwalt erwidert: „Die Fragen der Unschuld und der Ungeschicklichkeit dürfen nicht in die Sache hineingezogen werden. (Mit lauter Stimme): Wir werden dem Gesetz Achtung verschaffen und verschaffen mit Hilfe der Geschworenen, zu denen wir volles Vertrauen haben.“ (Anhaltende Bewegung.)

Nach einem lebhaften Protest Labori's gegen die Obstruktion erklärte Zola, er unterwerfe sich dem Gesetz, er werde nicht rebellisch und sei erhaben über das scheinheilige Verfahren. (Stürmische Kundgebungen.)

Die hauptsächlichsten Fragen an Frau Dreyfus, welche Labori zu stellen beantragt, sind folgende: Glauben Sie nach dem, was Sie davon wissen, daß das gegen Ihren Gatten geführte Ermittlungsverfahren gesetzlich oder ungesetzlich war? Wollen Sie uns von dem ersten Besuch erzählen, den der Major du Paty de Clam in Ihrer Wohnung machte? Welche Personen waren dabei anwesend? Brachte nicht du Paty de Clam bei dieser Gelegenheit die größten Beleidigungen gegen Ihren Gatten vor? Versuchte du Paty de Clam ihm nicht durch verhängliche Mittel Geständnisse zu entreißen während des Laufes der Ermittlungen nach seiner Verurtheilung? Hat Ihr Gatte nicht immer gesagt, er sei das Opfer einer unerklärlichen Rationation?

Der Gerichtshof lehnte die Anträge Labori's ab und erklärt, es werde keine nicht zur Sache gehörige Frage zugelassen werden.

Advokat Leblois wird nun als Zeuge vernommen. Labori fragt ihn, zu welcher Zeit er sich mit den Thatsachen befaßt habe, die zu seiner Kenntnis gekommen seien und die Affäre Esterhazy's betreffen? Leblois erwidert hierauf, er habe mit dem Oberst Picquart, seinem Freunde zusammen studirt und Beide seien sie dieser Freundschaft treu geblieben. Als Picquart in das Kriegsministerium eingetreten sei, wo er das Nachrichtenbureau geleitet habe, habe er ihn — Leblois — in einer Angelegenheit, die in Nancy spielte, konsultirt und auch wegen eines Aktenstückes, Briefstauben betreffend, seinen Rath eingeholt. Dies sei natürlich gewesen, da er — Leblois — zehn Jahre lang Richter gewesen sei. Leblois sagt dann ferner aus, Oberst Picquart sei durch Drohbrefe, die er während seines Aufenthaltes in Sula (Tunis) von einem Offizier erhalten habe, zum Zwecke seiner Verteidigung veranlaßt worden, ihm — Leblois — gewisse Dinge über die Dreyfus-Angelegenheit zu erzählen. Er sei durch das, was er erfahren habe, sehr beunruhigt gewesen und habe nun seine Erkundigungen eingezogen. Senator Scheurer-Kestner habe gewußt, daß er — Leblois — informiert sei, und ihn gebeten, ihm Aufklärung zu geben über das, was er — Leblois — erfahren habe. Er habe darauf zu Scheurer-Kestner von den Briefen gesprochen, die General Gouze an Oberst Picquart gerichtet hatte. Scheurer-Kestner habe diese Briefe gelesen und sei von da an von der Unschuld Dreyfus' überzeugt gewesen und seitdem auch von dieser Ansicht nicht abgewichen. Ich unterbreite, fährt Leblois fort, Scheurer-Kestner nun die Idee, den Justizminister zu einem Michtigkeitsverfahren wegen des Prozesses von 1894 zu veranlassen, weil dem Kriegsgerichte ein geheimes Schriftstück mitgeteilt worden sei. Da uns aber materielle Beweise fehlten, handelte Scheurer-Kestner nicht sofort, sondern trat eine Erholungsreise an. Nach seiner Rückkehr that Scheurer-Kestner dann Schritte bei der Regierung. Picquart sagte ihm von den gegen ihn — Picquart — gesponnenen Umtrieben in Kenntnis, er sprach mit Scheurer-Kestner von den nach Tunis gerichteten, mit „Speranza“ unterzeichneten Telegrammen. Die Lage schien mir so ernst, daß der Regierung Mittheilung gemacht werde. Traxien nahm das auf sich, und als Traxien mir die Antwort der Regierung mittheilte, brachte ich meine Klage bei Gericht ein. Als Oberst Picquart sich nach Tunis begab, besaßten seine Vorgesetzten ihm viel Sympathie, und es schien nicht, daß Picquart in Ungnade gefallen sei.“

Nach Leblois wird Scheurer-Kestner vernommen. Der Präsident sagt: Sie sollen über die Affäre Esterhazy und nicht über die Dreyfus-Angelegenheit sprechen, über die wir nicht ein Wort hören wollen.“ Scheurer-Kestner erwidert: „Ich habe erfahren, daß im September 1896 Oberst Picquart, der Direktor des Nachrichtenbureaus im Kriegsministerium, entdeckt hatte, daß man im Jahre 1894 sich gefälscht habe, indem man das Vorderbureau dem Hauptmann Dreyfus zuschrieb. Ich erfuhr ferner, daß, als Oberst Picquart diese Entdeckung gemacht hatte, er den Sachverständigen Vertillon aufsuchte. Als er ihm die Schrift vor Augen hielt, habe Vertillon ausgerufen: Als die Fälschung ist geklärt; das ist keine Neulichkeit, das ist die Identität. Oberst Picquart schlug abdam seinen Vorgesetzten vor, eine Untersuchung anzustellen und andere Sachverständige zu vernehmen. General Gouze habe ihm davon abgerathen. Aber es bestehen hierüber Briefe, von denen ich Kenntnis genommen habe und ich habe die Ueberzeugung gewonnen, daß Gouze in Uebereinstimmung mit Picquart gehandelt habe, der die Revision vorbereitete. Ich besitze Briefe darüber, ich kann sie dem Gerichtshof vorlesen. (Bewegung.)

Der Präsident erwidert hierauf: „Das ist unmöglich.“ — Scheurer-Kestner berichtet dann über die Unterredung, die er wegen der Dreyfus-Angelegenheit mit dem Kriegsminister hatte. Als er den Minister nach dem Beweise für die Schuld Dreyfus' gefragt habe, habe der Minister erwidert, Dreyfus sei schuldig, er könne ihm nichts anderes sagen. Auch mit dem Ministerpräsidenten, erklärte Scheurer-Kestner, habe er eine Unterredung gehabt. Mathieu Dreyfus habe unabhängig von ihm — Scheurer — erfahren, daß Esterhazy der Verfasser des Vorderbureau zu sein schiene. Er selbst habe Mathieu Dreyfus angerathen, dem Kriegsminister Mittheilung zu machen. Scheurer-Kestner erklärte schließlich, General Villot habe ihm versprochen, eine persönliche Enquete zu veranstalten, er, Zeuge, habe aber nichts davon gesehen.

Hierauf wird der frühere Präsident der Republik, Casimir Perier, vernommen. Im Saale herrscht große Bewegung. Der Präsident sagt zu dem Zeugen: Sie sollen schweigen, ohne Haß und Furcht die Wahrheit zu sagen,“ wird aber von Perier mit den Worten unterbrochen: „Verzeihung, ich kann nicht schweigen, die Wahrheit zu sagen, weil ich sie nicht sagen kann. Es ist für mich eine Pflicht, sie nicht zu sagen.“ (Bewegung.) Der Präsident macht den Zeugen darauf aufmerksam, daß das Gesetz dazu verpflichte, den Eid zu leisten, worauf der Zeuge sich hierzu bereit erklärt. Auf eine Frage Labori's, ob der Zeuge gewußt habe, daß im Kriegsministerium ein geheimes Aktenstück existire, erklärte derselbe, hiervon keine Kenntnis zu besitzen. Eine weitere Frage Labori's, ob Perier wisse, daß dem Kriegsgericht ein geheimes Aktenstück mitgeteilt worden ist, erklärte der Gerichtspräsident für unzulässig. (Erneuter Lärm.)

Als Zola den Justizpalast nach der Sitzung verlassen wollte, wurde er im Hofe des Gebäudes von einer Menge umringt, die rief: „Es lebe Zola!“ theils „Nieder mit Zola!“ rief. Unter dem Schutze seiner Freunde und der Polizei gelang es Zola, den Wagen zu erreichen.

## Depeschen und letzte Nachrichten.

Colombo, 8. Febr. (B. L. V.) Der deutsche Kreuzer „Griffon“ ist Jordan in den Hafen eingelaufen. Die „Deutschland“ ist noch nicht in Sicht.

Athen, 8. Februar. (B. H.) Die Worte erwiderte auf die Reklamation des griechischen Gesandten in Konstantinopel wegen der jüngsten Vorgänge in Libanien. Griechenland sei zur Ernährung der türkischen Okkupations-Truppen verpflichtet. Da es aber infolge seiner finanziellen Lage hierzu außer Stande sei, so habe die Türkei zu dem Mittel der Besetzung der Bevölkerung greifen müssen. — Inzwischen dauern die Kämpfe in Thessalien fort. Man befürchtet, daß die Türken die neutrale Zone überschreiten, und daß infolge dessen Zusammenstoße mit den griechischen Truppen unvermeidlich sein werden.

Konstantinopel, 8. Februar. (B. H.) Die Gerüchte, Rußland bestimme nicht mehr auf der Kandidatur des Prinzen Georg, werden als vollständig unbegründet bezeichnet. Im Gegentheil, Rußland macht alle Anstrengungen, durch Konzeffionen betreffs rückständiger Kriegsschuld den Sultan gefügig zu machen.

Reichstag.

35. Sitzung, Dienstag, den 8. Februar 1898, 2 Uhr. Am Bundesratsstische: v. Pöblich, v. Bülow. Die zweite Beratung des Reichshaushalts-Etats wird fortgesetzt beim Spezialetat der Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung (Fortsetzung).

Bewilligt werden der Um- und Erweiterungsbau auf dem Postgrundstück in Guben und die „Herstellung eines Dienstgebäudes in Stuttgart.“

Es folgt die Beratung des Spezialetats der Reichsdruckerei, der ebenfalls genehmigt wird.

Der Freundschafts- und Handelsvertrag zwischen dem Reich und dem Cranje-Preisstaat wird in dritter Lesung ohne Debatte angenommen.

Es folgt die Fortsetzung der zweiten Lesung des Etats mit dem Spezial-Etat: Auswärtiges Amt.

Abg. Richter (sf. Vp.): Namens meiner politischen Freunde muß ich erklären, daß wir die neuen Operationen in China viel günstiger ansehen, als etwa unsere bisherigen Erwartungen in Afrika und Australien. China ist ein altes Kulturland, wenn auch ein Land eigenartiger Kultur; und es scheint uns wünschenswert, dort einen festen Stützpunkt für die Wahrnehmung unserer Interessen zu besitzen. Wir wünschen aber, daß man sich hierbei auf das Notwendigste, auf die bloße Einrichtung einer Flottenstation beschränkt. Wir müssen uns dessen bewußt bleiben, daß wir in Ostasien eigentlich politische Interessen nicht zu vertreten haben, sondern lediglich wirtschaftliche; und es kann sich lediglich darum handeln, diesen denjenigen Schutz angedeihen zu lassen, der durch eine Machtentfaltung gewährleistet werden kann. Es folgt daraus, daß wir an einen Landerwerb durchaus nicht zu denken haben; gerade die neueren Erfahrungen lassen das unzweifelhaft erscheinen. Ob wir dort einen Stützpunkt für unsern Handel und unsere Industrie bekommen werden, können wir jetzt noch garnicht absehen. Was wir bis jetzt darüber in Erfahrung gebracht haben, läßt erkennen, daß fürs erste davon noch keine Rede sein kann. Bei dem Mangel an schiffbaren Wasserstraßen und ebenso an Landstraßen ist für eine Ausnützung des dahinterliegenden Landes zu wirtschaftlichen Zwecken sehr wenig zu hoffen; ebenso wenig kann unsere Industrie sich von den Kohlenbergwerken etwas versprechen, für die dort ein günstiges Terrain sein soll. Dazu bedarf es vor allem der Konzession zur Anlage dieser Bergwerke und zum Bau von Eisenbahnen. Und selbst wenn — was doch nicht weniger als sicher ist — China diese Konzession — und ertheilen sollte, so können wir doch gar nicht bezweifeln, ob wir sie irgendwie lohnend ausnützen könnten. Es erhebt sich nun die Frage, ob man sich in der ganzen Aktion eine gewisse Zurückhaltung auferlegen habe. Deutschland hat in Ostasien keine höhere Interessen zu vertreten, als dasjenige der Gleichberechtigung mit anderen Staaten, und von Reichs wegen ist dort kein anderes Evangelium zu predigen als das Evangelium des Freihandels. Speziell müssen wir unsere Interessengemeinschaft mit England stets berücksichtigen. Mit Rußland ist das nicht der Fall; denn Rußland hat stets eine Politik der Abschließung verfolgt. Und bei dieser Gelegenheit will ich eine Anfrage an den Herrn Staatssekretär des Auswärtigen Amtes richten: Aus dem Studium des Statuts der russisch-sibirischen Eisenbahn-Gesellschaft habe ich ersehen, daß Rußland sich besondere Zollvergünstigungen von freier China's gesichert hat. Der Zoll für die Einfuhr nach China ist für Rußland um ein Drittel erniedrigt; ich will nun wissen, wie das in Einklang zu bringen ist mit dem Meistbegünstigungsvertrag zwischen China und Preußen.

In weiten Kreisen der Bevölkerung bewegt sich die Phantasie seit der Erwerbung der Kiaotshau-Bucht in Vorstellungen, die weder in absehbarer Zeit, noch überhaupt in Erfüllung gehen können. Man spricht sogar davon, daß ein Abfluß der deutschen Bevölkerung nach China möglich sei. Aber Herr v. Bismarck hat bereits ausgeführt, daß China selbst überbevölkert ist; wir haben also im Gegenteil Veranlassung, uns gegen eine Einwanderung von China her zu schützen, namentlich in der Art, wie sie jüngst bereits von einer deutschen Tageszeitung empfohlen worden ist. Auch auf den Abzug großer Mengen deutscher Baaren an das gelbe China ist nicht zu rechnen. Dazu kommt, daß China jetzt gerade genöthigt ist, eine große Anleihe aufzunehmen; es werden also die hierdurch entstandenen Zinslasten auf den europäischen Verkehr drücken durch Erhöhung der Seerolle, die natürlich zur Abnahme des Konsums europäischer Waaren führen wird. Japan wäre für uns jedenfalls ein viel wichtigeres Absatzgebiet; wir haben ja jetzt bereits dorthin eine große Ausfuhr. Die Industrie von Japan hat sich ja ganz außerordentlich entwickelt, ich bin aber nicht der Meinung des Professors Knackfuß, daß die Völker Europa's wegen dieser Entwicklung für ihre heiligsten Güter besorgt sein müssen. (Heiterkeit.) Auch China und Japan zusammengenommen darf man nicht überschätzen. Zur Zeit macht die Ausfuhr weniger als 2 pCt. aus, und wenn sie sich auch in der nächsten Zeit erheblich steigern wird, so wird sie doch nicht die Bedeutung erlangen, die manche prophezeien. Aber über der Auslandspolitik mit China solle man doch nicht übersehen, wie viel chinesische Dinge sich innerhalb Deutschland selbst entwickeln. (Sehr richtig! links.) Wenn wir uns in den Aufgaben weiterbewegen, die gefordert der Landwirtschaftsrath empfohlen hat, so würde Deutschland sich mit einer chinesischen Mauer umgeben dem Ausland gegenüber. — Redner richtet zum Schluß verschiedene Anfragen an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes. Erstens ob der Vertrag mit China, der seinerzeit nur telegraphisch mitgeteilt wurde, eingetroffen ist und ob etwas entgegensteht, diesen Vertrag dem Reichstag zuzuführen. Ferner Anfragen betreffs der Konzessionen der Gebietsverweiterung, und endlich ob die Regierung, wie englische Blätter melden, ihrerseits etwa geneigt sei sollte, irgend eine Zinsgarantie für eine chinesische Anleihe zu übernehmen. Das würde doch hätte unserer bisherigen Finanzpolitik widersprechen. (Bravo! links.)

Staatssekretär Herr v. Bülow: In der Presse und in der Budgetkommission ist die Ansicht aufgefaßt, die Regierung wolle über ihre ostasiatische Politik einen Schleier breiten. Ich möchte darauf antworten: ich unterscheide. Ueber noch schwebende diplomatische Verhandlungen kann kein Minister des Auswärtigen Auskunft geben, sonst würden seine übrigen Kollegen nicht mehr mit ihm verhandeln wollen. Ich kann aber sagen, daß wir uns nicht in eine Abenteuerpolitik stürzen wollen. Wir brauchen einen territorialen Stützpunkt in Ostasien, in wirtschaftlicher Beziehung brauchen wir in China eine Eingangstür. China wird sich wirtschaftlich noch sehr ausnützen lassen. Wir müßten darauf dringen, daß wir dort die gleichen Rechte genießen, die andere Staaten schon haben. Wir haben solche Konzessionen erlangt. Ohne solchen territorialen Stützpunkt würden wir aber, wie schon so oft, für anderer Leute Acker den Dünger liefern, ohne unsern Garten zu besetzen. (Sehr richtig! rechts.) Das Ansehen unserer Flotte wird verdoppelt, wenn sie nicht mehr obdachlos und heimatlos umherstreift, sondern einen Hafen ihr Eigen nennt. Frankreich hat Tonkin, England Hongkong, wir müßten diesem Beispiel folgen, wenn wir nicht eine Nacht drittens Ranges bleiben wollten. Dazu kam der Schutz der Missionen. Ich will nicht religiöse Gefühle mit realen Dingen verwechseln. Aber Bischof Anzer hat ausgesagt, daß die Befestigung von Kiaotshau geradezu eine Lebensfrage für die Missionen ist. Ich glaube, der richtige Zeitpunkt ist von uns für die Befestigung gewählt worden; mit den anderen Mächten stehen wir im besten Einvernehmen, was das bei der Loyalität und Friedfertigkeit der übrigen Nationen nicht anders zu erwarten war. Auch mit Großbritannien halten wir ein Zusammenwirken für ersprießlich. Englische Blätter, die das Gegenteil behaupten, befinden sich im

Widerspruch mit den tatsächlichen Verhältnissen. (Bravo! rechts.) Auch China gegenüber haben wir uns in sehr moderierten Grenzen gehalten. Die innere Cohäsion (Kraft zum Zusammenhalten) oder gar der Fortbestand des chinesischen Reiches ist nicht gefährdet. Briefliche Mittheilungen sind über den Vertrag noch nicht hierher gelangt, ein Brief braucht sechs Wochen. Ich habe aber nach den Verhandlungen in der Budgetkommission um telegraphische Mittheilungen ersucht und kann nun den annähernden Wortlaut des Vertrages mittheilen:

I. Die kaiserlich chinesische Regierung, um den berechtigten Wunsch der deutschen Regierung zu erfüllen, ebenso wie andere Mächte in den ostasiatischen Gewässern einen Punkt zu besitzen, wo deutsche Schiffe angelegert und ausgerüstet, die Materialien und Vorräthe dafür niedergelegt, sowie sonstige zugehörige Einrichtungen getroffen werden können, überläßt der deutschen Regierung pachtweise vorläufig auf 99 Jahre das auf beiden Seiten des Eingangs der Bai von Kiaotshau in Süd-Chantung belegene weiter unten näher bestimmte Gebiet dergestalt, daß es der deutschen Regierung freistehen soll, innerhalb dieses Gebietes alle nöthigen Bequemlichkeiten und Anlagen zu errichten und zu dem Schutze derselben erforderlichen Maßnahmen zu treffen. II. Das der deutschen Regierung verpachtete Gebiet besteht aus 1. der Landzunge, nördlich des Eingangs der Bai, abgegrenzt nach Südwesten durch eine vom südlichsten Punkte der südwestlich von Tschiposan befindlichen Einbuchtung in der Richtung auf die Tschossan-Cosan-Inseln bis zur Meeresküste gezogenen geraden Linie; 2. der Landzunge südlich der Bai, abgegrenzt nach Südwesten durch eine vom südlichsten Punkte der südwestlich von Tschiposan befindlichen Einbuchtung in der Richtung auf die Tschossan-Cosan-Inseln bis zur Meeresküste gezogenen geraden Linie; 3. den Inseln Tschiposan und Potato Joland, sowie sämmtlichen vor dem Eingang der Bucht gelegenen Inseln, einschließend Tolosan und Se-lientan. Außerdem verpachtet sich die chinesische Regierung, in einer Zone von 50 Kilometern im Umkreise rings um die Bucht keine Maßnahmen oder Anordnungen ohne Zustimmung der deutschen Regierung zu treffen und insbesondere einer etwa notwendig werdenden Regulierung der Wasserläufe kein Hinderniß entgegenzusetzen. Auch gewährt die chinesische Regierung den deutschen Truppen ein Durchmarschrecht durch die bezeichnete Zone. III. Um jeder Möglichkeit von Konflikten vorzubeugen, wird die chinesische Regierung während der Pachtperiode im Pachtgebiete Hoheitsrechte nicht ausüben, sondern sie überläßt dieselben ebenso wie die Hoheitsrechte auf der gesammten Wasserfläche der Kiaotshau-Bucht der deutschen Regierung. Die deutsche Regierung wird auf den Inseln und Untiefen der Bucht Seegestirne errichten. IV. Im Falle, daß das an der Kiaotshau-Bucht verpachtete Gebiet sich für die Zwecke der deutschen Regierung nicht passend erweisen sollte, wird die chinesische Regierung der deutschen Regierung einen besser geeigneten Platz gewähren und das Kiaotshau-Gebiet unter Ersatz der von der deutschen Regierung dort gemachten Aufwendungen zurücknehmen. Eine genaue Festsetzung der Grenzen des Pachtgebietes und der deutschen Zone soll durch eine Kommission der beiden Regierungen erfolgen.

Hierzu noch einige Bemerkungen: I. Das Pachtgebiet wird einen Flächeninhalt von 30 bis 50 Quadrat-Kilometer haben, es ist also wesentlich größer, als der englische Besitz auf und gegenüber Hongkong. II. Die von mir der Kommission vorgelegte Spezialkarte ist insofern zu berichtigen, als aus militärischen Gründen die nördliche Landgrenzlinie um einen schmalen Streifen vorgeschoben ist. III. Darüber, welche Einwohnerzahl der deutsche Besitz hat, fehlt noch die genauere Angabe. Es liegen daselbst wenige kleinere Dörfer, in denen ein paar Tausend Chinesen wohnen mögen. IV. Die Bai schneidet bis 20 Seemeilen ins Land. Ihre Einfahrt ist an der schmalsten Stelle noch immer 8000 Meter breit. Als Hafen benutzbar sind zwei Drittheile der Bucht und zwar die südlichen, an unserem Gebiet gelegenen in einer Ausdehnung von etwa 90 Quadrat-Seemeilen.

Ueber die Höhe des an China zu zahlenden Pachtzinses steht noch nichts Genaueres fest. Jedenfalls brauchen wir uns hierüber kein großes Haar wachsen zu lassen. Erheblich wird er nicht sein, denn er soll kein Entgelt für das verpachtete Land bedeuten, sondern nur eine Formalität, eine Anerkennung des für den Kaiser von China fortbestehenden idealen Eigentums. Das Abkommen wegen der Schiffe der Missionare habe ich der Budgetkommission bereits vorgelegt. Ueber Eisenbahnen und Bergwerkskonzessionen ist nachstehendes stipuliert: Die chinesische Regierung hat zugesagt, einer zu bildenden deutsch-chinesischen Eisenbahngesellschaft den Bau einer Eisenbahn von Kiaotshau aus zunächst nordwärts und dann westwärts bis zum spätem Anschluß an das projektierte große chinesische Eisenbahnnetz zu übertragen. Die Bahn soll so gelegt werden, daß sie namentlich die im Norden von Kiaotshau gelegenen Kohlenfelder von Weibtsien und Poffan berührt. Die Ausbeutung dieser Kohlenlager soll deutschen Unternehmern zugestanden werden. Der Eisenbahngesellschaft sollen ebenso günstige Konzessionen gewährt werden, wie irgend einer andern europäischen Eisenbahngesellschaft in China. Weitere Verhandlungen, die eine Ausdehnung dieser Konzessionen und ihre genauere Fixirung zum Ziele haben, schreiben noch. Der Stand der Verhandlungen ist kein ungünstiger. Wir wünschen den Fortbestand des chinesischen Reiches. Ich glaube auch nicht, daß es so schnell zusammenfallen kann. Und erst vor wenigen Tagen habe ich einem westbegierigen Diplomaten gesagt, das chinesische Reich besteht seit 4377 Jahren und ich sehe keinen Grund, warum es nicht noch mindestens 8000 Jahre weiter bestehen soll. (Große Heiterkeit.) Kiaotshau ist in wirtschaftlicher und maritimer Beziehung eine sehr gute Akquisition. Ein Atopia giebt es in China nicht, Kiaotshau hat vielleicht das beste Klima in China, in der Nähe sind Steinkohlenlager, es war das beste Tertorium, das zu finden war. Wo geerntet werden soll, muß geerntet werden. Wir hoffen, daß das in Kiaotshau in den Boden gelegte Samen Korn Früchte tragen wird. Wir werden ohne Ueberstufung, aber auch ohne kleinliche Engbergigkeit dort vorgehen wie die Malakker, die in der einen Hand die Waffe, in der andern Relle und Spaten hielten. Ich enthalte mich aller Schönfärberei. Aber ich hoffe, wir werden nach Ostasien christliche Kultur und Befestigung tragen zum Segen des Fortschritts und unseres Vaterlandes. (Lebhafter Beifall, rechts.)

Unterstaatssekretär v. Nischosen: Dem Abg. Richter erwidere ich, daß das Reich bei einer in der Vorbereitung begriffenen Anleihe mit China nicht betheiligigt ist und selbstverständlich keine Zinsgarantie übernommen hat.

Direktor im Auswärtigen Amt Reichardt: Das Abkommen zwischen China und Rußland, wonach die auf dem Landwege eingeführten Waaren 1/3 weniger an Zoll zu zahlen haben, als die auf dem Seewege eingeführten, besteht und ist uns bekannt. Das Prinzip des Abkommens ist kein extraordinäres und stört zunächst unsere Interessen nicht.

Abg. Veibel (Soz.): Bevor ich auf die ostasiatischen Fragen eingehe, muß ich auf den Prozeß Deert-Lahorow und seine Folgen zu sprechen kommen. Auf meine Rede, die ich hier am 5. Februar v. J. hielt, wurde ich vom Untersuchungsrichter geladen und über die sog. Hintermänner vernommen. Ich sagte, genau so, wie ich es hier im Reichstage gethan, daß ich darüber keine That-sachen mitzutheilen hätte, sondern nur politische Schlussfolgerungen zöge. Ich wurde dann im Prozeß gegen Tausch und Bülow als Zeuge vernommen und sagte darüber dasselbe. Nunmehr liegt die stenographische Aufnahme der Prozeß-Verhandlung vor. Ich sehe, daß der Oberstaatsanwalt Drescher darin in bezug auf mich gesagt hat, er habe mich zu dem Zwecke als Zeuge vorgeladen, um den Geschworenen zu zeigen, wie anders

die Situation eines Mannes ist, der von der Tribüne des Reichstages spricht, als die Situation eines Zeugen, der vor der Barre des Gerichts steht. Es hätte so ausgedrückt, als wenn ich ein ungeheures Beweismaterial besäße. Vor Gericht aber habe es sich herausgestellt, daß ich nur Vermuthungen hätte. Wegen dieser Darstellung verwahre ich mich. Ich habe weder damals noch später behauptet, daß mir bestimmte Thatlagen bekannt seien. Was ich aber damals gesagt, ist, daß Normann-Schumann in seiner amtlichen Thätigkeit unter Herrn v. Tausch über intime Vorgänge am Hofe in beleidigender Weise für den Kaiser, Marschall und Caprivoli im Mémorial Diplomatique berichtet habe. Normann-Schumann hat mich darauf des Meineides beschuldigt und auch Herr v. Marschall. Gegen diesen ist kein Verfahren eingeleitet worden, wohl aber gegen mich. Die Oberstaatsanwaltschaft ist aber genöthigt gewesen, die Denunziation gegen mich nach allen Richtungen als falsch zu bezeichnen. Ja sie hat durch meine Aussage erst erfahren, was ihr die politische Polizei nicht mittheilen konnte, daß Normann-Schumann der Verfasser der beleidigenden Artikel im „Memorial Diplomatique“ gewesen ist. Ich bin also in die für einen Sozialdemokraten eigenthümliche Lage gerathen, durch meine Aussage Anlaß zu einem Majestätsbeleidigungs-Verfahren gegen einen Beamten zu geben. Gegen die Darstellung des Oberstaatsanwalts Drescher im Tausch-Prozeß aber verwahre ich mich nochmals auf das entschiedenste.

Ich komme jetzt zu dem Punkte, der uns vorher beschäftigte. Die Debatte steht ja in Berührung mit den Erörterungen des Reichstages über Weltpolitik vor zwei Jahren. Ich machte damals darauf aufmerksam, daß Deutschland nun wirklich in die Bahnen der Weltpolitik eintritt. Daß nun diese Weltpolitik zuerst in China zum Ausdruck kam, konnte nicht verwundern. Wir hatten schon früher wiederholt gehört, wie aus der Mitte des Hauses heraus die Nothwendigkeit betont wurde, eines Tages in China festen Fuß fassen zu müssen. Religiöse und andere ethische Momente, die der Herr Staatssekretär auch heute wieder hervorgehoben hat, spielen jedoch dabei am allerwenigsten eine Rolle; lediglich materielle Interessen kommen hier in Frage. Es ist ja zweifellos, daß die Konkurrenz zwischen den verschiedenen Ländern immer schwieriger wird, wenn der Markt schließlich so enge geworden ist, daß er die ungeheure Masse der Produkte nicht mehr fassen kann. Wenn also in einem solchen Falle nicht neue Absatzgebiete eröffnet werden, ist eine ungeheure Steigung unvermeidlich. Daß also ein Land von der immensen Ausdehnung, wie China, der europäischen Industrie eröffnet wurde, lag im Interesse Deutschlands und insbesondere der deutschen Kapitalisten. Insofern ist ja ihr Vorgehen auch ganz verständlich, zu laßeln ist dabei nur die Art und Weise, wie man zu Werke geht. Der Herr Staatssekretär hat allerdings erklärt, er wolle auf die eigentliche Veranlassung nicht mehr eingehen. Darin mag er ja von seinem Standpunkt aus ganz recht thun. Wir halten es aber doch für nöthig, diese Veranlassung etwas näher ins Auge zu fassen. Bekanntlich war die Ursache die Ermordung zweier deutscher Missionare. Daß dieser Gemüthung gefordert wurde, ist ganz selbstverständlich, aber die natürliche Art des Vorgehens ist doch die, daß bei der fremden Regierung zuerst angefragt wird, ob sie gewillt sei, Gemüthung zu geben. Erst wenn diese sich weigert, Gemüthung zu geben, ist man berechtigt, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln gegen sie vorzugehen. In dieser Weise ist aber nicht vorgegangen. Man ist, trotzdem man wusste, daß China bereit war, jede Gemüthung zu geben, ohne weiteres dazu übergegangen, die chinesischen Truppen aus Kiaotshau zu verjagen und dasselbe zu besetzen. Das ist eine Handlungsweise, die ich ungefähr mit jener gleichstellen möchte, die vor zwei Jahren ebenfalls im Reichstage erörtert wurde, ich meine den Einsall Jameson's in Transvaal. Damals ist vom deutschen Kaiser jene berühmte Depesche abgesandt worden, die die Eingeborenen auffordert, sich künftig des fremden Eroberers zu erwehren. Was würde man dazu gesagt haben, wenn aus Anlaß unseres Vorgehens eine fremde Regierung ein ganz ähnliches Telegramm an China gesandt hätte, mit der Aufforderung, sich das nicht gefallen zu lassen. Daß wir für die Dienste, die wir im Verein mit Frankreich und Rußland China im japanisch-chinesischen Kriege geleistet haben, eines Tages einmal eine entsprechende Vergütung bekommen würden, das war wohl zu erwarten. Die Nachricht von der gewaltsamen Besitzergreifung Kiaotshau's hat aber in China große Aufregung verbreitet, die sich noch steigert, als die deutsche Regierung Schritte that, um in China eine entsprechende Flotte zusammenzuziehen, und dann jene Hochdekrete erlassen wurde, die so ungemessenes Aufsehen erregte. Dieses ganze Vorgehen war bei der damaligen Lage der Dinge meines Erachtens nicht nur vollständig überflüssig, sondern im höchsten Grade schädlich. In jener Rede habe ich: Sollte es darum irgend jemand unternehmen, uns in unserem guten Recht schädigen zu wollen, so fahre hinein mit gepanzerter Haut u. s. w. Ja, ach, mit unserem guten Recht in Ostasien sah es doch sehr windig aus! Wenn die Chinesen den Einsall Deutschlands mit Gewalt zurückgewiesen hätten, dann wären sie wohl in ihrem guten Rechte gewesen. Daß die Ermordung der Missionare nur der Vorwand zum Einschreiten war, darüber ist sich doch alle Welt einig. Die Missionar-Ermordung kam der deutschen Regierung sehr gelegen. Ja, wenn man Hirool sein wollte, könnte man sagen, wären die Missionare nicht so ermordet worden, hätte anders für ihre Ermordung gesorgt werden müssen. In der Rede des Prinzen Heinrich —

Präsident v. Quol: Der Redner macht fortwährend Aeußerungen des Monarchen zum Gegenstand seiner Ausführungen. Das ist unzulässig.

Abg. Veibel (fortfahrend): Ich wollte eben vom Prinzen Heinrich sprechen und beschränkte mich darauf, zu sagen, daß diese Rede den Ansehen Deutschlands nicht förderlich war und diese offizielle Einleitung des Zugriffs nach China so unpassend als möglich war. — Nun haben wir heute gehört, daß die Befestigung von Kiaotshau für Deutschland eine Nothwendigkeit gewesen ist, nachdem die übrigen Staaten ähnlich vorgegangen seien. Ich gebe dem Abg. Richter darin recht, daß die handelspolitische Bedeutung der Befestigung Kiaotshau's größer ist, als es die Besitzergreifung unserer Kolonien gewesen ist. Während dort einfach unser Geld nutzlos verpulvert wird, kann es hier mit gewissen Nutzen verwendet werden. Ich glaube, daß deutsche Kapital wird in Ostasien nicht zu Schaden kommen. Ob dabei gleichzeitig für den deutschen Arbeiter irgend welcher Nutzen heraus-springen wird, bleibt abzuwarten. Vorläufig werden wir auch hier größere Geldauswendungen machen müssen für Bauten, Befestigungen, Lagerungen u. c.

Ob der materielle Vortheil mit diesen Ausgaben gleich in Einklang zu bringen sein wird, ist mir auch noch zweifelhaft, ich hege da großes Mißtrauen. Die Gefahr besteht jedenfalls, daß, wenn wir dort europäische Industrie einführen, sich in China selbst eine gefährdende Konkurrenz entwickeln wird. Der Chinese ist anspruchslos, arbeitsam und schamhaft, sagte Herr v. Bülow in der Kommission. Den Schmutz wird ihm die Zivilisation abgewöhnen, den Fleiß und die Ansparsamkeit werden aber die deutschen Unternehmer sicher zu erhalten trachten, sie sind ja unglücklich, daß die deutschen Arbeiter nicht so anspruchslos sind. Daß die Befestigung einer gefährdenden Konkurrenz aus China für Europa berechtigt ist, das zeigt doch das Beispiel England und Indiens in der Baumwollen-Industrie. In England ist diese Industrie fast vernichtet, die Arbeiter dieser Branche nagen am Hungertuch und sind matt gesetzt. Es ist doch gar nicht daran zu denken, daß wir die chinesischen Kohlen nach Europa bringen. Nein, es wird dort mit diesen Kohlen und mit Hilfe chinesischer Arbeiter eine eigene Industrie ins Leben gerufen werden und die Chinesen werden diese Industrie nachahmen. Schon heute haben deutsche Industrielle Besorgnisse wegen ostasiatischer Konkurrenz. Wenn sich auch deutsche Eisenindustrie, Lokomotivbau, Wagenaufbau, Maschinenbau und den Tag der Erschließung China's kaum erwarten können, so sind bei den Textil- und Seidenindustrie schon starke Besorgnisse vorhanden. Auch

die Baumwolleneinfuhr hat in China selbst zugenommen. Sie kommt von Japan und ist im letzten Jahre um weit mehr als 100 pCt. gestiegen und betragt diesmal soviel als nach der ganzen ubrigen Welt. Ich meine also, eine Erschliesung Chinas wird die Konkurrenz, die uns heute schon macht, noch wesentlich erhohen. Das laßt uns doch die Thatsachen in einem wesentlich anderen Lichte erscheinen, als in der Beleuchtung des Herrn Staatssekretars. Wir müssen ferner in Erwägung ziehen, und wir können uns hierbei auf Männer berufen, die in der Kolonialpolitik einen Namen haben, daß die Chinesen ausgezeichnete Kaufleute sind; man behauptet, daß sie die besten Kaufleute der Welt sind. Das allein sollte uns veranlassen, an unsere Handelsoperationen nicht mit zu großer Zuversicht heranzugehen.

Ein anderer Grund, der uns Sozialdemokraten bestimmt, uns dieser ganzen Entwicklung gegenüber ablehnend zu verhalten, ist folgender: Die Politik, die die Regierung mit dieser Erweiterung des Außenhandels verfolgt, steht im Widerspruch zu der Politik, die Deutschland im Inland verfolgt. Die Vorbedingung für unseren Handel ist: daß Deutschland seine Waaren so billig als möglich auf den Weltmarkt bringt. Um das zu ermöglichen, wird das deutsche Publikum gezwungen, dieselben Produkte zu hohen Preisen zu kaufen, die auf den Weltmarkt zu Schleuderpreisen geworfen werden. Eine Deputation, die von englischen Industriellen nach Deutschland gesandt war, um heranzubekommen, aus welchen Gründen die deutsche Industrie der englischen gefährlich sei, hat nach ihrer Rückkehr in England erklärt, daß Deutschland auf dem Weltmarkt die Waaren mit Verlust abgibt, und daß das deutsche Publikum das bezahlen muß.

Ich behaupte, daß der Erlaß des Grafen Posadowitz (Anruhe: Gebört nicht hierher) in direkter Verbindung steht (Anruhe nimmt zu) mit der ausländischen Politik. (Einmütige Zwischenrufe. Vizepräsident Schmidt erhebt sich.) Auf der einen Seite soll mit allen Mitteln bewirkt werden, daß Deutschland billige Massenprodukte auf den Weltmarkt bringt, auf der anderen Seite soll es dem Arbeiter unmöglich gemacht werden, durch Koalitionen sich bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen zu schaffen. Dasselbe gilt von unserer Agrarpolitik, durch die alles aufgeboten wird, um dem Arbeiter die Lebensmittel so theuer als möglich zu machen. Das ist ein Widerspruch, der auf die Dauer in unserer Politik nicht aufrecht zu erhalten ist.

Zum Schluß noch eines, das uns auch gegen die auswärtigen Aktionen einnimmt: Wir sind gar nicht sicher, daß die chinesischen Arbeiter nicht auch auf dem deutschen Boden als Konkurrenten der deutschen Arbeiter auftreten werden. Der Gedanke ist bereits früher wiederholt ausgesprochen, und wird neuerdings, wenn auch schänter, wieder propagiert. Ich habe die Gewißheit, daß, wenn einmal Ernst damit gemacht wird, ein Sturm der Entrüstung von der gesamten deutschen Arbeitererschaft, ohne Unterschied der politischen und religiösen Ueberzeugung, ausgehen wird. Wir wissen, daß der chinesische Arbeiter trotz des neuen Milieus in demselben Stadium der Bedürfnislosigkeit verharret, wie vor seiner Einwanderung, und daß er dadurch seine europäischen Konkurrenten todt macht. Wir wissen auch, daß dieselben Männer, die jetzt den Mund so voll nehmen mit ihrer deutsch-nationalen Empfindung, als Patrioten, als Vorkämpfer deutscher Kultur und Eigenart, daß diese Männer stets Arbeiter aus Galizien, aus Italien, aus Rußland hunderttausendweise einzuführen beabsichtigt sind. Und mit einer solchen Politik, die auf Vernichtung des deutschen Arbeiterstandes abzielt, werden wir uns freilich nie einverstanden erklären können. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. v. Kardorff (Np.): Der Abg. Bebel hat seine Kenntnis von der Zunahme der Industrie in China offenbar den Berichten eines bekannten Vinetisten entnommen. Es ist aber eine ausgemachte Thatsache, daß die für uns verhängnisvollen Zustände nur eine Folge des niedrigen Silberpreises sind. (Heiterkeit.) Im übrigen hat der Arbeiter an unserer ostasiatischen Politik dasselbe Interesse, wie der Unternehmer, da, wie Abg. v. Stumm selbst erklärt hat, die Arbeiterlöhne mit der Erweiterung der Industrie wachsen. Der Zug nach Kiaotschau hat lebhaftes Sympathien im Volke hervorgerufen. Man fühlt allerorten: Das ist aller Bismarck'scher Geist. Es geschieht wieder etwas. Es wird wieder gehandelt. (Heiterkeit.)

Abg. Dr. Lieber (Z): In der Kritik der kaiserlichen Rede folgte ich dem Abgeordneten Bebel nicht; das verbietet gute alte parlamentarische Sitte. Dagegen muß ich erklären, daß Prinz Heinrich eine Wendung gebraucht hat, die die Gefühle zahlreicher religiös gesinnter Mitbürger verletzen mußte. Wie dürfen freilich nicht vergessen, daß er vor einer langen und gefährlichen Reise stand. Die Verherrlichung von Kiaotschau betrachten meine Freunde als eine dankenswerthe That. Natürlich muß dort, soweit das Privatinteresse in Frage kommt, auch das Privatkapital herangezogen werden. Einen besonderen Dank will ich dem Herrn Staatssekretär noch aussprechen für den wirksamen Schutz, den er unsern Missions-Gesellschaften angedeihen lassen will. (Beifall.)

Abg. Dr. Barth (rs. Bg.): Deutschland hat ein Interesse an einem Abgabebiete in Ostasien. Die Gesandtschaften, die mit der Befragung Kiaotschau's verbunden sind, können uns daher nicht zurückschrecken. Die deutsche Industrie kann mit der anderer Länder ruhig überall in Konkurrenz treten. Ich möchte aber heute noch den Herrn Staatssekretär um Auskunft über den Stand der freischen Frage bitten.

Staatssekretär Tirpitz erwidert dem Abg. Lieber, daß es dem Prinzen Heinrich durchaus fern gelegen habe, jemand in seinem Geschehen zu verletzen.

Staatssekretär v. Bülow: Dem Abg. Barth will ich erwidern: Wir tragen schon dafür Sorge, daß Korea nicht die Brandfackel in die europäischen Staaten schleudert. Wer das Vergnügen haben wird, diese interessante Insel als Gouverneur zu regieren (Heiterkeit), kann ich nicht sagen. Wir werden den Mohammedanern auch Rechnung tragen, der Friede ist aber doch noch wichtiger. Die bekannten Knochen des pommerischen Grenadiers (Heiterkeit) werden wir ebenso schonen wie die Häute unserer Matrosen. Wir werden unsere Stellung im europäischen Konzert bewahren, aber in einem Konzert spielt nicht jeder dasselbe Instrument. (Heiterkeit.) Wir haben eben in Konstantinopel die Fäden sanfter diplomatischer Einwirkung gelassen (Große Heiterkeit), und nicht ohne Erfolg. An einem politischen Druck auf die Porte beteiligen wir uns nicht. (Sehr gut! rechts.) Gegen die Kandidatur des Prinzen Georg haben wir, wenn die Worte einverstanden ist, gar nichts. Wenn aber Jowitz entsetzt, so legen wir ruhig unser Instrument hin und verlassen den Konzertsaal (Heiterkeit). Die Art, wie Griechenland seinen Verpflichtungen gegen deutsche Gläubiger nicht nachgekommen ist (Heiterkeit), macht uns allerdings nicht sonderlich geneigt, für Griechenland einzutreten. Wir können ihm nur den Rath geben: Comptes tes fonds, et nous sommes amis, zu deutsch: Zahle deine Schulden, das übrige wird sich schon finden. (Große Heiterkeit.) Wenn ich mich auch nicht darüber freue, daß hinten weit in der Türkei die Völker auf einander schlagen, so wünsche ich doch, daß jeder in Ruhe sein Gläschen trinken kann und segnen Frieden und Friedenszeiten. (Heiterkeit und lebhafter Beifall.)

Abg. Dr. Haffe (natl.): Die Verherrlichung Kiaotschau's hat im wesentlichen zu wirtschaftlich-kulturellen Zwecken stattgefunden; in China selbst sind weite Kreise von ihr sehr bedrückt. Bei uns haben nicht die Kapitalisten allein, sondern auch die Arbeiter Vortheile von der Ausdehnung des Weltmarktes. Die Gefahr der Einwanderung der Russen muß durch ein Einwanderungsgeß beseitigt werden. (Bravo! bei den Nationalliberalen.)

Die Weiterberatung wird auf Mittwoch, 2 Uhr verlag.

Schluß der Sitzung 6 Uhr.

## Kommunales.

Die städtische Markthalen-Deputation hielt vorgestern eine Sitzung ab, in welcher zunächst die beiden neugewählten Stadtverordneten Rommensen und Wernau eingeführt wurden. Sodann beschloß die Deputation, sich für die Ablehnung einer Petition der Berliner Engros-Schlächter zu erklären, in der diese gebeten

hatten, das Standgeld von 40 Pf. für den Quadratmeter auf 30 Pf. herabzusetzen. Den dadurch entstehenden Anfall von 226 000 M. würde die Verwaltung nicht aufheben können. Das schon mehrfach vorgelegte Gesuch des Restaurateurs Falkenberg von der Halle V am Magdeburger Platz, ihm das 26. W. ausmachende Standgeld für sein Kellergewölbe abzulassen, wurde ebenfalls abgelehnt. Den Pachtvertrag mit dem Restaurateur Hemmerling von der Markthalle am Gesundbrunnen verlängerte die Deputation auf ein Jahr, bezugleich beschloß sie, dem Restaurateur wegen der bevorstehenden Schließung der Halle die Miete von 1600 M. auf 1500 M. zu ermäßigen. Das Gesuch eines Schlächtermeisters, auf seinem Stand in Halle XIII ein Wellausschild anbringen zu dürfen, wurde abgelehnt. An stelle des ausgeschiedenen Stadtverordneten Haefele wurde Stadtverordneter Hasquel zum Abschätzungskommissar gewählt.

## lokales.

In den Altersversorgungs-Anstalten und Hospitälern städtischen Patronats ist der Zubrang alter, hilfbedürftiger Personen, die dort aufgenommen zu werden wünschen, von Jahr zu Jahr gewachsen, ohne daß die Zahl der Stellen dementsprechend vermehrt worden ist. In der letzten Zeit ist das Mißverhältnis zwischen der Zahl der Aufnahmewahrscheinlichen und der verfügbaren Plätze besonders groß geworden. In einigen Anstalten hat man sich schon vor ein paar Jahren dazu entschließen müssen, neue Aufnahmefälle bis auf weiteres nicht mehr zu berücksichtigen, da für die wenigen Stellen, die in absehbarer Zeit frei werden können, bereits eine übergroße Zahl von Bewerbern nothig ist. Daß die Mehrzahl der Aufnahmewahrscheinlichen in der That in hohem Grade unterhaltungsbedürftig ist, das ergibt sich aus einer Bemerkung in vorletzten Jahresbericht (pro 1895/96) über die Altersversorgungs-Anstalt der sogenannten Kaiser Wilhelm- und Augustastiftung. Dort heißt es: „Die Angabe der Wittreger über ihre Nothlage und die Sorgen, die ihren Lebensabend oft nach arbeitsamem und bescheidenem Leben verdrängern, sehen wir durch die von uns vorgenommene Prüfung meist nur zu sehr bestätigt.“ Bei dieser Anstalt, deren Kuratorium 1896 bekannt gemacht hat, daß alle bis 1899 eingehenden Gesuche unberücksichtigt bleiben müssen, ist der Zubrang am stärksten. Auch der neueste, kürzlich erschienene Jahresbericht (pro 1896/97) weist wiederum darauf hin, wie sehr die Zahl der „hochbetagten und schon seit langen Jahren der Einberufung harrenden“ Anwärter gestiegen sei, während andererseits die Zahl der Stützstellen nicht habe vermehrt werden können, weil sämmtliche hierzu verfügbaren Räume der Anstalt durch Hospitälern besetzt seien. Der Bericht wiederholt den bereits früher mehrfach ausgesprochenen Wunsch, daß der Anstalt von privater Seite Geldmittel zugewendet werden möchten. Leider hat diese Anregung der Privatwohlthätigkeit bisher wenig genützt. Ganz ähnlich liegen die Verhältnisse in der für alte, verarmte Kaufleute bestimmten Denter-Stiftung, die ihre Bewerberliste bereits 1895 hat schließen müssen. Auch hier wird in dem neuesten Verwaltungsbericht des Kuratoriums wieder, wie in den Vorjahren, der Wunsch und die Hoffnung ausgesprochen, daß es der Stiftung „in nicht zu ferner Zeit“ gelingen möge, sich mehr und mehr Freunde und Gönner in der Berliner Geschäftswelt zu erwerben, um die Zahl der Stellen vermehren zu können. Im letzten Jahre ist der Stiftung außer kleineren Spenden im Betrage von zusammen 1050 M. ein Kapital von 10 000 M. zugewendet worden, aus dessen Zinsen eine halbe Stelle unterhalten werden kann. Im ganzen ist aber auch hier die Privatwohlthätigkeit bisher, wie zu erwarten war, nur mit geringem Erfolge angeregt worden, obwohl man sich besonders an die wohlhabenden Firmen Berlins gewendet und darauf hingewiesen hat, daß es sich bei der Unterstüzung dieser Anstalt lediglich darum handelt, in Roth gerathene verarmte Standesgenossen zu unterstützen und denselben einen sorgenfreien Lebensabend zu gestalten.“

Die fortschreitende Ermäßigung der Fahrpreise im Omnibusverkehr, welche durch die allgemeine Konkurrenz der Berliner Verkehrsvereinigungen veranlaßt wird, bereitet der Direktion der Allgemeinen Berliner Omnibus-Gesellschaft große Schmerzen, welchen sie in dem erstatteten Jahresberichte leidvollen Ausdruck giebt. Unter den verschiedenen Ursachen, welche angeführt werden, die Betriebsergebnisse ungünstig beeinflusst, das heißt die Betriebseinnahmen vermindert zu haben, wird den Fahrpreisermäßigungen eine hervorragende Bedeutung beigegeben. Diefelben sollen nach der aufgestellten Berechnung für sich allein einen Einnahmeausfall von 92 477 M. bewirken haben. Den niedrigen Futterpreisen in erster Linie wird es auf der anderen Seite beigegeben, daß überhaupt Ueberschüsse erzielt werden konnten, jedoch wird darauf hingewiesen, daß, sofern die Futterpreise wieder die frühere Höhe erreichen sollten, bei der fortdauernden Verbilligung der Fahrpreise auf Ueberschüsse kaum noch gerechnet werden könnte. Die großen Hoffnungen, welche vielerseits auf den elektrischen Betrieb gesetzt sind, werden von der Direktion keineswegs geteilt. Dennoch habe auch sie nicht geögert, auch ihrerseits auf Ertrag der Pferdekräfte durch Akkumulatorenbetrieb gerichtete Versuche anzustellen, wie sie sich überhaupt verpflichtet fühlte, allen Neuerungen im Verkehrswesen ihre Aufmerksamkeit zuzuwenden. Davon hat indessen das Publikum im allgemeinen herzlich wenig verspürt. So gran in grau der Bericht auch gehalten und geeignet ist, die armen Aktionäre mit banger Sorge um ihre Zukunft zu erfüllen, so scheint es doch noch nicht gar so schlecht mit der Allgemeinen Berliner Omnibus-Gesellschaft bestellt zu sein, denn die Direktion ist immerhin noch in der angenehmen Lage, die Zahlung einer Dividende von 10 pCt. in Vorschlag bringen zu können. Allerdings sind das 2 pCt. weniger, als der sonst übliche Satz auszumachen pflegte, allein diese kleine Konzession an das Publikum werden die Aktionäre wohl verschmerzen können. Wir meinen, die Direktion kann getrost in der Verbilligung der Fahrpreise fortfahren, die Allgemeine Berliner Omnibus-Gesellschaft wird immer noch nicht schlecht dabei fahren und sicher nicht darüber zu Grunde gehen.

Der deutsche Thierschutzverein hielt am Montag Abend im Bürgerlaube des Rathhauses seine Jahresversammlung ab. Die Mitgliedszahl betragt z. B. 5225. Um Thierquälereien im Straßenverkehr erfolgreicher entgegenzutreten zu können, ist die Zahl der Straßen-Inspektoren von einem auf zwei erhöht worden. Strafvorgängen wegen Thierquälereien sind 1233, 424 mehr wie im Vorjahre, eingegangen. Der öffentliche Hundesang ist vom Verein in Berlin und in verschiedenen Vororten angefaßt worden, neu hinzugekommen ist Spandau. Eingefangen sind 8644 Hunde, über 7000 sind eingetührt worden. Im April des Vereins wurden 4554 Thiere aufgenommen, davon waren 373 zur Tödtung bestimmt, 241 wurden zur Pflege übergeben, 629 geschenkt, 458 waren Findlinge, aus dem Depot kamen 2559 Thiere. Für die Barkanlagen Berlins sind fünf Vogelstutapparate beschafft worden. Eingetragen wurden ferner zwei Geflügelwerke, um den Kleinfuhrwerks-Besitzern die Vortheile der Benutzung der Esel vor Augen zu führen; um einen Esel in gutem Futterstand zu erhalten, sollen 30 Pf. genügen. Erfolgreich ist der Verein eingestritten gegen das von Offizieren geübte Tanbenschießen in Charlottenburg und damit ist dieser thierquälende Sport angeblich gänzlich in Deutschland beseitigt. (Auch in Mecklenburg?) Dem Ersuchen des Vereins auf Ueberwachung der Preisfische ist entsprochen worden, dagegen hat das Polizeipräsidium es abgelehnt, zu verordnen, daß jeder Wagen eine Bremse haben müsse.

Eine ganz heillose Angst müssen die Interessenten der göttlichen Weltordnung davor haben, daß die Sozialdemokratie sich noch mehr, als bereits geschehen, unter den Eisenbahnarbeitern ausbreite. Man laßt neuerdings keine Gelegenheit vorübergehen, um die Armen heranzuschleppen, die in Reide des Herrn Theiles für 2 Mark 30 Pf. tagtäglich ihr Leben einsehen muß, und predigt ihr dann von der Bosheit und Niedertucht des Strampelpeters Ansturz. So eine Festivität schließt dann gewöhnlich mit dem Arrangement, daß die Anwesenden ihre patriotische Gesinnung feierlich nach Schema F bekunden. Manchmal treiben die Raaserhaltenden Arrangere es allerdings zu

plump. So war am Montag Abend der Kroll'sche Saal einem Professor Dr. Kirchner zur Verfügung gestellt worden, damit er die Aufgabe löste, den Eisenbahnmännern über — den Fürsten Bismarck zu predigen. Geleitet war die Versammlung von dem hiesigen Bezirksverein des Deutschen Eisenbahnbeamten-Vereins. In ordnungsbringenden Wältern findet sich der Hergang wie folgt geschildert: „Nachdem der Vortragende den Lebensgang des Reichskanzlers geschildert hatte, leitete der Vereinsvorsitzende den gleichfalls erschienenen Abgeordneten Exzellenz v. Levechow, Jehn, v. Langen, v. Standy, Jacobskötter, Sachs, v. d. Gröben, Vrenstein und v. Herder für ihr Erscheinen den Dank ab und bat sie, bei der Glatsberhaltung die berechtigten Wünsche der Eisenbahn-Beamten und Arbeiter zu erfüllen. Diese würden in ihrer großen Mehrzahl trotz aller Behauptungen von gegnerischer Seite stets ihre königstreue Gesinnung bewahren und sich niemals der sozialdemokratischen Partei anschließen. Exzellenz von Levechow erwiderte, durch solche Gesinnung werde sich der Verein die Anerkennung des Vaterlandes, und dasselbe werde ihm dieses Verdienst lohnen. Großen Beifall fanden aber die Worte des Freiherrn von Langen, welcher erklärte, daß auch der konservative Partei das Wohl der Arbeitererschaft am Herzen liege, und daß er als einer der so arg verkümmerten preussischen Junker jedem ehrlich und national gesinnuten Arbeiter mit Freuden die schwierige Faust drückte! Hieraus sprachen noch Tischler Meier im Namen der Eisenbahnarbeiter, sowie ferner Abgeordneter Jacobskötter und der Vorsitzende des konservativen Wahlvereins, Herr von dem Wolkenberg-Schirp, der zum Abschluß an die Berliner Bürgervereine aufforderte. Schließlich wurde an den Fürsten Bismarck folgendes Telegramm abgefaßt: „Die heute Abend bei Kroll zum Vereinsvortrage über „Fürst Bismarck“ versammelten Eisenbahnbeamten und Arbeiter bringen Exzer Durchlaucht, dem ersten Zugführer des deutschen Reichs-Einheitszuges, die aufrichtigsten Huldigungen dar. Eingedenk der Worte Exzer Durchlaucht: „Die Eisenbahnen, ihre Leiter und Beamten, sind die eigentlichen Träger der Kultur,“ bekennen wir erneut wieder: Volldampf voraus mit unserem Kaiser für friedliche Arbeit und gegen den Umsturz!“

Die armen Eisenbahnarbeiter sind ja völlig ohnmächtig zum Protest gegen derartige Veranstaltungen. Mit welchem Ingrimm mag der denkende Theil unter ihnen es aber empfinden, daß der konservativen Partei Freundschaft gebuehelt werden mußte, der Partei, die erst vor einigen Tagen bei der Postdebatte im Reichstage die Unterbeamten glanzvoll fallen ließ. Und mit welchem bittigen Spott mag mancher gar erst das Telegramm an den Arbeiterfreund Bismarck im Stillen glosfieren. Ein Trost bleibt es für die Eisenbahnarbeiter, daß sie wenigstens bei der diesjährigen Reichstagswahl ihrer wahren Meinung Ausdruck geben können.

Was es mit der freisinnigen Wahl- und Diskussionsfreiheit auf sich hat, ist von uns Sozialdemokraten schon sehr häufig bei unterschiedlichen Gelegenheiten empfunden worden. Die Herren, die sich als die einzigen Vertreter der bürgerlichen Freiheit aufspielen, sind in diesem Punkte um nichts besser als der erste beste Amtsverweiser staatsführender Kourleur. Eine drastische Probe von der Freiheit, die die „Unentwegten“ meinen, fördert der gewis unverdächtige „Berl. Börse-Courier“ ans Tageslicht. Das liberale Blatt bringt folgenden Versammlungsbericht:

„Einen eigenthümlichen Verlauf nahm eine Wählerversammlung, die zur Aufstellung eines Kandidaten für die durch den Tod des Stadtverordneten Wohlgenuth notwendig gewordenen Neuwahl am Sonntag Vormittag nach der Victoria-Bräuererei einberufen wurde. Der Saal war schon vor Beginn dicht gefüllt, doch bestand ein sehr großer Theil der Anwesenden aus Nichtwählern. Die vier vorgeschlagenen Kandidaten wurden gehört und dann wurden wieder alles Herkommen sowohl die Diskussion wie auch jede Befragung der Kandidaten ausgeschlossen! Nachdem auf diese Weise unmöglich gemacht worden war, das für und Wider bezüglich der in Frage stehenden Persönlichkeiten öffentlich zu erörtern, wurde der Bezirksvorsteher Hegmann durch Mehrheit als Kandidat proklamirt. Daß der Vorsitzende Dr. Paul gar nicht in der Lage war, festzustellen, wieviel Nicht-Wahlberechtigte sich an der traglichen Abstimmung beteiligten, ist für jeden, der der Versammlung beigewohnt, einleuchtend. Eine Anzahl amvender Stadtverordneter und Abgeordneter legten sofort Verwahrung gegen diese Art des Vorgehens ein und verließen vor der Abstimmung mit einer großen Zahl von Wählern unter Protest den Saal.“

Beiläufig führen die freisinnigen Veranstalter für ihr Verhalten den Einwand ins Feld, der bei ihnen angefaßt einer sozialdemokratischen Gegnerschaft immer eine beträchtliche Rolle spielt, nämlich, daß der Terrorismus der Gegner die Mundtodtmachung gebiete.

Das Konsortium der südlichen Vorortbahnen hat sich mit den von der städtischen Verkehrsdeputation gestellten Bedingungen bezüglich des Anschlusses des Straßenbahn-Vertrages, wie er den Gemeindebehörden zur Annahme empfohlen werden soll, einverstanden erklärt.

Rohheitsvergehen. Ein blutiges Duell hat am letzten Donnerstag Vormittag im Grunewald nahe der Saubucht stattgefunden. Die beiden Kontrahenten waren, wie die „Charlottenburger Bürger-Zeitung“ erfährt, ein Berliner Student und ein Engländer, Namens Gane. Der Zweikampf, welcher mit krummen Säbeln ausgefochten wurde, endete mit einer Verwundung des Engländers am Oberarm. Die Veranlassung zu der Herausforderung soll auf eine Meinungsverschiedenheit über die Kapelle eines Restaurants unter den Linden zurückzuführen sein. Eine hiesige Zeitungs-Korrespondenz bewert hierzu: Von diesem Vorfall ist weder der Kriminalpolizei in Charlottenburg, noch der Oberstaatsanwaltschaft in Grunewald etwas bekannt, dennoch wird diese Nachricht von Personen, die in der Nähe des angeblichen Thortes wohnen, bestätigt. — An der Ecke der Stralsunder und Jahnstraße wurde Montag Abend ein Mann von den Eisenbahnarbeitern Karl Sacznowski und Karl Blum nach Angabe von Zeugen ohne jede Veranlassung erwürgelt. Als der Steiniger Paul Fuhrmann dem Manne zu Hilfe kommen wollte, wurde er von den beiden Schlägern angegriffen und auf der Flucht durch Messerschnitte so schwer verletzt, daß er an der Ecke der Ufedomstraße infamensbrach. Nach Aulegung eines Verbandes wurde er in das Lazarus-Krankenhaus übergeführt. Die Thäter wurden später in der Wohnung des Sacznowski verhaftet.

Ueber die Absperrrung am Sonntag schreibt uns ein Leser: „Daß wir im „Zeichen des Krebzes“ leben, hatte ich Gelegenheit, am Sonntag zu beobachten. Ich hatte einen Gang zu befragen, der mich in die Nähe des Alexander-Platzes führte und gedachte die Gelegenheit zu benützen, einen Freund in der Georgenkirchstraße zu besuchen. Unbeglückt kam ich gegen 10 Uhr in die Preylanderstraße, um über den Georgenkirchplatz zu gehen, wurde aber von Schutzmännern zurückgewiesen. Ich ging dann nach dem Alexanderplatz, um durch die Landsbergerstraße zu kommen. Das war aber sowohl der Menschenansammlung als auch der Postenkette der Schutzleute wegen nicht möglich, so daß ich zuletzt weder rück- noch vorwärts konnte. Und der Grund der Absperrrung: „Einweihung der Georgenkirche und Anwesenheit des Kaisers.“ Ich mußte also, in Drangsal fürchterlicher Enge eingekerkert, warten, bis der Zug mit Konzerteitern vorn und hinten vorbei war. Auch dann war es mir noch nicht möglich, die Landsbergerstraße zu passiren. Ich hielt mich bis 1/2 12 Uhr in einem Zosel am Alexanderplatz auf und versuchte wiederum mein Heil, wurde zuerst auf meine Anfrage von einem Schutzmänn nach dem Kirchplatz gewiesen, von einem anderen jedoch sofort wieder zurückgeschickt, der mir auf meine Intervention den Rath gab, durch die Katharinenstraße zu gehen, was mir denn auch unter mancherlei Bewachungen gelang. Hierbei zählte ich in der Landsbergerstraße sage und schreibe 21 Pferdeabwagener der verschiedensten Linien, die dort halten mußten. Daß der Fahrverkehr für andere Fuhrwerke ebenfalls gesperrt war, bedarf wohl keiner Erwähnung, da zu gausen der Pferdebahn immer noch zu allererst eine Ausnahme gemacht wird.“

**Von der Maschinenarbeit im Berliner Straßeneinigungs-**  
wesen. Im Jahre 1896/97 standen der städtischen Straßeneinigungs-  
Verwaltung 61 Rehrmaschinen zur Verfügung, von denen 50  
im Betriebe, 11 in der Reserve waren. Die Maschinen gehören der  
Stadt, aber ihre Bedienung, Bedienung und Unterhaltung (einschl.  
größere Reparaturen, aber ausschl. Walzen) ist einem Unter-  
nehmer übertragen. Dieser erhielt dafür im letzten Jahre  
112 237 M., pro Maschine täglich 6.15 M. Die Walzen, die durch-  
schnittlich knapp 4 Wochen — im letzten Jahre nur 24 Tage — reichen,  
werden von der Verwaltung geliefert. Außerdem werden alljährlich  
8—5 der reparaturbedürftigsten Maschinen auf Kosten der Verwaltung  
gründlich repariert, wofür jährlich etwa 1500 M. im Etat bereit-  
gestellt werden. Zu diesen gründlichen Reparaturen, die wesentlich  
zur längeren Erhaltung der Maschinen beitragen, bemerkt der letzte  
Bericht der Straßeneinigungs-Deputation: „Erläuternd ist es, daß  
die Unternehmer trotz aller kontraktlichen Festsetzungen immer nur  
schwer an die Reparaturen, welche zuweilen erhebliche Kosten ver-  
ursachen, herangehen, wenn nicht besonderer Zwang dahintersteht,  
wobei es allerdings niemals fehlen darf.“ Es wird  
immer behauptet, daß die Stadt in der Regel erhebliche Vorteile  
davon hat, wenn sie einen Teil ihrer Arbeiten an  
Privatunternehmer überträgt. Man weiß, daß die Privat-  
unternehmer meist nur deshalb so „billige“ Preise machen  
und einander unterbieten, weil sie sich hinterher durch Zahlung  
niedrigerer Löhne an den Arbeitern schadlos halten  
können. Der vorliegende Fall aber zeigt, daß die weniger an  
ihre kontraktlichen Verpflichtungen als an ihren Profit denkenden  
Privatunternehmer gelegentlich auch für die städtische Verwaltung  
ihre Unargenommenheiten haben können. — Der Wert der Rehr-  
maschinen-Arbeit ist ein bedeutender. Die Leistung hängt  
natürlich von der Beschaffenheit des Pflasters ab; die  
größte ist pro Maschine und Stunde etwa 8500 Quadrat-  
meter, die geringste 5500 Quadratmeter, die durchschnittliche  
6400 Quadratmeter. Der Bericht hebt hervor, daß dieselbe Arbeit  
durch Straßeneiniger ausgeführt, etwa das Sechsfache kosten würde.  
Außer den Rehrmaschinen besitzt die Verwaltung noch einige Kram-  
maschinen, mit denen früher chauffierte Straßen abgesculamt  
wurden. Sie werden heute manchmal noch bei leichten Schneefällen  
benutzt. Sogenannte Schneepflüge, wie sie in anderen Städten  
benutzt werden, gibt es in Berlin nicht. Der Bericht bemerkt dazu,  
bei der Schneefällung sei die Handarbeit nur wenig theurer als die  
Maschinenarbeit. In nicht sehr schneereichen Wintern seien die Schneef-  
pflüge überflüssige Geräthe, die erhebliche Unter-  
haltungskosten verursachen, auch wenn sie nicht im Betriebe  
sind. Vorwiegend aus diesem Grunde wird die Schneef-  
beseitigung in Berlin nach wie vor fast aus-  
schließlich durch Handarbeit bewirkt. Bei kleineren  
Schneefällen wird die Mehrarbeit den ständigen Straßeneinigungs-  
Arbeitern mit aufgegeben, bei größeren werden die sogenannten  
Hilfsarbeiter eingestellt. Diese bieten der Verwaltung den  
Vortheil, daß sie nur vorübergehend beschäftigt zu werden brauchen  
und jederzeit, sobald sie überflüssig werden, entlassen werden können.  
Es hat also seinen Haken, wenn hier die Handarbeit sich der  
Maschinenarbeit gegenüber behauptet hat.

**Der Chef der Berliner Kriminalpolizei, Graf Pädler,**  
beabsichtigt bereits am 1. April d. J. in den Ruhestand zu treten.  
Graf Pädler gehörte der Berliner Polizei seit dem Jahre 1878 an.  
Führt er sich altersmäßig, um die nutzlose „Reform“ der Sittenpolizei  
mit erleben zu können?

**Gebildete Leute.** Vor einigen Abenden gegen 9 Uhr kamen  
die Leipzigerstraße zwei Herren hinaufflanirt. Im Fluß des Hauses  
Nr. 119/20 machten sie Halt, unterhielten sich und sahen zum Zeit-  
weil die Portierglocke in Bewegung. Als der Hauswart die  
Leute nach ihrem Begehre fragte, lachten sie ihm ob des gelungenen  
Spieles ins Gesicht. Dies Benehmen veranlaßte den Portier, einen  
Schwamm herbeizuholen. Kaum hatte der Beamte Miene gemacht,  
die Betrüder des Unfugs festzustellen, als sie sich beide in Postur  
legten und angaben, daß sie Reservelieutenants seien; des weiteren  
bekannte sich der eine als ein Gerichtsassessor S. und der andere  
als Gerichtreferendarius C. aus der Steglitzerstraße. Der Portier  
war ob der Bildung dieser Männer nicht wenig erstaunt.

**Vor Hunger bewußtlos zusammengebrochen** ist vorgestern Abend  
eine anscheinend gekleidete Frau in der Nähe der Frankfurter Linden.  
Die Unglückliche gab, wie die „Deutsche Tageszeitung“ meldet, an,  
aus Sommerfeld nach Berlin gekommen zu sein, um ihren hier in  
Arbeit stehenden Sohn aufzusuchen. Der Sohn hatte jedoch seit  
einigen Tagen, ohne ihr davon Nachricht zu geben, die Reichshaupt-  
stadt verlassen, um sich außerhalb um Beschäftigung umzusehen. Die  
arme Frau, die nur wenige Jebrpennige mitgenommen hatte, war  
seit zwei Tagen ohne jede Nahrung.

**Auf dem Fluß des Hauses Schönhauser-Allee 30** wurde vorgestern  
Abend die Leiche eines anscheinend gleich nach der Geburt erstickten  
Kindes aufgefunden.

**Die 22 Jahre alte, unverehelichte Agathe Pieper,** welche  
in der Weinhandlung von Ernst Witte, Galvinsstr. 21, als Aufwärterin  
thätig ist, behauptet, wie wir gestern berichteten, daß sie, als sie  
Montag Vormittag in einem neben dem Laden gelegenen Zimmer  
Fische aus dem Ofen herausgenommen habe, von einem ihr un-  
bekannten Manne durch einen Schlag gegen den Hinterkopf besinnungs-  
los gemacht worden sei. Von dem Thäter könne sie keine Be-  
schreibung machen. Es ist, wie die Polizeibehörde meint, nicht un-  
wahrscheinlich, daß das hochgradig hysterische Mädchen den ganzen  
Vorgang sich einbildet. Auch der Arzt hält es nicht für aus-  
geschlossen, daß das Ganze eine Vision sei. Die Mutter des Mäd-  
chens giebt zu, daß die Tochter bereits mehrmals an ähnlichen Ein-  
bildungen gelitten hat. Das Mädchen hat auch angegeben, daß  
der Mann 2 M. aus der Labentasse und eine Flasche Cognac sich  
angeeignet habe, doch auch dies läßt sich nicht mit Bestimmtheit nach-  
weisen.

**Ein dummer Jugendstreich.** Aus „Lieber“ ist der erst  
14 Jahre alte Kellnerlehrling Hugo P. aus der Nudersdorferstr. 25  
zum Diebe geworden. Der Knabe war ein fleißiger Schüler, den  
seine seit 6 Jahren verwitwete Mutter — der Vater war Kauf-  
mann — unter vielen Entbehnungen soweit gebracht hatte, daß sie  
ihm im vorigen Sommer als Bekleidung in das Hotel Hohenzollern in  
der Behrensstraße bringen konnte. Hier hatte der Junge  
sich mehrere Stücke angeeignet, mit denen er Geld-  
auswendungen machte, die er aus eigenen Mitteln nicht  
bestreiten konnte. Er wußte, daß sein Mitlehrling H. eine  
goldene Uhr mit goldener Kette besaß. Um sich diese an-  
zueignen, öffnete er mit einem Nachschlüssel den Raum, wo H. die  
Wertsachen aufbewahrt, nahm Uhr und Kette und verschwand  
damit, bevor der Diebstahl bemerkt wurde. Seitdem ist er weder  
bei seiner Mutter, noch sonstwo gesehen worden. Die Mutter und  
die Schwester des jungen Täugenthums sind durch den Vorfall auf  
das Krankenlager gerathen worden.

**Todigefahren** wurde die 7 Jahre alte Tochter Emma des Ar-  
beiters Urbahn aus der Svinenmünderstraße 60, welche am Montag  
Abend um 7 1/2 Uhr nahe bei der elterlichen Wohnung vor dem  
Hause Nr. 70 unter einen Kollwagen gerieth. Hinzuwühlende Personen  
nahmen das schwerverletzte Kind auf und brachten es dem Vater.  
Dort ist es allbald den innerlichen Verwundungen erlegen. Die  
Leiche ist zwecks Feststellung der Schuldfrage von der Staatsanwalt-  
schaft beschlagnahmt worden.

**Zeuge gesucht.** Der Drochsentaler Rael Windiger, Wein-  
straße 20 c, bittet den Hausdiener, der in der Nacht zum Sonntag  
Zeuge des von uns in letzter Nummer geschilderten Vorganges in  
der Beuthstraße war, sich in seiner Wohnung zu melden.

**Durch ein durchgehendes Schlächtersfahrzeug** aus  
Friedrichsfelde ist gestern Morgen um 6 1/2 Uhr ein Arbeiter aus der  
Frenzlaner Allee erheblich verletzt worden. Das Pferd, durch die

Stadtbahn scheu geworden, raste mit dem Wagen aus der König-  
straße über den Alexanderplatz, verkehrte den über die Knöchel ge-  
fahrenen Arbeiter vorher durch Instruktion, rannte bei dem Polizei-  
präsidium mit einem Postwagen zusammen und dann weiter nach  
der Jannowbrücke zu. Der Verwundete wurde auf der Sanitäts-  
wache in der Alten Säulenstraße verbunden und dann nach seiner  
Wohnung gebracht.

**Wegen Arbeitslosigkeit** ist der 45 Jahre alte Arbeiter August  
Wagner aus der Thurnstr. 48 ein Trunkenbold und ein Selbst-  
mörder geworden. Im trunkenen Zustande hat er am Montag  
Abend Hand an sich gelegt; sein Sohn fand ihn um 7 1/2 Uhr als  
Leiche an der Küchentür hängend auf. Wagner hinterläßt außer  
der Frau 4 Kinder, deren jüngstes 6 Jahre zählt.

**Feuerbericht.** Montag Abend 11 Uhr brach Sebastian-  
straße 8 in einer Fächerfabrik ein Schadensfeuer aus, das die  
Wehr längere Zeit beschäftigte und beträchtlichen Schaden ver-  
ursachte. Dienstag früh 12 1/2 Uhr mußte Louise-Alex 18 in  
einer Tischlerei ein kleiner Brand abgeblüht werden. Kurz darauf  
gingen Greifswalderstraße 87 Holzmöbel in Flammen auf,  
wobei auch der Fußboden und die Dede stark in Mitleidenschaft ge-  
zogen wurde. Um 10 1/2 Uhr erfolgte Alarm nach Französischer-  
straße 50. Hier war durch austretendes Gas ein Brand ent-  
standen, der aber durch rechtzeitiges Eingreifen der Feuerwehr  
gedämpft wurde, bevor er große Ausdehnung erlangte. Ein Bodenbrand  
rief die Wehr nachmittags 4 1/2 Uhr nach Oranienstraße 1.  
Verschiedene Bodenverschlöße mit Inhalt wurden hier eingeküchert.

#### Aus den Nachbarorten.

**Elektrischen Strom und Kanalisation** wird demnächst auch  
unser Nachbarort Treptow erhalten. Die Gemeindevertretung hat  
eine Kommission eingesetzt, welche mit der Direktion der All-  
gemeinen Elektrizitätsgesellschaft in Unterhandlungen getreten ist.  
Der neue Bebauungsplan für Treptow ist jetzt von der Regierung  
genehmigt worden.

**Eine sehr wichtige Nachricht für den Berliner Schiffsahrts-  
verkehr** bringt eine Sonderausgabe des Potsdamer Amtsblatts.  
Der Regierungspräsident macht bekannt, daß die über die Havel  
gehende Eisenbahnbrücke der Behrter Bahn in Spandau wegen noth-  
wendiger Reparatur der beiden Joche bis zum 1. März für die  
Schiffsahrt gesperrt wird. Damit ist der Wasserweg von Ham-  
burg nach Berlin unterbrochen. Nachdem der nach Ostern  
fahrende Kanalweg durch Reparaturen schon während des ganzen  
Winters bis zum 1. März hin gesperrt bleibt, darf man sagen, daß  
die Dauer des Wasserverkehrs gar nicht mehr von der Wüde der  
Witterung, sondern von der mehr oder weniger großen Unvollkommen-  
heit der Wasserbauten abhängt. Die gegenwärtige Sperrung bei  
Spandau wird vielen Interessenten ebenso unerwartet, wie förend  
für ihr Geschäft kommen.

**Im Verfolgungswahn** hat sich am Montag Nachmittags der  
34 Jahre alte Möbelpolierer Adolf Selbmann aus der Pappel-  
Allee 6 vor die Maschine eines Eisenbahnzuges geworfen. Bis zum  
Sonabend hatte er in einer Tischlerei gearbeitet, als plötzlich der  
Verfolgungswahn über ihn ausbrach. Während sein Bruder am  
Sonntag einen Arzt rufen wollte, entließ er und war nicht mehr zu  
finden. Am Montag warf er sich bei Rathshof vor einen Zug  
und wurde zermalmt. Die verstümmelte Leiche wurde nach Friedrichs-  
felde gebracht.

#### Gerichts-Beitrag.

**Die Zahl der Kölner Schuhmannsprozesse** ist am Montag  
durch einen neuen, überaus schweren Fall wiederum erhöht worden,  
der vor der Strafkammer seine Sühne fand. Der 25jährige Schuh-  
mann Franz Louis Schubert war angeklagt, in der Nacht vom 18  
bis 19. Juni v. J. den Bureauassistenten Johann Fuhwinkel vorfä-  
hlich körperlich mißhandelt und die Strafe verurtheilt zu haben.  
Der Bureau-Assistent, welcher letzteres bemerkt hatte, machte den  
Schuhmann in höflicher Weise darauf aufmerksam, daß sein Ver-  
halten nicht anständig erscheine, worauf der Angeklagte er-  
widerte: „Sie haben wohl lauge keine Waden-  
gähne geschluckt?“ Weiter behauptete der Mißhandelte:  
„Jugendlich schlug mich der Schuhmann mit der Faust unter  
das Kinn, so daß ich zu Boden stürzte. Ich erhob mich,  
und sagte nur: „Was haben Sie für eine Nummer? Da schlug er  
mich wieder mit der Faust unter das Kinn, daß ich  
abermals hinfiel.“ Der Junge Ohle, der sich bei mir befand, rief  
jezt: „Das ist aber doch kein Anstand, daß Sie den Mann so be-  
handeln,“ worauf der Schuhmann mit den Worten: „Wollen Sie  
auch noch was haben?“ den Jungen Ohle mit der  
Faust aufs Auge schlug, den Säbel zog, ihn gegen dessen  
Weib stülte und schrie: „Ich steche Sie tod!“ Dann kam  
der Schuhmann wieder und schlug mir mit dem Säbel über  
den Kopf. Ich stürzte halb besinnungslos zur Erde, über  
das Einfassungsgitter der Anlagebeete, und nun hieb  
der Schuhmann mit dem Säbel fortwährend auf  
mich ein. Er schlug mich mehr als zehnmal.“ Auf dem Wege  
zum Polizeikommissariat in der Holandstraße, nach dem Fuh-  
winkel hierauf transportirt wurde, mußte Herr Fuhwinkel wieder-  
holt weitere Mißhandlungen über sich ergehen lassen. Auf dem  
Kommissariat zog Schuhmann Schubert nochmals den Säbel und  
drang auf den Beschäftigten ein, wurde aber durch das Eingreifen  
eines anderen Schuhmannes an weiteren Exzessen verhindert.  
Der Mißhandelte, dessen Aussagen von mehreren Zeugen be-  
stätigt werden, war infolge der erhaltenen Verletzungen acht Tage  
dienstunfähig. Der Staatsanwalt bezeichnete das Verhalten des  
disziplinarisch häufig vorbestraften Schuhmannes als empörend und  
brutal und beantragte eine Gefängnißstrafe von einem Jahr und  
sechs Monaten. Das Urtheil lautete unter sofortiger Verhaftung des  
rohen Vömmels auf ein Jahr Gefängniß.

**Die Wirkungslosigkeit des Wuchergesetzes** zeigte sich  
in einer Verhandlung, welche vor der zweiten Strafkammer am Land-  
gericht II stattfand. Der Rentier von Stubenrauch besitzt in Lichter-  
felde eine Villa. Seine Frau hatte ihm circa 60 000 M. und eine  
jährliche Rente von 1800 M. in die Ehe gebracht. Er ließ sich  
aber in Grund- und Pauspulationen ein und stürzte sich damit  
in mancherlei Zahlungsschwierigkeiten. Anfang Juli vorigen  
Jahres brauchte er nothwendig Geld, mehrere Wechsel waren  
fällig und andere Zahlungen waren zu leisten, wenn  
der Kredit nicht erschüttert werden sollte. Da es einem Agenten  
nicht gelang, Geld aus Akzept zu beschaffen, so wandte sich Herr  
v. Stubenrauch an die Möbelhändlerin Labaschin in der  
Pothringerstraße, und ersuchte um ein Darlehen von 1000 M.,  
wofür er die Einrichtung seines Salons und eines anderen Zimmers  
als Unterpfand hergab. Frau Labaschin sah sich die Zimmer-  
einrichtungen an, sie erklärte sich mit dem Geschäft einverstanden, sie  
suchte sich die besten Stücke in überreicher Anzahl aus und ließ  
die Sachen nach ihrem Geschäft bringen. Verabredet wurde, daß Herr  
v. St. bis zum 30. August, also während sieben Wochen, das Recht des  
Rückkaufes behalten sollte. Ueber die Höhe der Rückkaufsumme  
wurde nichts vereinbart, da Herr v. St. das ganze nur als ein  
Darlehensgeschäft betrachtete; trotzdem ließ er sich überreden, einen  
Kaufvertrag zu unterzeichnen, da Frau Labaschin erklärte, das sei  
nur der Form halber. Zwei Tage vor dem Verfall wollte  
Herr v. St. der Frau L. 200 M. als Zinsen bringen,  
wobei er versprach, die ganze Summe in den nächsten  
Tagen zu zahlen. Frau L. erklärte aber jezt, sie habe  
kein Darlehen, sondern ein Kaufgeschäft abgeschlossen und wenn  
v. St. die Sachen jezt wieder kaufen wolle, so müsse er  
1400 M. zahlen. Am nächsten Tage erschien Herr v. St. mit einem  
Freunde und bat die Frau, ihm die Sachen mit einer Avance von  
200 M., also für 1200 M., herauszugeben, wurde damit aber nicht  
abgewiesen. Er hat kein Stück von den Sachen wieder bekommen  
können. Auf grund dieses Vorganges wurde gegen Frau Labaschin  
die Anklage wegen Wuchers erhoben. Vor Gericht erklärte die An-  
geklagte, es habe sich nur um ein Kauf- und Rückkaufgeschäft

gehandelt. Sie habe die Sachen einzeln verkauft und  
1400—1500 M. dafür erhalten, obwohl noch einige Stücke  
übrig geblieben seien. Vor allem bestritt sie, daß von einer  
Notlage des v. St. die Rede gewesen sei. Der Gerichtshof fällt  
sein Urtheil dahin, daß, wenn dem Zeugen v. St. darin Glauben  
geschenkt werden dürfe, daß es seiner Meinung nach sich nur um  
ein Darlehensgeschäft gehandelt habe, so sei doch nicht ausreichend  
nachgewiesen, daß derselbe sich in einer ernstlichen Nothlage befinde,  
noch mehr oder weniger der Nothweil, daß die Anklage von der  
Nothlage des Wuchers Kenntnis haben mußte. Da eine Be-  
strafung wegen Wuchers nur bei nachgewiesener Kenntniß der Noth-  
lage eintreten könne, so müsse die Anklage freigesprochen werden.

#### Veranstaltungen.

**Eine Gewerkevereins-Verammlung** aus Anlaß des Pos-  
adowsky'schen Rundschreibens vom Zentralrath der deutschen  
Gewerkevereine einberufen, tagte am Montag im Lokal Königsbau.  
Die Versammlung war sehr gut besucht. Der Referent Dr. Max  
Dirch unterzog die verschiedenen, seit dem Bestehen der Gewerke-  
Ordung von reaktionärer Seite gemachten Versuche, das Koalitions-  
recht der Arbeiter einzuschränken, einer Betrachtung und kam dann  
auf den Posadowsky'schen Erlaß zu sprechen, der eine  
Gefahr für das Koalitionsrecht befürchten lasse, zu deren  
Abwehr alle Arbeiter, welcher Richtung sie auch angehören  
mögen, sich rüsten müssen. Im Reichstage sei bei Ge-  
legenheit der Debatten über den Posadowsky'schen Erlaß viel  
von den Gewerkschaften der Sozialdemokratie, aber nicht von den  
Gewerkevereinen die Rede gewesen. Umsoehr hätten sich daher die  
letzteren verpflichtet gefühlt, durch die gegenwärtige Protest-  
versammlung zu zeigen, daß sie auch noch da sind. Die Gewerke-  
vereine wollen aber nicht nur die Angriffe auf das Koalitionsrecht  
abwehren, sondern dasselbe weiter ausgebaut wissen; darum habe  
der Zentralrath eine Petition an den Reichstag gerichtet, des Inhalts,  
alle aus weiteren Beschränkungen und Erschwerungen des Koalitions-  
rechts der Arbeiter gerichteten Vorlagen oder Anträge abzulehnen,  
und vielmehr dahin zu wirken, daß die bestehenden schweren Hinder-  
nisse des Gebrauches des Koalitionsrechts seitens der Arbeiter baldigt  
beseitigt werden.

Zu der Diskussion nahm unter andern auch der Brauerei-  
direktor Köstke das Wort, der, wie der Vorsitzende bemerkte, als  
einzigster von den eingeladenen Reichs- und Landtagsabgeordneten  
erschieden war. Er verurtheilte mit anerkennenswerther Entschieden-  
heit jede Beschränkung des Koalitionsrechts und bemerkte unter  
Hinweis auf den Bierboycott, auch er habe als Unternehmer schwere  
Kämpfe mit den Arbeitern gehabt, jedoch seien Ausschreitungen  
der Arbeiter nur so wenig vorgekommen, daß es nicht der  
Rede werth sei, am wenigsten aber Strafverschärfungen aus  
solchen Anlässen hergeleitet werden können. Das Vorgehen der  
Regierung gegen das Koalitionsrecht würde die Arbeiter,  
welche noch nicht Sozialdemokraten sind, den letzteren in die Arme  
treiben. Eine andere Wendung nahm die Debatte, als Former  
Wassafski auszuführen suchte, daß er in die Protestbewegung der  
Gewerkevereine ein gewisses Mißtrauen setze, da Mitglieder derselben  
bei dem Formerstreik in Torgelow in Verbindung mit Unternehmern  
und Behörden gegen die Koalitionsfreiheit gewirkt hätten. Als es  
sich im letzten Stadium des Streiks um Anerkennung der Arbeiter-  
organisation handelte und die Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-  
verbandes und des Zentralvereins der Former wegen Zugehörigkeit  
zu diesen Organisationen entlassen wurden, hätten die Gewerke-  
vereine zunächst gemeinsame Sache mit ihnen gemacht, sich dann  
aber von der Verabredung zurückgezogen, nachdem ihre Organisation  
allein von den Unternehmern anerkannt und protegirt worden sei.  
Der Redner ging des weiteren auf die Torgelower Vorgänge ein,  
er wurde dabei von der Versammlung oft durch Zwischenrufe  
unterbrochen und vom Vorsitzenden mehrmals ersucht, sich  
an die Tagesordnung zu halten, als er weiter die  
Torgelower Angelegenheit besprach, entzog ihm der Vor-  
sitzende das Wort. Die nachfolgenden Redner, sämmtlich  
Gewerkevereiner, bezeichneten die Angaben Wassafski's als unwahr,  
und ergingen sich in mehr oder minder scharfen Angriffen gegen die  
sozialdemokratischen Gewerkschaften. Andererseits wurde auch be-  
dauert, daß durch diese Wendung der Debatte ein Mißklang in die  
Protestbewegung gekommen sei. Es handele sich um mehr, als um  
die Differenzen in Torgelow, nämlich um die Abwendung einer  
Gefahr, welche die Rechte der deutschen Arbeiter bedrohe. Die Ver-  
sammlung erklärte sich schließlich mit der Petition einverstanden.

**Eine öffentliche Versammlung** der Fliesenleger tagte am  
Montag im „Englischen Garten“, in der der Vertrauensmann den  
Rechnungsabbericht für die letzten zwei Quartale im Jahre 1897  
erhielt. Dem Bericht schloß sich eine längere Diskussion an, in  
der allgemein das erzielte Resultat, besonders in bezug auf die  
Sammlungen zum Streikfonds, als ein sehr günstiges be-  
zeichnet wurde. Dem Vertrauensmann wurde auf Antrag der  
Revisoren die Entlohnung ertheilt. Als Revisoren wurden Rabe,  
einmündig Meuz wiedergewählt. Als Revisoren wurden Rabe,  
Siedow und Steffen gewählt. Dem Bericht über die Thätigkeit  
der Gewerkschaftskommission gab der bisherige Delegirte Dutk.  
Zu seinem Nachfolger wurde Wegner bestimmt. Des  
weiteren erklärte sich die Versammlung mit dem Kongress  
der losalorganisirten Gewerkschaften, der im März in Berlin  
stattfindet, solidarisch, jedoch soll von der Beschickung desselben  
durch einen Delegirten Abstand genommen werden. Nachdem noch  
zum Anschluß an die Organisation aufgefodert worden war, wurde  
noch bekannt gegeben, daß die Sammelbücher für das verflossene  
Jahr mit einem Schlupfempel vom Vertrauensmann versehen  
werden müssen und daß die Vereinsversammlungen nicht mehr des  
Sonntags nach dem 1. jeden Monats, sondern des Donnerstags  
stattfinden.

**Der Deutsche Holzarbeiter-Verband, Filiale Schöneberg,**  
tagte am 8. Februar. Die e. Charlottenburg hielt einen befallig  
angenen Vortrag über den am 11. April d. J. stattfindenden  
Verbandstag in Göttingen. Er wünscht, daß verschiedene Para-  
graphen des Statuts des Holzarbeiter-Verbandes umgeändert werden  
und daß die Provinz Brandenburg in 4 Agitationsbezirke eingetheilt  
wird und 4 befoidete Beamte angestellt werden. Köster giebt  
hierauf eine kurze Einleitung über den Zweck und Nutzen des Ver-  
bandes und ersucht, die von Bleck vorgeschlagene Aenderung der  
Paragraphen nicht anzunehmen, ebenso ist er auch gegen die Er-  
richtung von Agitationsbezirken, spricht sich aber für die Arbeits-  
losen-Unterstützung an Stelle der Reife-Unterstützung aus. Nach einer  
längeren Diskussion für und wider die Arbeitslosen-Unterstützung  
wird schließlich Bleck als Delegirter zum Verbandstag gewählt.

**Die Zahlstelle I der Bau-, Erd- und Hilfsarbeiter** hielt  
am 6. d. M. eine Versammlung ab, in welcher Genosse Kiesel  
einen Vortrag über die Presse und deren Bedeutung für die Arbeiter  
hielt. Am Schlusse seiner Ausführungen forderte er die Anwesenden  
auf, den „Vorwärts“ zu abonniren. Beschlossen wird, den Mit-  
gliedern der Ortsverwaltung für jede Sitzung 50 Pf. zu bewilligen.  
Der Kassier macht bekannt, daß er für die Mitglieder des Frank-  
furter Bezirks und Friedrichsbergs jeden Sonntag nach dem 15.  
beim Restaurateur W. Scheider, Gubenier Platz 1, von 10—12 Uhr  
vormittags, Beiträge entgegennehme. Die Adresse des ersten Bevoll-  
mächtigten ist R. Deredder, Falkensteinstr. 17.

**In der letzten Versammlung der Zahlstelle III des Ver-  
bandes der Bau- und Hilfsarbeiter** wurde nach einem Vortrag  
Gutsch's die Leitung der Zahlstelle den Kollegen Kroll und  
Glasow als Bevollmächtigte und dem Kollegen Stephan als  
Kassier übertragen. Die Expedition des Organs übernehmen  
Schmidt und Michaelis.

**Charlottenburg.** Die Bau-, Erd- und gewerblichen Hilfs-  
arbeiter nahmen nach einem Vortrage des Genossen Schulz den  
Bericht des Vertrauensmannes entgegen. Nach denselben haben im  
vergangenen Jahre drei Arbeitslosstellungen stattgefunden. Die  
Richtigkeit des Rassenberichts wird von den Revisoren bestätigt und

dem Vertrauensmann Decharge ertheilt. Vertrauensmann ist W. Junger, als Stellvertreter wird Rabbeis, zu Revisoren werden Hoffart, Schildberg und Peiser gewählt. Auf jedem Bau soll ein Deputirter gewählt werden, der von jedem in Afford Stehenden pro Woche 20 Pf., von jedem Lohnarbeiter 10 Pf. einzulassen habe. Für Zeitversäumnis bei Differenzen auf den Bauten soll der Vertrauensmann in Zukunft entschädigt werden.

**Ärztlich.** Am Dienstag, den 1. Februar fand hier im großen Saale des Stadttheaters eine sehr gut besuchte öffentliche Versammlung auch für Frauen statt, bei welcher nach sehr langer Zeit die Polizei die Anwesenheit von Frauen nicht als einen Auflösungsgrund ansah. Der Genosse Peus fand für seine Ausführungen über das Thema: „Die Würde des Weibes im Klassenstaat“ reichen Beifall. Da nach Beendigung des Vortrages die Zeit für den behördlichen Versammlungsschluss bereits herangekommen war, wurde von einer Diskussion Abstand genommen und beschlossen, daß die Einberufer in circa 5-6 Wochen eine weitere ähnliche Versammlung einberufen sollen, in welcher dann über das gebote Thema ausgiebig diskutiert werden soll.

**Arbeiter-Gilddungslehre.** Im Febr. 10. v. 2c. Unterrichtsverfahren (Niederbau der Aufbau der Arbeit, Verbindung vorkemischschaftlicher und anderer Grundfragen) Montag, Dr. Conrad Schmidt; in Nationalökonomie (Die wirtschaftliche Einwirkung; Großbetrieb und Handwerk; Marktformen, Arbeitsmarkt und Arbeitsnachweise; die Aufgaben der Gewerkschaften) Mittwoch, Schützler Richard Calmer; in Geschichte (Hellas und Rom) Freitag, Dr. A. Berthold. — Die Bibliothek ist an diesen Abenden von 8-9 Uhr geöffnet. — Mitgliedsbeitrag monatlich 20 Pf., Kursus (10 Abende) 1 M. pro Fach. Teilnehmer werden aufgenommen in der Schule und in folgenden Stellen: Ostfriesen, Admiralstraße 40a; West, Harnischstr. 22; Schiller, Rosenhaldenstr. 27; Gieseler, Mäckerstraße 7a, u. in den Sonntags-Versammlungen. Vorsitzender: Hans W. Müller jr., 50, Manteuffelstr. 125; Kassierer: G. König, S. Ruffenbühlstr. 20.

**Landmannschaft der Schleswig-Holsteiner.** Heute Abend 8½ Uhr: Zusammenkunft in G. Reichenhofs Hof, Alte Jakobstr. 75.

**Theater- und Vergnügungs-Verein Helgolands.** Sitzung heute Abend 9 Uhr, Alsterstr. 144.

**Zentralverein selbständiger Gewerbetreibender.** Versammlung am Donnerstag, den 10. Februar, abends 8½ Uhr, bei Kautenberg, Oranienstr. 160.

**Wetter-Prognose für Mittwoch, 9. Februar 1898.**  
Bleibt trübe mit geringen Niederschlägen, mäßigen westlichen Winden und wenig veränderter Temperatur.  
Berliner Wetterbureau.

**Witterungsüberblick vom 8. Februar 1898, 8 Uhr morgens.**

Stationen.	Barometer (Höhe in mm reduziert auf Meereshöhe)	Windrichtung	Wolkenhöhe (Stöße 1-12)	Wetter	Temperatur nach Celsius (°C. = 1.8 F.)
Stolmenhude	755	SSW	3	bedeckt	0
Danburg	757	SW	3	bedeckt	1
Berlin	757	SW	3	bedeckt	1
Bielefeld	763	SW	2	halb bedeckt	2
München	763	SW	6	bedeckt	-1
Wien	761	SW	—	Nebel	-3
Paranaba	767	W	2	wolkenlos	-81
Petersburg	763	O	2	bedeckt	-18
Orl	768	SW	2	halb bedeckt	6
Aberdeen	755	SW	3	heiter	3
Paris	—	—	—	—	—

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

**Theater.**  
Mittwoch, den 9. Februar.  
Cvcrnhaus. Bielefeld. Anf. 7½ Uhr.  
Schauspielhaus. Rittler Thiele.  
Anfang 7½ Uhr.  
Deutsches. Johannes. Anfang 7½ Uhr.  
Luffing. Das große Gemd. Anfang 7½ Uhr.  
Berliner. Faust. Anfang 7½ Uhr.  
Reichens. Sein Leid. Anfang 7½ Uhr.  
Neues. Die Schindler. Anfang 7½ Uhr.  
Cicend. Der Piarer von Kirchfeld. Anfang 7½ Uhr.  
Goethe. Ein Sommernachts Traum. Anfang 7½ Uhr.  
Schiller. Kyris - Kyris. Anfang 8 Uhr.  
Unter den Linden. Die Götter der Vernunft. Anfang 7½ Uhr.  
Thalia. Das neue Gedicht. Anfang 7½ Uhr.  
Central. Die Jugendsalle. Anfang 7½ Uhr.  
Luiten. Trüben. Anfang 8 Uhr.  
Friedrich. Wilhelmshildisches. Die kleinen Bogabunden. Anfang 8 Uhr.  
Welle. Alliance. Pränken Odne. Hierauf: Die Water. Anfang 8 Uhr.  
Alexanderplatz. Verlorene Mädchen. Anfang 8 Uhr.  
American. Spezialitäten. Anfang 7½ Uhr.  
Nollis. Spezialitäten. Anf. 7½ Uhr.  
Vollage. Panoptikum. Wiener Tanz- und Operetten-Gesellschaft. Reichshallen. Spezialitäten. Anfang 7½ Uhr.  
Hrania. Taubenstraße 48-49. Naturfahnd. Ausstellung v. 10 Uhr vormittags ab. Abends 8 Uhr Wissenschaftl. Theater.  
Jubalisenstraße 57/62. Täglich (außer Sonntag und Mittwoch) abends 8 Uhr: Wissenschaftliche Vorträge.  
Fecn-Palast. Spezialitäten.  
Schiller-Theater (Wallner-Theater).  
Mittwoch, abends 8 Uhr: (Ausser Abonnement): Kyris-Kyris.  
Donnerstag, abends 8 Uhr: Der Jugendschwärmer. Das Verbrechen hinterm Herd.  
Freitag, abends 8 Uhr: Seimgesunden.

**Urania**  
Taubenstr. 48/49.  
Naturkundliche Ausstellung. Täglich geöffnet von 10 Uhr vormittags ab. Eintritt 50 Pf. Abends 8 Uhr.  
Wissenschaftliches Theater.  
Invalidenstr. No. 57-62.  
Täglich abends 7 Uhr:  
Ausstellungs-Saal und Vorträge.  
Näheres die Tagesanschlüsse.

**Passage-Panopticum.**  
Im Theatersaal:  
**Ben Ali Bey,**  
der orientalische Magler  
und die  
**8 lustigen Wienerinnen.**

**Castan's Panopticum.**  
Friedrichstr. 105.  
**Neu!!**  
Indisch-industrielle Gaukler  
— und —  
Schlangen-Beschwörer.  
**Das BÄRENWEIB.**

**Volks-Theater**  
Im Welt-Restaurant  
97. Dresdener. Straße 97.  
Neu! Großer Beifall! Neu!  
**Die heilige Behme.**  
Operetten - Burleske in 2 Akten von Oskar Victor Koeber. — Ferner:  
**3 Geschwister Montez,**  
Miniatur-Sängerinnen u. Tänzerinnen.  
Zu vorderen Saale:  
**Tyroler Sänger Alois Ebner.**  
Anfang: Sonntag 6 Uhr.  
Wochentag 7½ Uhr.

**Gebrüder Herrfeld's**  
I. Original  
**Budapester Kaufmann's Variété**  
Possen- und Operetten-Theater  
am Stadtbahnhof Alexanderplatz.  
Nur noch bis Dienstag:  
**Familie Kochsalz.**  
Dienstag, den 15. Februar 1898:  
50. und letzte Aufführung.  
Mittwoch, den 16. Februar 1898:  
**Premieren-Abend**  
d. beiden Gebr. Herrfeld'schen  
**Novitäten!**  
Zum ersten Mal:  
„Im Variété“  
und  
Von Drollen der Glücklicheste.  
Hauptrollen:  
Donat und Antos Herrfeld.

**Ostend-Theater.**  
W. Franzfurterstr. 132. Dir. G. Westf.  
**Der Piarer von Kirchfeld.**  
Bollspiel mit Gesang in 5 Akten  
von Auguste Gruber.  
Anfang 8 Uhr.  
Im Tunnel vor und nach der Vorstellung: Frei-Konzert. Anfang 7 Uhr.  
Freitag: Zum ersten Male: **Unter der Polarsonne.** Anschauungsbild mit Gesang und Tanz in 5 Bildern von Sondermann und Bichsel. Gesangsstücke von Jos. Müll. Musik von G. Schüller.

**Quarg's**  
**Vaudeville-Theater**  
Grand-Hotel Alexanderplatz.  
Lezter Monat  
des Gastspiels der I. Orig.-Budap.  
Nur noch kurze Zeit!  
**Das Armband.**  
**Das Wodell.**  
In Vorbereitung:  
**Der Beheme**  
von Malvino Müller.  
**Wilde Jagd**  
von L. Haskel.  
Avs! Sonnabend, 12. Februar,  
bleibt das Vaudeville-Theater  
geschlossen. Dafür Gastspiel im  
Reichshallen-Theater.

**Maehr's Theater**  
Oranien-Strasse 24.  
Täglich:  
**Theater u. Spezialitäten-Vorstellung.**  
Neu! Ter liebe Cstet. Neu!  
Schwant.  
Der  
gerade Weg. Neu!  
Schwant.  
Anfang: Sonntag 8 Uhr.  
Wochentag 6 Uhr.  
Preise der Plätze wie gewöhnlich.  
In Vorbereitung:  
**Die Nadel- und Radelmadel.**  
Bollspiel mit Gesang  
von Eugen Freyd. Musik v. Otto Tieko.

**Central-Theater**  
Alte Jakobstr. 30.  
Direktion Richard Schultz.  
Mittwoch, den 9. Februar 1898:  
**Emil Thomas a. G.**  
Am 19. Male:  
**Die Jugendsalle.**  
Burleske Poesie mit Gesang und Tanz mit Benutzung eines franz. Sujets von Jul. Freund und B. Mannsbald. Musik von Jul. Glauddhofer.  
Anfang 7½ Uhr.  
Rosen- und die folgenden Tage:  
**Die Jugendsalle.**

**Apollo-Theater.**  
Friedrichstr. 218. Dir. J. Glück.  
Mlle. Lucy.  
**Miss Berthold. The Milons.**  
Splink-Splink. Mr. Arvey.  
Lizzi Raggs. Olschansky u. Miss Lonnay.  
**La**

**Loie Fuller**  
Les Senotts. Slogwart Centes.  
**Titi Sidney. Grants u. Maud.**  
Gaspard-Neva. Les Satours.  
**Im Zoologischen Garten.**  
Pantomime, angeführt von der **Senotts-Troupe.**  
Kosmografi!  
Kasseneröffnung 6½, Anf. 7½ Uhr.

**Reichshallen-Theater.**  
Leipzigstrasse 77.  
**Brillantes Programm!**  
Grösster Beifall!  
**Professor Ordep's Hande-Circus.**  
Die vorzügl. Kopf-Equilibristen  
An de sieblo The Kanados.  
Die reizenden Soubretten  
**Flora Fleurette**  
und  
**Hella Collier.**  
Die neue Ausstattungspantomime  
**Ein ruhiges Zimmer zu vermieten!**  
(Zum Todilachen!)  
der J. Pawoll-Company.  
**30 Kunst-Kräfte.**  
Anfang 7½ Uhr. Entree 50 Pf.  
Im Reichshallen-Tunnel:  
Konzert und hum. Solos.

**Feen-Palast**  
22 Burgstr. 22.  
Das neue riesengroße  
**Februar-Programm:**  
**Jackson.** Afrodeantropo,  
**Barna.** der Stattenkönig,  
**Thomas.** d. Weiler-Jongleur,  
Remy Boriska, Dahn u. Walde,  
Ting u. Tang, Frid Frid, Cabaret,  
lebende Photographien.  
Um 8½ Uhr: Novität:  
Richard Winkler u. Wilhelm Fröbel  
in der unerschöpflichen Operette  
**Das radelnde Berlin**  
Anfang 7½ Uhr. Sonntag 6 Uhr.  
Entree 30 Pf. bis 1,50 M.

**Alcazar-Theater.**  
Dresdenerstr. 52/53 (Giltz-Passage)  
Hannestraße 42/43.  
Direktion: Richard Winkler.  
Fremdsprachliche Familien-Kabarett.  
**Neu! Am 1. Male: Neu!**  
**Das Blumengretel**  
aus Nieder-Sachsen.  
Poesie mit Gesang und Tanz in 1 Akt.  
Vorher:  
**Durchs Schlüsselloch.**  
Poesie mit Gesang in 1 Akt.  
Instructen  
sämtlicher Kunst-Spezialitäten.  
Anfang: Sonntag 8 Uhr.  
Wochentag 6½ Uhr.  
Entree 30 Pf. Reservirt. Platz 50 Pf.  
Vorzugsplätzen haben Gültigkeit.

**Concerthaus**  
Leipzigstr. No. 48  
Täglich:  
**Hoffmann's Quartett**  
und **Humoristen.**  
Stürmischer Vorherfolg von  
**Wimmel's**  
**Spezialitäten.**  
Lene, Hebe Lene.  
Anfang 8 Uhr. Sonntag 7 Uhr.

**W. Noack's Theater**  
Brunnen-Strasse 16.  
Jeden Sonntag, Dienstag und  
Donnerstag:  
**Theater-Vorstellung.**  
**Ihre Familie.**  
Bollspiel mit Gesang in 3 Akten von  
Einde und Engels.  
Musik von Richard Schell.  
Nach der Vorstellung:  
**Tanzkränzchen.**

**Fachverein der Holz- u. Bretterträger**  
Berlins und Umgegend.  
Am Sonntag, den 13. Februar, vormittags 10½ Uhr,  
bei Wilke, Andreasstrasse 26:  
**Mitglieder-Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
1. Vereinsangelegenheiten; Antrag Seeger. 2. Verschiedenes.  
Neue Mitglieder werden aufgenommen. Zahlreicher Besuch erwartet.  
Der Vorstand.

**Deutsch. Metallarbeiter-Verband**  
Verwaltungsstelle Berlin.  
Donnerstag, den 10. Februar 1898, abends 8½ Uhr, im Lokale  
des Herrn Lehder, Dismarsstraße 71:  
**Bezirks-Versammlung für Charlottenburg.**  
Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Kollegen Paul Litsch über: „Ulrich von Hutten“.  
2. Diskussion.  
3. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.  
Die Kollegen werden dringend ersucht, zahlreich und pünktlich zu erscheinen.  
Die Ortsverwaltung.

**Männer-Vortrag**  
mit farbigen Lichtbildern  
Donnerstag, den 10. Februar, abends 8½ Uhr,  
in den Andreas-Ziten, Andreasstr. 21  
von prakt. Naturheilkundigen **Grandmann** über:  
**Geschlechtskrankheiten.**  
Verein für Körper- u. Naturheilkunde  
Alexanderstraße 8.  
Sprechzeit 11-2, 6-8. Sonntags 11-12.

**Verein der Former.**  
Zu dem am 19. Februar im Feen-Palast stattfindenden  
**35. Stiftungsfest**  
des Vereins, welches als **Wiener Maskenball** gefeiert wird, ersucht der Vorstand die Billets (so bald als möglich abzugeben; dieselben sind in den Zahlstellen und bei folgenden Mitgliedern zu haben: **Albert Neues,** Brangellstr. 63; **Friedrich,** Urbanstraße 111; **Sabicus,** Rammstraße 14; **W. Göhne,** Aderstraße 142; **Grünmacher,** Schlegelstraße 21; **Schubert,** Kramlerstraße 14; **Otto,** Wilsdorfstraße 56; **Schlingenshausen,** Frankfurter Allee 135; **Adam,** Vildterstraße 16; **Heuter,** Müllerstraße 22 b.  
61/2  
**Der Vorstand.** J. K.: Albert Neues.

**Neue Freie Volksbühne.**  
Sonntag, den 13. Februar, nachmittags präz. 2½ Uhr,  
im Thalia-Theater:  
**Novität! M A J A. Novität!**  
Drama in 3 Akten von Albert Geiger.  
Um Störungen zu vermeiden, sind die Mitglieder ersucht, recht pünktlich zu sein.  
150/3  
**Avis!** Sonntag, den 27. Februar, nachmittags 3 Uhr, in der Kultur-Schaubühne im Saale der königl. Hochschule für Musik, Potsdamer-Strasse 120: Projektions-Vortrag:  
**Moderne Malerei.**  
Vortragender: **Dr. Alfred Köppen.**  
Billets hierzu sind bei den Ordnern im Theater und in den Zahlstellen zu haben.

**Buchbinder! Auktion! Buchbinder!**  
Zentral-Kranken- und Begräbnis-Anstalt für Buchbinder (G. G.)  
Verwaltungsstelle Berlin.  
Sonabend, den 12. Februar 1898:  
**Gross. Wiener Maskenball**  
in den Gesammtzimmern von  
**Cohn's Festsälen, 19-21. Beuthstrasse 19-21.**  
(Eingang nur Beuthstrasse 19.)  
Anfang 8 Uhr. 12 Uhr: Demaskierung.  
Da der Heberisch zum besten framer ausgelegerte Mitglieder ist, so ist das zahlreiche Erscheinen der Kollegen und Kolleginnen in anbedrucht des guten Zweckes erwünscht.  
23/30  
Eintrittskarten à 50 Pf. sind in den Zahlstellen, im Verbandsbureau, Amnenstraße 60, im Hauptkassenlokal Restaurant zur „Neuen Post“, Beuthstraße 19-20, sowie bei den Komiteemitgliedern zu haben.  
Abendkasse findet nicht statt.  
**Das Comité.** J. K.: W. Hinz, Dresdenerstraße Nr. 48.  
Die Zahlstellen bleiben an diesem Abend geschlossen.

**Konzert-haus Saussoei**  
Kottbuser Straße Nr. 1 a.  
Dienstag, den 8. Februar:  
**Der Stabsrompeter.**  
Poesie mit Gesang v. Mannsbald.  
Musik v. Steffens.  
Auftreten von  
Spezialitäten nur ersten Ranges.  
Anfang des Konzerts 8 Uhr, der  
Vorstellung 6 Uhr.  
Entree 50 Pf.  
H. Plerry.

**Künstliche Zähne.**  
H. Steffens, Rosenhaldenstr. 61, 2 Tr.  
Theilzahlung pr. Woche 1 M.  
**Arbeitsmarkt.**  
Blousen-Arbeiterinnen 2568  
verlangt Hedwig, Lütznerstraße 37.

**Todes-Anzeige.**  
Am Sonntag, den 6. d., verstarb unser Kollege  
**August Liborius**  
an der Schwindsucht.  
Die Beerdigung findet heute, Mittwoch, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Eumandstraße 141/2 aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
**Der Vorstand**  
des Fachvereins der Musik-Instrumenten-Arbeiter.

Nach kurzem Krankenlager verschied hier unser treuer Freund und Genosse  
**Wilhelm Reinicke**  
aus Berlin.  
In der kurzen Zeit seines Hierseins hat er sich innere Liebe und Sympathie in vollstem Maße erworben und einen wir ihm ein herzlichst Bescheid nach.  
Grlig. J. K.: K. Nigdorf.  
2506  
Vertrauensmann.

Hierdurch die traurige Mitteilung, daß unser lieber Vater  
**Wilhelm Reinicke**  
im 62. Lebensjahre in Berlin gestorben ist. Die Beerdigung findet am Freitag, den 11. Februar, Nachm. 4½ Uhr, von der Leichenhalle des Freiheitsplatzes Friedhof, Pappel-Allee 17, statt.  
Berlin, Oranienburgerstr. 23.  
Im Namen der Hinterbliebenen  
**Mag Reinicke.**

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß der Gatte  
**August Schutt**  
am 7. Februar, nachm. 2½ Uhr, nach kurzem Leiden ruhig und sanft entschlafen ist.  
**Hermann Schutt, Bruder.**  
Die Beerdigung findet am Donnerstag, nachm. punkt 4½ Uhr, auf dem alten Friedhof Kropsteck, Schönenerberg, Kolonnenstr., statt. 2556

**Danksagung.**  
Für die vielen Beweise inniger Theilnahme und reichen Blumen-spenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes, unseres herzenguten Vaters, des Steinleiters  
**August Schnee**  
sprechen wir allen lieben Verwandten, Freunden und Bekannten unseren herzlichsten Dank aus. 2485  
Berlin, den 6. Februar 1898.  
**Ernestine Schnee geb. Rischke**  
nebst Kindern.

Für die zahlreiche Beteiligung und Kranzspenden, sowie dem Gefangenen „Sorgenfrei“ und dem Herrn Walded Manasse für die trostreichen Worte am Grabe unseres lieben Sohnes, Bruders und Schwagers  
**Adolf Wesenburg**  
unseren innigsten Dank.  
Die trauernde  
**Familie Wesenburg.**

**4. Abänderung**  
zum Statut der Cristkranken-kasse der Dachdecker Berlins.  
§ 12 Abs. 3 wird dahin geändert: Im Falle der Erwerbsunfähigkeit vom dritten Tage nach dem Tage der Erkrankung ab für jeden Wochentag die Hälfte des durchschnittlichen Tageslohns (§ 11) als Krankengeld.  
§§ 1 und 2 bleibt.  
Die Abänderung tritt mit dem 1. April 1898 in Kraft.  
**Der Vorstand**  
der Cristkranken-kasse der Dachdecker Berlins.  
G. Kreds, W. Ruge,  
1. Vorsitzender, Schriftführer.  
Verbleibende Abänderung wird hierdurch genehmigt.  
Berlin, den 4. Januar 1898.  
(L. S.)  
**Der Bezirks-Audsch.**  
Reussberg.

**Schürzennäherin**  
verlangt  
Frau Schuster,  
2526  
Swinemünderstr. 45, III.  
**Wäsche- und Schürzennäherin**  
auf Schürzen im Hause  
verlangt  
Frau Schuster,  
2539  
Swinemünderstr. 45, III.  
**Tüchtige Farbigmacher u. Vergolder**  
verl. Wochentag 4. 2546  
Ein Verblüher auf Renten verbl. Goldstellen-Fabrik Dresdenerstr. 38.  
**Farbigmacherin, Barock, Vergolder und Einpader** per sofort.  
**Em. Zappert,** Adolphsbergstr. 7.  
Buchdruckerlehrling, Sohn wüthend. Eltern, mit guter Schulbildung, verl. (of. Wilhelm Kohn, Alte Jakobstr. 6.  
**Belegerinnen**  
finden dauernde Beschäftigung Kope, Niederstraße 109 a. 2514



**Abgeordnetenhaus.**

16. Sitzung vom 8. Februar 1898, 11 Uhr.

Am Ministertische: Kultusminister Dr. Bosse, Schönstedt und Kommissarien.

Die Nachweisungen über die Verwendung der Eisenbahn-Dipositionsfonds geht zur Vorberatung an die Budget-Kommission.

Es folgt die Interpellation Haacke und Genossen: ob die Regierung bereit sei, Mitteilung darüber zu machen, ob die in der Thronrede erwähnte Vorlage, betr. die Neuordnung und Verbesserung des Dienstverhältnisses der Geistlichen beider Konfessionen in der nächsten Zeit zu erwarten ist, event. aus welchen Gründe die Einbringung der Vorlage sich verzögert?

Nachdem Minister Bosse sich bereit erklärt, die Interpellation sofort zu beantworten, wird dieselbe von dem Interpellanten, Abg. Haacke (fr.), begründet. Es herrsche infolge der bestehenden Verhältnisse ein Nothstand unter den Geistlichen, der so groß sei, daß er diese an der Erfüllung ihrer Amtspflichten beeinträchtigt. In der Presse werde jetzt behauptet, wir hätten auch in diesem Jahre die Vorlage nicht zu erwarten. Um hierüber Auskunft zu erhalten, sei die Interpellation eingebracht.

Minister Dr. Bosse antwortet, daß die Unterhandlungen mit der evangelischen Kirche zu einem positiven Erfolge geführt haben und die Vorlage in der nächsten Zeit dem Hause zugehen wird. Mit den Bischöfen sind ebenfalls Unterhandlungen angeknüpft, die zu einem abschließenden Ergebnis noch nicht geführt haben. Es würde im Interesse der Parität bedauerlich sein, wenn die Regelung der Gehaltsfrage für die evangelischen Geistlichen allein erfolgen müßte.

Auf Antrag der Abgg. v. Heydebrand (L.) und Porsch (B.) wird in eine Besprechung der Interpellation eingetreten.

Abg. v. Heydebrand (L.), Dr. Porsch (B.) und Dr. Sattler (nl.) bitten um Beschleunigung des Bescheides.

Abg. Dr. Langerhand (fr. Sp.) findet es nicht unbedenklich, die Geistlichen zu Staatsbeamten zu machen; man sollte es doch mehr den Gemeinden überlassen, für ihre Geistlichen zu sorgen.

Abg. Frhr. v. Hedlich (fr.): Es handelt sich hier lediglich um eine Ehrenpflicht des Staates, der in schwerer Zeit Kirchengüter eingog.

Abg. Langerhand entgegnet, was damals eingezogen sei, sei längst und überreichlich vom Staate zurückgehalten. Damit ist die Besprechung der Interpellation beendet.

Die Beratung des Justizetats wird hierauf fortgesetzt.

Abg. Bröse (L.) regt eine anderweitige Regelung des Wohnungsgeldwesens der Unterbeamten an, das heute in vielen Fällen unzureichend sei.

Regierungskommissar Geheimrath Helian theilt mit, daß diese Frage bereits in Erwägung genommen sei, aber auf vielfache Schwierigkeiten stöße.

Abg. Meyer-Riemloh (B.) bittet um Berücksichtigung einer Petition von Unterbeamten Westfalens.

Abg. Wetekamp (fr. Sp.) unterläßt namentlich den Wunsch der Gefängnisbeamten um Verkürzung der übermäßig langen Dienstzeit namentlich bei Verretungen.

Minister Schönstedt erwidert, es sei für die Gefängniswärter im allgemeinen die zehnstündige Dienstzeit durchgeführt; eine Vermehrung verbiete sich wegen der baulichen Verhältnisse in den Gefängnissen.

Die Abgg. Kirsch (B.) und v. Eynern (natl.) polemisieren mit dem Abg. Bröse wegen der plötzlichen Unterbeamtenfreundlichkeit

der Konservativen. Wenn diese Herren es beantragten, würde die Regierung gewiß sehr schnell ein Befolgungsgesetz für die Unterbeamten einbringen.

Bei dem Titel „Besondere Gefängnisse“ fragt Abg. Dr. Friedberg (natl.), ob die neulich im Reichstage aufgestellte Behauptung richtig sei, daß ein Erzbischof, der auf Grund der Maßregeln bestraft wurde, im Gefängnisse mit Strohflechten beschäftigt worden sei. Auch wiederholten sich die Fälle, daß Redakteure unangemessen behandelt werden.

Minister Schönstedt erwidert, daß das Strafvollzugsgesetz in der Ausarbeitung begriffen sei; inzwischen aber sei schon angeordnet, in geeigneter Weise mit derartigen Gefangenen umzugehen. In Breslau habe sich ein Redakteur außerhalb des Gefängnisses in einer Situation mit Ketten gefesselt photographiren lassen und die Bilder ins Ausland geschickt; er ist dafür wegen groben Unfugs bestraft. Die im Reichstage aufgestellte Behauptung von der Beschäftigung des Erzbischofs von Köln als Strohflechter ist unrichtig. Der Erzbischof von Köln ist in der Strafanstalt überhaupt nicht beschäftigt worden. Es sind ihm anfänglich 3, später 2 andere Zimmer zur Verfügung gestellt, die mit neuen Möbeln ausgestattet waren und in denen der Erzbischof sein eigenes Bett benutzte. Er beschäftigte sich aus seiner eigenen Küche und konnte täglich dreimal spazieren gehen. Die Angabe von dem Strohflechten ist wohl darauf zurückzuführen, daß der Name des Erzbischofs auf eine Bitte der Strohflechter gesetzt wurde, jedoch mit dem Zusatz: Selbstbetätigter, nicht beschäftigt.

Auf eine Anregung Niderl's bemerkt der Minister, daß, wenn er alle derartigen unrichtigen Mittheilungen der Presse sofort richtig stellen wolle, er ein besonderes Bureau einrichten müßte.

Abg. Im Walde (B.) stellt fest, daß das Gerücht über den Bischof Metchers durchaus bona fide entstanden und durch die betr. Liste veranlaßt worden sei.

Von den Abgg. Kisch (L.), Nölke (natl.), Jansen (B.), Reichardt (natl.) werden lokale Wünsche in Bezug auf die Errichtung neuer Gerichte- und Gefängnis-Gebäude geäußert.

Der Rest des Justizetats wird genehmigt.

Es folgt die Spezialberatung des Van-Stats.

Auf die Anregung des Abg. Rohde-Bachsdorf (L.) über den Zustand der Elbbrücke bei Wittenberg erwidert Minister Thielens, daß es sich vielleicht empfehlen würde, wenn die Provinz Sachsen die Brücke übernehme, worauf Rohde erwidert, daß die Provinz hierzu nicht abgeneigt sei, vorausgesetzt, daß die Brücke vorher in guten Bauzustand gesetzt wird.

Abg. Dr. Langerhand protestirt gegen den Titel „Baupolizei-Gebühren“. Unter diesem Titel würden in Berlin ganz exorbitant hohe Gebühren erhoben, so z. B. für einen Gasometer 3000 Mark. Auch sei diese Gebührenerhebung gesetzlich anfechtbar. Man könne nicht Polizeifosten pro Kopf der Bevölkerung und zugleich Gebühren für die Leistungen der Polizei erheben. Das trage mit bei zu dem schlechten Verhältnis zwischen Bürgern und Schulden in Berlin.

Abg. Schettler (L.) erörtert die ungünstigen Abflußverhältnisse der Mulde bei Bitterfeld und bittet um Abhilfe.

Vom Regierungstische wird erwidert, daß die Mulde nie ein schiffbarer Fluß gewesen sei und deshalb auch nur in diesem Zustande erhalten werde.

Nach weiterer unerheblicher Debatte vertagt sich das Haus.

Morgen (Mittwoch) 11 Uhr: Hochwasser-Gutschädigung (erste Lesung). Anträge Weyerbusch (fr.) und Mies (B.) betr. Kommunalabgaben, in Verbindung mit dem Antrage Vauisch-Schmidlein betr. Neuordnung der Volksschul-Unterhaltungspflicht. Schluß 4¼ Uhr.

**Soziale Rechtspflege.**

Wegen Verjährung des Anspruchs war dem Landwirth B. die Anfallrente versagt worden. Gegen das gleichfalls für ihn ungünstige Urtheil des Schiedsgerichts legte er den Rekurs ein und machte geltend, er habe die Rente nicht veräußert, weil ihm der Gemeindevorsteher gesagt habe, landwirthschaftliche Betriebsunternehmer könnten überhaupt keine Anfallrente verlangen. Der als Zeuge gehörte Amtsvorsteher sagte jedoch aus, er habe gesagt, es sei ihm unbekannt, ob auch die Wessler verpflichtet seien. Das Reichs-Versicherungsamt wies den Rekurs als unbegründet zurück, indem es ausführte: Alexander könnten unter Umständen falsche, dem Verleihen von hierzu berufenen Personen oder von behördlichen Stellen ertheilte Rechtsbelehrungen angesehen werden als „außerhalb des Willens des Klägers liegende Verhältnisse, die geeignet seien, die rechtzeitige Verfolgung des Anspruchs zu hindern“. Um die Wiedereröffnung in den ersten Rechtsstand herbeizuführen, müsse aber der Verlehte glaubhaft machen, daß ihm eine derartige falsche Rechtsbelehrung erteilt worden sei. In der angeführten Neußerung des Gemeindevorstehers sei eine unzutreffende Belehrung indessen nicht zu sehen, und zwar umso weniger, als sie gelegentlich eines allgemeinen Gesprächs gefallen sei. Die eigene Unachtsamkeit des Klägers sei also an der Fristverjährung schuld.

**Literarisches.**

Kosmopolis. Internationale Revue. Herausgeber: F. Ortman. Im Februarheft antwortet W. S. Mallod in einem Artikel über die theoretischen Grundlagen des Sozialismus auf den Artikel von Hundman in vorigem Heft derselben Zeitschrift. Ebenso erwidert Professor Ad. Wagner auf Liebknecht's Aufsatz: „Zukunftstaatliches“. Die Erwiderung Wagner's wird im Märzheft fortgesetzt werden. Auf die Ausführungen Jaurès' wird der Vizepräsident der französischen Kammer, Paul Dechanel, ebenfalls im Märzheft antworten.

**Briefkasten der Redaktion.**

S. W. 88. 1. Rein. 2. Bitte in der juristischen Sprechstunde vorzusprechen. 3. Gift als verwerflich.

G. P. 20. 1. Sterbe- und Todesurkunden sind nicht erforderlich. 2. Wenden Sie sich an den Metzlarbeiter-Verein. — R. 100. Rein. Polizei hat aber erforderlichenfalls für Beobachtungspolizei zu sorgen. — W. S. 18. Die Landräthe sind nach jährigen Durchschnitten zu wählen. — 12. 24. Hohe bis 10 Jahre alt, so bedarf sie des Todtenbescheides des Vaters, und falls die Mutter am Leben ist, auch deren Genehmigung. — W. S. Schumann ist außerhalb des Dienstes zu den Reparaturarbeiten befugt. — R. W. 100. Antwort nicht möglich, wenn Sie nicht angeben, ob Schiedsgericht bereits Entscheidung getroffen und Ihnen zugestellt hat. — Straßensoldat. Rein. — 443. Rein. — O. 1. Am 1. Juli et. — 1114. Die letzten. — Franz 24. Reiter häßlich nur, wenn er durch Nachlässigkeit den Einbruch verurtheilt hat. — Arthur. Mit Genehmigung des Hauswirths können Sie das Schild andringen. — V. P. 101. Scheidungsgrund liegt vor. Sie müssen einen Rechtsanwalt mit der Klage beauftragen, oder falls Sie die Prozesskosten nicht zahlen können beim Landgericht I hier die Beordnung eines Anwalts beantragen. — W. S. Wenn Sie nichts haben, so kann Ihnen nichts genommen werden. Geben Sie der Armenverwaltung den Namen des Vaters des Kindes an. — C. S. 52. Ein gesetzlicher Anspruch auf Ertrag der Losen für klinische Behandlung besteht in diesem Falle leider nicht. Wenden Sie sich an das Krankenhaus Friedr. Schindler mit dem Gesuch, für freie poliklinische Behandlung Ihrer Schwester zu sorgen. — S. 2. 36. Bitte die Geburtsurkunden. — S. 24. 1. Einwilligung der Mutter erforderlich. 2. Nach vollendetem 24. Lebensjahre ist Einwilligung nicht mehr erforderlich.

**Hamburger Engros-Lager**

Spittelmarkt  
16-17

*A. Jandorf & Co.*

Spittelmarkt  
16-17

**Vortheilhaftes  
Angebot**

**für Mittwoch, Donnerstag, Freitag,  
den 9. Februar. den 10. Februar. den 11. Februar.**

**Halbleinen**

starkfädig für Laken, 150 cm breit . . . . . Meter **80 Pf.**

**Kaffeegedecke Damast**

mit 6 Stück Servietten . . . . . Stück **375 Pf.**

**Tischläufer mit Franzen**

farbig gestreift, in diversen Farben . . . . . Stück **90 Pf.**

**Crêpe-Tablette-Servietten**

Größe ca. 40/70 mit Franzen . . . . . Stück **35 Pf.**

**Louisiana-Tuch**

vorrägl. Qualität, für Bett- und Leibwäsche geeignet . . . . . Meter **36 Pf.**

**Italienische Mosaic-Brochen**

in entrückenden Mustern . . . . . Stück **50 Pf.**

**Schottische Damen-Kragen**

in reizenden Farbenstellungen . . . . . Stück **25 Pf.**

**Spielkarten**

mit abgerundeten Goldecken, Spiel **48 Pf.**

**Postkarten**

mit Berliner Ansichten . . . . . 8 Stück **9 Pf.**

**Picnic-Rollen**

mit fertig bestickter Hülle und Lederriemen . . . . . Stück **93 Pf.**

**Wand-Feuerzeuge**

mit extra Schale für „abgebrannte“ Streichhölzer . . . . . Stück **60 Pf.**

**Tändelschürzen**

crème mit Einsatz und schottischem Besatz . . . . . Stück **45 Pf.**

**Wirtschafts-Schürzen**

imitirt Leinen, mit Tasche . . . . . Stück **58 Pf.**

**Wirtschafts-Schürzen**

mit Achselband und Tasche . . . . . Stück **95 Pf.**

**Fussbank in verschiedenen Farben**

Stück **135 Pf.**

**Regen-Schirme für Damen**

mit neuen Stöcken und breiter Bandschloife . . . . . Stück **275 Pf.**

**Regen-Schirme für Kinder**

mit Futteral . . . . . Stück **140 Pf.**

**Plätt-Decken**

Stück **90 Pf. und 105 Pf.**

**Bade-Teppiche**

auch zum Besticken . . . . . Stück **200 Pf.**

**Schuh-Waren**

Damen-Pantoffeln . . . . . Paar **60 Pf., 45 Pf.**

Tanz-Schuhe (Leder) . . . . . Paar **240 Pf.**

Tanz-Schuhe (Lackleder) . . . . . Paar **290 Pf.**

Gummischuhe für Damen . . . . . Paar **180 Pf.**

**Tapiserie, fertig bestickt**

Staubtuchbentel . . . . . Stück **20 Pf.**

Besenhandtücher mit roter und blauer Einfassung und roter und blauer Stickerei, Stück **200 Pf.**

Proben  
und Preislisten  
portofrei.

Mittwoch, Donnerstag, Freitag

Versand-Abteilung  
Berlin W.,  
Leipzigerstr. 132/133.

**Porzellan**

Eisschalen, weiss 6, bunt 12, blau 15 Pf. Tassen, weiss 13 Pf.  
Milchtöpfe, weiss, gebauht, 13, 16, 20, 25, 38, 45, 58, 70 Pf. Butterbüchsen, weiss 23 u. 32 Pf.

**Kaffee-Garnitur** mit Streublumen

Kaffeekannen 65, 90 Pf., 1,05, 1,25 M. Kaffeetassen 25 u. 32 Pf.  
Theekannen 1,35 M. Butterbüchsen 48 Pf.  
Zuckerdosen 60, 70, 90 Pf. Dessertteller 15 u. 22 Pf.  
Sahngiesser 18, 20, 22, 32 Pf. Kuchenteller 42 Pf.

Kompottschalen, bemalt 15, 48 Pf. Leuchter, bemalt 30 Pf.  
Dessertteller, bemalt 9 Pf. Eierbecher mit Goldrand 4 Pf.

Fischservices mit Bildern und Streublumen, 17,50 M.  
Tafelservices, elegante Form für 6 Pers. 38,50, 80 Teile für 12 Pers. 68 M.

**Küchen-Garnitur** mit Streublumen

Essig- u. Oelflaschen 55 Pf. Gewürztonnen 20 Pf.  
Salz- u. Mehltonnen mit Holzdeckel 85 Pf. Vorratstonnen 45 Pf.  
Salz- und Mehlmesten 1,65 M.

**Wirtschafts-Artikel**

Küchenrahmen 1,10 M., mit Kasten u. Rückwand 3,30 u. 4,40 M., mit Aufsatz 4,40, 5,50, 7,25, 9 M.  
Handtuchhalter mit Aufsatz 2,25 M.  
Gazespinden 5,50, 6,75, 7,75 M.  
Putz- u. Wichskasten 22 u. 45 Pf.  
Holz- u. Kohlenkasten mit Deckel 1,65, 2,20, 2,75 M.  
Wäscheklammern, Schock 15 Pf.  
Fensterleder 48, 85 Pf., 1,20 M.  
Abstäuber mit Rohrstiel 25, 30, 50, 65 Pf., 2,40 M.  
Britannia-Theelöffel Dtz. 55 Pf.  
„ Esslöffel Dtz. 1,10 M.

Zink-Waschfässer, mit breitem Rand u. Ventil 7,75, 8,75, 11, 12,50, 15,50 M.  
Walzenlänge ca. 36 39 42 cm  
Wringmaschinen 12,50 13 13,50 M.  
Wirtschaftswagen bis 10 Kilo mit emall. Zifferblatt bis 10 15 Kilo 2 M. 2,50 2,85 M.  
Reibemaschinen 1,30 M.  
Frühstücks-Brettchen 6 u 8 8 u 10 Pf.  
Nudelrollen 20 Pf.  
Krümelschaufeln mit Bürste, vernickelt 2,50 M.

**Steingut**

Vorratstonnen, weiss, mit Schrift 30 Pf.  
Blumentöpfe mit Untersatz 42 Pf.  
Bratenschüssel, oval, gerippt 28, 40, 50, 65 Pf.  
Kompottschalen, 1 Satz = 6 Stück weiss 90 Pf., blau 1,35 M.  
Waschbecken 38 u. 60 Pf.  
Tassen, rosa 10 Pf.  
Waschservices Bandmuster, 5 Teile 1,45 M.  
„ „ Kugelform, 5 Teile 1,80 u. 2,50 M.  
Kaffeervices bemalt, 6 Teile f. 2 Pers. 2,65 M.  
Tafelservices einfarb. Muster, für 6 Pers. 7,50 M.

**Glas**

Butterdosen 12, englisches Glas 40 Pf.  
Wasserflaschen 24 Pf.  
Käseglocken, mit Teller, geschliffen 52 Pf.  
Rotweingläser 28 Pf.  
Rheinweingläser 30 Pf.  
Madeiragläser 25 Pf.  
Champagnergläser 35 Pf.  
Likörgläser 23 Pf.  
Wassergläser 18 Pf.  
Theegläser mit Fuss 40 Pf.  
Bierfulpen 40 Pf.

Wein-Garnitur, geschliffen.

**Emaile**  
II. Qualität

Kasserollen ohne Ring Durchm. ca. 12 14 16 cm 16 18 19 20 22 cm  
12 20 25 Pf., mit Ring 30 35 40 45 50 Pf.  
Schmortöpfe ohne Ring Durchm. ca. 16 18 20 22 24 cm 18 18 20 22 24 cm  
28 35 40 50 60 Pf., mit Ring 32 42 50 65 75 Pf.  
Theekessel ohne Absatz — 35 40 45 55 Pf., mit Absatz — — 60 70 80 Pf.

**Warenhaus A. Wertheim**

Täglich von 7 Uhr morgens bis 6 Uhr abends:  
Verkauf frisch gef. schw. verk. und finn. Fleisches.  
Rindfleisch pro Pfd. von 30 Pf an  
Schweinefleisch 40 Pf. [4041L.  
Verwaltung der Kochanstalt Stadt. Schlachthof

**Eine Zuckerin-Tablette  
zu 2 Pfennig**

ist so süß, dass der Süßwerth von  
**1 Pfd. Zucker nur 12 Pfennig**  
kostet. 1 Liter Kaffee zu versüßen kostet  
nur 1 Pfennig. [10/13.  
Es werden auch minderwerthige Tabletten ange-  
boten; man verlange ausdrücklich „Zuckerin“  
Tabletten, deren Echtheit an der gesetzlich ge-  
schützten geriefelten Form zu erkennen ist.  
— Erhältlich in Colonialwaaren-Handlungen. —

Allen Freunden und Bekannten zeige ich hiermit an, daß ich  
Oppelnerstrasse 2, am Schlegischen Thor,  
ein **Weiß- und Bairisch-Bier-Lokal**  
verbunden mit großem Frühstück, Mittag- und Abendbisch eröffnen  
habe und bitte um geneigten Zuspruch.  
42300\* **Johann Jablonsky, früher Nonnengr. 37.**

**Blendend weisse Wäsche**  
ohne Bleiche erzielt man nur mit dem echten  
**Dr. Thompson's Seifenpulver.**  
Dasselbe ist frei von jeder schädlichen, ätzenden Substanz  
und greift die Wäsche auch nicht im geringsten an.  
Man erhält **Dr. Thompson's Seifenpulver**  
in den meisten Kolonialwaaren-, Seifen- und Droguen-  
Geschäften, jedoch nur echt  
mit Schwanke „Schwan“.

**Künstl. Zähne** 2 R. an, Blumen 1 R. an, schmerzloses Zahn-  
ziehen 1 R. **Willy Reinhard, Prinzenstr. 103,**  
Ede Wasserthorstr. Spr. 8-8, Sonnt. 9-2.

Kollegen, Freunden und Bekannten zur gefl. Nachricht, daß ich  
**Stalitzerstrasse 106, nahe Manteuffelstrasse,**  
eine Restauration mit gr. Frühstück, Mittag- und Abendbisch  
eröffnet habe und bitte um geneigten Zuspruch.  
42300\* **Richard Thate, früher Trebbenerstr. 110.**

**Mundt's Saal.**  
Inh.: Ernst Gröndler,  
Röynderstrasse 100. Tel.  
Fernsprecher Amt VII 39.  
Täglich: **Grosser Ball.**  
Entrée Herren 50 Pf.  
Tanz Garderobe Damen 25 Pf.

**Gr. Vereinszim.** Freitags, Sonn-  
tags abends u. Sonn-  
tags drei Sineconstr. 23, 21 u.  
Aufsichtsfach. Ringen, Eingänge  
**Putzger, Stalitzerstr. 65.**  
**Guaidierte Küchengehirre**  
werden werthig zu billigen Preisen  
aus der Stallmann'schen Konsum-  
manufaktur, **Sebastianstr. 53,** aus-  
verkauft.  
**Cigarren-Geschäft**  
bittig zu verkaufen. Auskunft ertheilt  
**C. Dammann, Wollner-Deutzerstr. 40.**  
**Betten** Stepp-, Ward-, Regulatorien,  
Remont-, Uhren-, Pfeifstiefel,  
Winter- u. Giletstiefel, Anzüge, Sportbillig  
Pfandleihe **Reanderstr. 6.**

2 Vereinszimmer sofort zu ver-  
geben. **Paul Zimmermann,**  
42340\* **Reichstr. 8, Gf.**  
**Säue u. 2 Mark** event. Teil-  
zahlung. \*  
**Olga Jacobson, Anwaltsstr. 145.**  
**Dr. Simmel** Moritzplatz,  
1. Haus v. Schinger  
Spezialarzt f. Haut u. Venenleiden.  
10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.  
monatl. 10 Mk. und  
Theilzahlung gegen baar liefert  
soubere Herren-Garderobe  
**Tomporowski, Händstr. 37, 1.**  
Grads u. Gesellschafts-Anzüge,  
für jede Figur passend, werden werthig  
verkauft. **Rammantienstr. 72, 1. Etz.,**  
Ede Beuthstrasse. 231a  
an  
**Wübel Theilzahlung.**  
Neue  
**J. Kellermann, Jakobstr. 26.**  
**Betten** 10-, 12,50, 16,50, 20-, Bett-  
federn, Daunnen, Bettwische,  
Stepp-, Sport- u. Bettendruck.